

Zeitschrift:	Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV
Herausgeber:	Schweizerischer Juristenverein
Band:	55 (1936)
Rubrik:	Übersicht über die schweizerische Rechtsgesetzgebung des Jahres 1935

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Uebersicht über die schweizerische Rechtsgesetzgebung des Jahres 1935

unter Mitwirkung von
Dr. E. Alexander, Prof. H. Fritzsche
und **Dr. H. Stofer**

herausgegeben von
Dr. Alfred Chevalier (Basel) und
Dr. Paul Schwartz (Basel)

Der Raumersparnis halber sind die stereotypen Teile der Überschriften der Erlasse abgekürzt und meist umgestellt worden.

Abkürzungen:

B	=	Beschluss	CE	=	Conseil d'Etat
BB	=	Bundesbeschluss	CSt	=	Consiglio di Stato
BG	=	Bundesgesetz	GrR	=	Grosser Rat
BRB	=	Bundesratsbeschluss	GrC	=	Grand Conseil
BBl	=	Bundesblatt		=	Gran Consiglio
B. o.	=	Bollettino ufficiale, Bulletin officiel	KRB	=	Kantonsratsbeschluss
VO	=	Verordnung	LRB	=	Landratsbeschluss
VVO	=	Vollziehungsverordnung	LdgB	=	Landsgemeindebeschluss
Vfg	=	Verfügung	RRB	=	Regierungsratsbeschluss
A	=	Arrêté	AbI	=	Amtsblatt, für Zürich: Textteil
D	=	Dekret, Décret, Decreto	F. o.	=	Feuille officielle Foglio ufficiale
D esec., leg.	=	Decreto esecutivo, legislativo	LB	=	Landbuch
G	=	Gesetz	StR	=	Staatsrat

Erster Teil.

Eidgenössisches Recht.

(Die Seitenzahlen beziehen sich auf N. F. Band 51 der eidg. Gesetzes-sammlung.)

I. Internationale Kollektivverträge.

1. Haager Erklärungen vom 29. Juli 1899. Beiritt von Abessinien. 3. Oktober. S. 726.

Internationale Haager Vereinbarungen, vom 18. Ok-tober 1907.

2. Beiritt von Abessinien. 4. September. S. 723.

3. Beiritt von Polen. 4. September. S. 806.

Ständiger Internationaler Gerichtshof. Anerkennung der obligatorischen Gerichtsbarkeit gemäss Art. 36 Abs. 2 des Statuts (Protokoll vom 16. Dezember 1920).

4. Neue Erklärung von *Lettland* (für fünf Jahre).

15. März. S. 240.

5. Neue Erklärung von *Litauen* (für fünf Jahre).

3. April. S. 290.

Generalakte über die friedliche Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten, vom 26. September 1928.

6. Ratifikation durch die *Schweiz*. BB 8. November 1934. Inkrafttreten 7. März 1935. S. 1.

7. Beitritt von *Abessinien*. 4. April. S. 291.

Die Generalakte ist von der Völkerbundsversammlung ausgearbeitet worden und bezweckt, sämtliche sowohl dem Völkerbund angehörige als zum Beitritt eingeladene Staaten zu einer Konvention zu vereinigen, wonach zwischen ihnen entstehende Streitigkeiten unter Verzicht auf Krieg und Gewalt in einem geregelten Verfahren ausgetragen werden. Allerdings wird dem Umstände Rechnung getragen, dass sich nicht alle Staaten sofort uneingeschränkt möchten binden lassen. Daher wird den Staaten zur Wahl gestellt, entweder nur den Teil über das Vergleichsverfahren oder dazu auch den Teil über das Gerichtsverfahren oder gar auch den über das Schiedsverfahren anzunehmen. Auf diese Weise wird es drei Gruppen von Mitgliederstaaten geben. Die Schweiz hat die Generalakte in ihrem ganzen Umfange angenommen.

Am wenigsten weit geht in der Bindung der Teil über das Vergleichsverfahren. Die Staaten verpflichten sich, bei Streitigkeiten eine fünfgliedrige Vergleichskommission zu bestellen, welche die Streitsache zu untersuchen hat. Je ein Mitglied der Kommission wird von jedem am Streit beteiligten Staat gewählt; die drei andern Mitglieder sollen Angehörige von dritten Staaten sein, und zwar enthält die Generalakte die weitere Bestimmung, dass diese drei Mitglieder verschiedenen Staaten angehören müssen. Gelingt die gemeinsame Ernennung nicht, so hat eine dritte Macht, die gemeinsam bezeichnet wird, und gegebenenfalls der Vorsitzende des Völkerbundsrates die Ernennungen vorzunehmen. Letzten Endes wird durch das Los bestimmt, wer als Mitglied in die Kommission gewählt wird.

Ein Streit ist beim Vorsitzenden der Kommission anhängig zu machen, sofern im voraus eine ständige Vergleichskommission bestellt worden ist. Besteht keine solche, so ist sofort zur Wahl einer solchen zu schreiten. Hiefür wird eine Frist von drei Monaten gewährt.

Tagungsort der Kommission ist der Sitz des Völkerbundes oder ein vom Vorsitzenden bestimmter Ort.

Das Verfahren wird von der Kommission selbst bestimmt.

Die Parteien können die Vernehmung von Personen verlangen, deren Zeugnis ihnen nützlich erscheint, und dementsprechend wird in Art. 13 den Parteien die Verpflichtung auferlegt, die „ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um

Vorsorgliche Massnahmen können verbindlich nur im Gerichts- und Schiedsverfahren angeordnet werden, nicht aber im Vergleichsverfahren. Die Vergleichskommission kann Massnahmen nur „empfehlen“. Dagegen haben die Parteien auch bei Durchführung eines Vergleichsverfahrens sich jeglicher Massnahmen zu enthalten, die eine nachteilige Rückwirkung auf die von der Vergleichskommission vorgeschlagene Regelung haben könnten, und überhaupt alles zu unterlassen, was zu einer Verschärfung oder Ausdehnung des Streites führen könnte (Art. 33).

Im Art. 41 ist sodann bestimmt, dass über die Auslegung und die Anwendung der Generalakte der Ständige Internationale Gerichtshof erkenne.

A. C.

8. Genfer Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege, vom 17. Juni 1925.

Ratifikation durch Chile. 29. August. S. 716.

Internationales Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde, vom 27. Juli 1929.

9. Beitritt von Irak. 10. Mai. S. 455.

10. Ratifikation durch Japan. 10. Mai. S. 492.

11. Ratifikation durch Griechenland. 8. Juni. S. 528.

12. Beitritt Abessiniens. 22. Juli. S. 590.

13. Ratifikation durch Frankreich. 29. August. S. 745.

Internationales Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen, vom 27. Juli 1929.

14. Beitritt von Irak. 10. Mai. S. 455.

15. Ratifikation durch Griechenland. 8. Juni. S. 528.

16. Ratifikation durch Frankreich. 29. August. S. 745.

Internationaler Vertrag über Spitzbergen, vom 9. Februar 1920.

17. Beitritt von Sowjetrussland. 27. Juli. S. 592.

Erklärung über die Anerkennung des Flaggenrechtes der Staaten ohne Meeresküste, vom 20. April 1921.

18. Beitritt von Irak. 10. Mai. S. 456.

19. Beitritt von Sowjetrussland. 7. Juni. S. 456.

Internationales Abkommen über die Betäubungsmittel, vom 19. Februar 1925.

20. Beitritt von Costa Rica. 23. Januar. S. 175.

21. Beitritt von Sowjetrussland. 4. September. S. 808.

Internationales Abkommen zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung der Betäubungsmittel, vom 13. Juli 1931.

22. Ratifikation durch Griechenland. 18. Januar. S. 174.

23. Beitritt von *Ekuador*. 2. Mai. S. 424.

24. Ratifikation durch *Panama*. 8. Mai. S. 424.

25. Ratifikation durch *Japan* (mit Beibehaltung der Stellung, die ihm als bisherigem Mitglied des Völkerbundes zukam). 26. Juni. S. 541.

26. Ratifikation durch *Neuseeland*. 5. Juli. S. 551.

27. Beitritt von *Afghanistan*. 15. Juli. S. 551.

28. Beitritt von *Estland*. 30. Juli. S. 612.

Internationales Übereinkommen zur Revision des internationalen Übereinkommens betreffend Vereinheitlichung der Vorschriften für die starkwirkenden Arzneimittel, vom 20. August 1929.

29. Beitritt von *Finnland*. 10. Juli. S. 544.

Internationales Übereinkommen über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken, vom 21. Juni 1929.

30. Ratifikation durch *Bulgarien*. 3. Juli. S. 542.

31. Ratifikation durch *Frankreich*. 21. August. S. 680.

32. Ratifikation durch *Österreich*. 2. September.

S. 680.

Übereinkommen und Statut über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen, vom 9. Dezember 1923.

33. Ratifikation durch *Italien*. 21. Dezember 1934. S. 28.

34. Ratifikation durch *Frankreich*. 17. September. S. 736.

Revidiertes Abkommen über die Regelung der Luftfahrt, vom 13. Oktober 1919 (abgeschlossen in Paris).

35. Beitritt *Spaniens* und *Argentiniens*. 27. April. S. 387.

Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr, abgeschlossen in Warschau am 12. Oktober 1929.

36. Beitritt der *Freien Stadt Danzig*. 30. April. S. 422.

37. Ratifikation durch *Australien*. 12. September. S. 735.

Internationales Abkommen über Kraftfahrzeugverkehr, vom 24. April 1926.

38. Anwendung auf *Niederländisch-Guyana (Surinam)* und *Curaçao*. 21. Februar. S. 212.

39. Ratifikation durch *Iran*. 3. Juni. S. 527.

40. Beitritt von *Südwest-Afrika* und der *Zone von Tanger*. 11. September. S. 747.

Abkommen über die Besteuerung der ausländischen Kraftfahrzeuge, vom 30. März 1931 (abgeschlossen in Genf).

es der Kommission zu ermöglichen, auf ihrem Gebiete und gemäss der im beteiligten Staat bestehenden Gesetzgebung Zeugen und Sachverständige vorzuladen und zu vernehmen sowie Augenscheine vorzunehmen.“ Im weiteren haben die Parteien auf Verlangen der Vergleichskommission soweit immer möglich alle zweckdienlichen Urkunden und Auskünfte der Kommission zukommen zu lassen. Auf diese Weise soll die Vergleichskommission in den Stand gesetzt werden, „die streitigen Fragen aufzuhellen“ (Art. 15). Sie hat auf Grund des gesammelten Materials einen Vergleichsvorschlag auszuarbeiten. Das wird so ausgedrückt, dass sie „nach Prüfung des Falles den Parteien die ihr angemessen erscheinende Regelung bekanntgeben und ihnen eine Frist setzen könne, um sich darüber auszusprechen“ (Art. 15). In einem Protokoll ist festzustellen, ob eine Verständigung zustandegekommen sei und zu welchen Bedingungen, oder ob sich dies als unmöglich erwiesen habe.

Ist Gegenstand des Streites „ein Recht“, so findet das Vergleichsverfahren nur statt, wenn beide Parteien sich hierüber verständigt haben. Streite über ein Recht sind der Regel nach sofort im Gerichtsverfahren (Kapitel II) zu behandeln, d. h. entweder dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten oder aber einem besonderen, zwischen den Parteien durch Abkommen näher bestimmten Schiedsgericht. Misslingt das Vergleichsverfahren in einer Sache, in welcher eine Rechtsfrage zu entscheiden ist, so kann innert einem Monat die Behandlung durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof oder durch ein speziell zu ernennendes Schiedsgericht gefordert werden.

Für Streitigkeiten, in denen es nicht um ein Recht geht, wird für die Staaten, die auch zum Kapitel III den Beitritt erklären, die Behandlung vor einem Schiedsgericht (Schiedsverfahren) vorgesehen; dieses greift Platz, nachdem ein Vergleichsverfahren vorausgegangen und dieses ohne Ergebnis geblieben ist.

Andere Vereinbarungen vorbehalten, wird das Schiedsgericht aus fünf Mitgliedern bestellt, von denen je eines von jedem am Streit beteiligten Staat aus seinen eigenen Staatsangehörigen ausgewählt wird und von denen die drei übrigen aus Angehörigen von nichtbeteiligten Staaten auszuwählen sind. Die Parteien setzen eine Schiedsordnung fest. Bei Lücken sind die Vorschriften des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle massgebend. Gegebenenfalls stellt das Gericht die Schiedsordnung auf (falls sich die Parteien nicht innert drei Monaten hierüber verständigen).

Lautet ein Gerichtsurteil oder Schiedsspruch dahin, dass eine von einer Gerichts- oder andern Behörde einer der streitenden Parteien getroffene Entscheidung oder Verfügung ganz oder teilweise mit dem Völkerrecht in Widerspruch stehe, und können nach dem Verfassungsrechte dieser Partei die Folgen der Entscheidung oder Verfügung nicht oder nur unvollkommen beseitigt werden, so kann im Gerichtsurteil oder im Schiedsspruch der verletzten Partei eine angemessene Genugtuung zuerkannt werden (Art. 32).

- 41.** Beitritt *Grossbritanniens* im Namen verschiedener Gebiete (Goldküste, Hongkong etc.), 25. Januar. S. 176.
- 42.** Beitritt von *Rumänien*. 22. Juli. S. 604.
- 43.** Beitritt von *Sowjetrussland*. 6. August. S. 604.
Internationales Abkommen über die Vereinheitlichung der Wegzeichen, vom 30. März 1931 (abgeschlossen in Genf).
- 44.** Beitritt von *Rumänien*. 22. Juli. S. 610.
- 45.** Beitritt von *Sowjetrussland*. Anwendung auf *Algerien*. 6. August. S. 644.
Weltpostverein: Vertrag und verschiedene Abkommen, vom 28. Juni 1929.
- 46.** Ratifikation des Vertrages und von vier Abkommen durch *Bolivien*. 7. Januar. S. 107.
- 47.** Ratifikation des Vertrages und des Poststückabkommens durch *Ekuador*. 1. März. S. 220.
Weltpostverein: Vertrag und Abkommen vom 20. März 1934 (abgeschlossen in Kairo).
- 48.** Sämtliche bisher erfolgten Ratifikationen und Beitritte. 22. Januar. S. 114.
- 49.** Ratifikation des Vertrages und verschiedener Abkommen durch *Belgien*, *Deutschland*, *Neuseeland*. 13. März. S. 262.
- 50.** Ratifikation des Vertrages und einzelner Abkommen durch *Island*, *Österreich*, *Australien*, *Grossbritannien*, *Italien*, *Mexiko*. 17. Juni. S. 534.
- 51.** Ratifikationen des Vertrages und einzelner Abkommen durch *Spanien*, *Sowjetrussland*, *Ungarn*, *Tschechoslowakei*, *Venezuela*, *Belgisch-Kongo*, *Britisch-Indien*, *Finnland*. 2. August. S. 642.
- 52.** Ratifikationen des Vertrages und einzelner Abkommen durch *Panama*, *Chile*, *Iran*, *Polen*, *Südafrika*, *Abessinien*. 30. Oktober. S. 727.
Internationales Radiotelegraphisches Abkommen, abgeschlossen in Madrid am 9. Dezember 1932 (Weltnachrichtenvertrag).
- 53.** Ratifikation durch *Abessinien*. 5. Dezember 1934. S. 106.
- 54.** Beitritt von *Estland*. 11. März. S. 239.
- 55.** Ratifikation durch *Irland*. 28. März. S. 239.
- 56.** Ratifikation durch *Panama*. 29. April. S. 388.
- 57.** Ratifikation durch *Albanien* und *Venezuela*.
17. Juni. S. 533.
- 58.** Ratifikation durch *Ungarn*. 9. Juli. S. 543.

59. Ratifikation durch *Grossbritannien, Südafrikanische Union und China*. 22. Juli. S. 600.

60. Ratifikation durch *Sowjetrussland*. 29. August. S. 692.

Europäischer Rundspruchvertrag, abgeschlossen in Luzern am 19. Juni 1933.

61. Ratifikation durch *Spanien*. 22. November 1934. S. 27.

62. Ratifikation durch *Österreich*. 27. Dezember 1934. S. 27.

63. Ratifikation durch *Estland*. 27. März. S. 263.

64. Ratifikation durch *Grossbritannien*. 2. Dezember. S. 820.

Internationale Übereinkunft betreffend Gründung eines internationalen Verbandes zum Zwecke der Veröffentlichung der Zolltarife, vom 5. Juli 1890.

65. Beitritt von *Australien*. 7. August. S. 628.

Internationale Übereinkunft über Wirtschaftsstatistik, vom 14. Dezember 1928.

66. Beitritt von *Chile*. 15. Januar. S. 108.

Abkommen zur Erleichterung des internationalen Verkehrs mit Filmen erzieherischen Charakters, vom 11. Oktober 1933.

67. Ratifikation durch *Italien*. 14. Dezember 1934. S. 82.

68. Ratifikation durch *Chile*. 2. April. S. 272.

69. Beitritt von *Iran*. 30. April. S. 423.

70. Ratifikation durch *Rumänien*. 10. Juli. S. 550.

71. Ratifikation durch *Norwegen*. 13. Juli. S. 551.

72. Ratifikation durch *Dänemark*. 29. Juli. S. 611.

73. Ratifikation durch *Österreich*. 5. September.

S. 746.

74. Ratifikation durch *Nikaragua*. 26. September.

S. 746.

75. Ratifikation durch *Lettland*. 8. November. S. 810.

III. Internationale Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, abgeschlossen in Rom am 2. Juni 1928 (revidierte Berner Übereinkunft).

76. Beitritt von *Australien*. 26. Dezember 1934. S. 83.

77. Beitritt der *Südafrikanischen Union*. 10. Mai.

S. 524.

78. Beitritt von *Irland* (*mit einer Modifikation*).
23. Mai. S. 524.

79. Beitritt der *Vatikanstadt*. 16. August. S. 691.

80. Beitritt *Polens*. 31. Oktober. S. 788.

Madriter Abkommen vom 14. April 1891 betreffend die internationale Eintragung der Fabrik- oder Handelsmarken (revidiert am 6. November 1925 im Haag).

81. Kündigung für *Niederländisch-Indien*. 22. November. S. 811.

Übereinkunft über die internationalen Ausstellungen, vom 22. November 1928.

82. Ratifikation durch *Australien*. 21. Februar.
S. 219.

83. Ratifikation durch *Sowjetrussland*. 17. Dezember.
S. 812.

Vereinbarung über die Errichtung eines internationalen Weinamtes, vom 29. November 1924.

84. Beitritt der *Schweiz*. BB vom 5. April. S. 236.
Der Text der Vereinbarung ist in der Botschaft des Bundesrates vom 25. März 1935 abgedruckt (BBl 1935 I S. 591).

Internationale Phylloxera-Übereinkunft, vom 3. November 1881.

85. Beitritt der *Türkei*. 30. April. S. 404.

Internationale Übereinkunft über die Vereinheitlichung der Methoden der Probenahme und der Analyse von Käsen, vom 26. April 1934 (abgeschlossen in Rom).

86. Vertragsstaaten (bisher): *Frankreich, Italien, Schweiz*. Inkrafttreten 12. Oktober 1935. S. 277.

87. Ratifikation durch *Belgien*. 19. Juni. S. 535.

88. Ratifikation durch *Norwegen*. 31. Oktober. S. 809.

89. Ratifikation durch *Finnland*. 26. November.
S. 809.

Die Vereinbarung soll dazu dienen, Streitigkeiten im internationalen Handel mit Käse wegzuschaffen. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, in ihre Gesetzgebung entsprechende Vorschriften aufzunehmen.

(*Genfer*) *Übereinkommen über den wöchentlichen Ruhe- tag in gewerblichen Betrieben, vom 17. November 1921.*

90. Ratifikation durch die *Schweiz*. BB 21. Dezember 1934. S. 29.

91. Ratifikation durch *Kanada*. 6. April. S. 292.

92. Ratifikation durch *Dänemark*. 18. September.
S. 748.

Gemäss dem Übereinkommen ist dem Personal gewerblicher Betriebe innerhalb eines Zeitraumes von 7 Tagen eine

Ruhezeit von mindestens 24 aufeinanderfolgenden Stunden zu gewähren. Dabei soll der Ruhetag womöglich an einem öffentlichen (durch Herkommen oder Brauch bestimmten) Ruhetag gewährt werden.

A. C.

I. Internationale Vereinbarung betreffend die Unterdrückung des Mädchenhandels, vom 18. Mai 1904.

93. Beitritt der Türkei. 1. April. S. 264.

94. Beitritt von Chile. 26. April. S. 386.

II. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels, vom 4. Mai 1910.

95. Beitritt der Türkei. 1. April. S. 264.

96. Beitritt von Chile. 26. April. S. 386.

Internationales Übereinkommen zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels, vom 30. September 1921.

97. Beitritt von Afghanistan. 15. Mai. S. 525.

Internationales Abkommen über die Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen, abgeschlossen in Genf am 11. Oktober 1933.

98. Ratifikation durch Bulgarien. 15. Januar. S. 173.

99. Ratifikation durch Chile. 3. April. S. 289.

100. Beitritt von Iran. 3. Mai. S. 289.

101. Beitritt von Afghanistan. 10. Mai. S. 526.

102. Beitritt von Rumänien. 2. Juli. S. 526.

103. Ratifikation durch Norwegen. 17. Juli. S. 552.

104. Ratifikation durch die Tschechoslowakei. 14. August. S. 679

105. Ratifikation durch Ungarn. 21. August. S. 679.

106. Ratifikation durch Lettland und die Niederlande. 3. Oktober. S. 779.

Internationales Abkommen zur Bekämpfung der Verbreitung und Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen, vom 12. September 1923.

107. Beitritt von Australien und Sowjetrussland.

25. Juli. S. 591.

Abkommen zur Errichtung eines Welthilfsverbandes, vom 12. Juli 1927.

108. Beitritt von China. 21. Juni. S. 536.

Abkommen zur Regelung des Walfischfanges, vom 24. September 1931.

109. Beitritt von Ecuador. 2. Mai. S. 454.

110. Ratifikation durch Frankreich. 29. Mai. S. 454.

111. Beitritt von Lettland. Ratifikation durch Neuseeland. 2. November. S. 780.

II. Staatsverträge.

112. *Abkommen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein über die Anwendbarkeit auf Liechtenstein der bundesrätlichen VO vom 5. Februar 1935 über die Kreditkassen mit Wartezeit.* Notenaustausch 10./16. Mai. S. 402.

113. *Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich.* Notenaustausch 24. November 1934/7. Dezember 1934. S. 23.

Freigabe der französischen Zollansätze für sog. Statistikmaschinen und elektrische Pyrometer; entsprechende französische Konzession für Filetartikel.

114. *Übereinkunft vom 10. August 1877 zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend Kontrollierung des Verkehrs mit Getränken.* Ergänzung des Verzeichnisses der ermächtigten Bureaux. 25. Juni. S. 520.

Beifügung von Cara (Carraz).

115. *Protokoll über die Abänderung des zwischen der Schweiz und Italien am 20. September 1924 abgeschlossenen Vertrages zur Erledigung von Streitigkeiten im Vergleichs- und Gerichtsverfahren, vom 20. September 1934.* Genehmigt durch BB vom 20. Dezember 1934. Inkrafttreten 29. Januar 1935. S. 109/110.

Erstreckung der Gültigkeit des Vertrages von 1924 auf weitere zehn Jahre.

116. *Abkommen zwischen der Schweiz und Italien betreffend die Gotthardseisenbahn, vom 9. April.* Inkrafttreten 1. Mai. S. 314.

Im Abkommen werden für die Zeit bis zum 1. Mai 1940 von den Bestimmungen der Hauptkonvention über den Gotthard vom 13. Oktober 1909 abweichende Abmachungen getroffen (Anwendung der internen Taxen und Zuschläge auf die Gotthardbahn).

117. *Abkommen zwischen der Schweiz und Italien betreffend die Steuerbefreiung der schweizerischen Schulen in Italien und der italienischen Schulen in der Schweiz.* Notenaustausch 31. Juli. S. 625.

118. *Vertrag zwischen der Schweiz und Österreich über Sanierungsmassnahmen für die Stickereiindustrie, vom 18. März 1933.* Erlöschen gewisser Bestimmungen, festgestellt durch BRB vom 6. März. S. 211.

119. *Provisorisches Übereinkommen zwischen der Schweiz und Österreich über den Luftverkehr.* Abgeschlossen in Bern am 14. November 1934. Inkrafttreten: 7. September 1935. S. 633.

120. Anwendung des Auslieferungsvertrages zwischen der Schweiz und Grossbritannien vom 26. November 1880 auf die unföderierten malaiischen Staaten. Notenwechsel 3. August 1934/4. Januar 1935. S. 26.

121. Zusatzabkommen zum Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Grossbritannien, vom 19. Dezember 1934. Genehmigt durch BB vom 4. April 1935. S. 449.

Der Auslieferungsvertrag vom 26. November 1880 wird dahin ergänzt, dass die Auslieferung auch für jedes andere Verbrechen oder Vergehen, für die nach der Gesetzgebung des ersuchten Teiles die Möglichkeit der Auslieferung besteht, erwirkt werden kann (wenn der ersuchte Teil zustimmt).

122. Zusätzliche Erklärung zu derjenigen, die zwischen der Schweiz und Belgien betreffend die Beglaubigung von Zivilstandsakten am 3. September 1925 ausgetauscht wurde, vom 6. August. S. 609.

Anwendung auf den Belgischen Kongo und auf das Gebiet von Ruanda-Urundi. (Anerkennung der Zivilstandsakten des andern Teiles ohne Beglaubigung.)

123. Viertes Zusatzprotokoll zum Handelsvertrag zwischen der Schweiz und der Tschechoslowakei, vom 16. Februar 1927. Unterzeichnet am 23. März. S. 549.

Verzicht der Tschechoslowakei auf die Vertragszölle für Zucker.

124. Zusatzabkommen zur Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und Polen vom 26. Juni 1922, unterzeichnet am 3. Februar 1934. Inkrafttreten 28. Februar 1934. S. 428.

125. Vertrag zwischen der Schweiz und Portugal über die Abänderung von Art. 3 des Auslieferungsvertrages vom 30. Oktober 1873. Abgeschlossen am 7. November 1934 in Lissabon. Genehmigt durch BB vom 21. Juni. S. 668.

Neue erweiterte Liste der Auslieferungsdelikte (21 Ziffern).

126. Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika, vom 10. Januar. Genehmigt durch BB vom 4. April. Inkrafttreten 16. Mai. S. 405.

Die Auslieferungspflicht wird ausgedehnt auf betrügerischen Bankrott und die vorsätzliche Zu widerhandlung gegen die Bestimmungen betreffend Betäubungsmittel (mit Einschränkung).

127. Freundschaftsvertrag zwischen der Schweiz und Ägypten, vom 7. Juni 1934. Genehmigt durch BB vom 8. November 1934. Inkrafttreten 10. März 1935. S. 241.

Gegenseitige Entsendung von Konsuln etc.

128. Vertrag zwischen der Schweiz und der Türkei über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen, vom

1. Juni 1933. Genehmigt durch BB vom 12. Oktober 1933. Inkrafttreten 19. Juni 1935. S. 293.

129. Vertrag zwischen der Schweiz und der Türkei über den Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, vom 1. Juni 1933. Genehmigt durch BB vom 12. Oktober 1933. Inkrafttreten 8. Juni 1935. S. 304.

Angehörige des einen Staates sind bei Klagen im andern Staate von der Sicherheitsleistung für Prozesskosten befreit. Bei Verurteilung sind die Kostenentscheide im Heimatstaat kostenfrei vollstreckbar zu erklären (ohne Anhörung der Parteien).

Im Armenrecht sind die Staatsangehörigen des andern Staates mit den eigenen Staatsangehörigen gleichgestellt. Ein gehende Vorschriften finden sich über die Beschaffung des Armutszeugnisses.

In einem dritten Abschnitt sind enthalten Bestimmungen über die Zustellung von Schriftstücken sowie über Ersuchsschreiben um die Vornahme von Prozesshandlungen.

Die diplomatischen und konsularischen Vertreter können an die eigenen Staatsangehörigen Zustellungen direkt vornehmen.

A. C.

130. Protokoll zur Abänderung des am 9. Dezember 1928 zwischen der Schweiz und der Türkei abgeschlossenen Vertrages zur Erledigung von Streitigkeiten im Vergleichs-, Gerichts- und Schiedsverfahren, vom 1. Juni 1933. Genehmigt durch BB vom 12. Oktober 1933. Inkrafttreten 7. Mai 1935. S. 311.

131. Freundschaftsvertrag zwischen der Schweiz und Persien, vom 25. April 1934. Genehmigt durch BB vom 8. November 1934. Inkrafttreten 1. Juni 1935. S. 408.

Enthält u. a. die Verpflichtung zur Durchführung eines Schiedsverfahrens im Falle von Streitigkeiten.

132. Niederlassungsabkommen zwischen der Schweiz und Persien, vom 25. April 1934. Genehmigt durch BB vom 8. November 1934. Inkrafttreten 2. Juli 1935. S. 414 (mit Erklärung über das Armenrecht und die Sicherheitsleistung für Prozesskosten).

III. Staatsrecht.

133. Abänderung der VVO zum BG betreffend die Wahl des Nationalrates. BRB 27. August. S. 613.

Ausrechnungsverfahren (neue Formulare).

**Durchführung von Sanktionen
(gemäß Völkerbundsvertrag).**

134. Ausfuhr, Wiederausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Abessinien und Italien. BRB 28. Oktober. S. 693.

Durchführung einer der Schweiz als Mitgliedstaat des Völkerbundes obliegenden Verpflichtung.

135. BRB über die in Ausführung des Art. 16 des Völkerbundsvertrages gegenüber Italien zu ergreifenden finanziellen Massnahmen, vom 12. November. S. 717.

136. BRB über die in Ausführung des Art. 16 des Völkerbundsvertrags gegenüber Italien zu ergreifenden wirtschaftlichen Massnahmen (Vorschlag Nr. 4 des Koordinationsausschusses), vom 12. November. S. 720.

137. BRB betreffend den Zahlungsverkehr mit Italien, vom 18. November. S. 731.

138. Anmeldung von Zahlungsverpflichtungen nach Italien. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements, vom 19. November. S. 734.

139. BRB über die Durchführung des schweizerisch-italienischen Abkommens vom 3. Dezember 1935 betreffend die Regelung des gegenseitigen Zahlungsverkehrs, vom 9. Dezember. S. 781.

IV. Zivilrecht. Zwangsvollstreckung.

140. Übertragung zivilstandsamtlicher Obliegenheiten an die schweizerische Gesandtschaft in Ägypten. BRB 28. September. S. 672.

141. Vorübergehende Abänderung der VO über die Gläubigergemeinschaft bei Anleihenobligationen. BR 29. Januar. S. 34.

Unternehmungen der Uhrenindustrie haben die Wahl, das allgemeine Verfahren oder das vor Bundesgericht einzuschlagen.

142. BB betreffend Ausdehnung der Bestimmungen über die Gläubigergemeinschaft, vom 5. April. S. 232.

Auch in Abänderung von bestehenden gesetzlichen Vorschriften kann der Bundesrat Erleichterungen zugunsten von Schuldern festsetzen und ein besonderes Verfahren vor dem Bundesgericht vorschreiben. Er bezeichnet die Wirtschaftszweige, denen die Erleichterungen zugute kommen sollen. (Siehe Nr. 144.) A. C.

143. BB über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und die Stickereiindustrie, vom 21. Juni. S. 461.

Pfandnachlassverfahren; Stundung von Kapitalien; Zinsermässigung; Ausschluss der Erhöhung; Abfindung rückständiger Zinsen (für welche die Mittel beschafft werden durch ein allen eingetragenen Belastungen vorgehendes Pfandrecht, sog. Amortisationspfandtitel). Bürgen und Mitschuldner (Art. 22 und 23). Verfahren, Nachlass oder Stundung von Hotelpachtzinsen.

Der BB vom 30. September 1932 über das Pfandnachlassverfahren für die Hotel- und die Stickereiindustrie war zwar durch BB vom 27. März 1934 erweitert worden, der namentlich die Möglichkeit einer Beschränkung des Zinsfusses für gedeckte Kapitalforderungen längstens bis zum Ablauf der Kapitalstundung einführte und Bestimmungen über Nachlass und Stundung von Hotelpachtzinsen aufstellte. Schon nach kurzer Zeit erwies sich im Zusammenhang mit der Gewährung neuer Bundesmittel an die Hotel-Treuhandgesellschaft eine nochmalige Ausdehnung der rechtlichen Schutzmassnahmen als notwendig, und zwar hauptsächlich eine weitere Entlastung der Schuldner in Bezug auf die Kapitalzinse und eine intensivere Mitwirkung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft im Verfahren. Diesem Bedürfnis trägt der dringliche BB vom 21. Juni 1935 Rechnung, der bis Ende 1938 gilt und an die Stelle der beiden BB von 1932 und 1934 tritt.

Häufig können sanierte Unternehmungen die neu auflaufenden Zinse für die gedeckten Kapitalforderungen nicht aufbringen; dadurch wird die Sanierung gefährdet. Deshalb wird eine nachträgliche Zinsenstundung vorgesehen (Art. 50 bis 52). Ist der Schuldner, dessen Nachlassvertrag bestätigt wurde, später ohne eigenes Verschulden ausserstande, die Kapitalzinse zu bezahlen, so kann er bei der Nachlassbehörde um Stundung derselben nachsuchen. Diese Stundung kann höchstens in dem Umfang bewilligt werden, dass nach ihrem Ablauf mit Einschluss der verfallenen Zinse nicht mehr als drei Jahreszinse rückständig sind. Sie kann auch von der Entrichtung von Ratenzahlungen abhängig gemacht werden. — Ferner sind die Bestimmungen über die im Zeitpunkt der Sanierung rückständigen, durch Pfand gedeckten Zinse etwas gemildert worden (Art. 16—18).

Zu einer wesentlichen Verbesserung des Verfahrens führt die vorgesehene Mitwirkung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft (bzw. der Stickerei-Treuhandgenossenschaft), die nunmehr das Gesuch um Eröffnung des Pfandnachlassverfahrens begutachtet, zur Verhandlung über die Bestätigung des Nachlassvertrages eingeladen wird und den Entscheid hierüber an das Bundesgericht weiterziehen kann. Noch wichtiger ist, dass mit der Bestätigung des Nachlassvertrages das Unternehmen des Schuldners (in der Regel mindestens bis zum Ablauf der Kapitalstundung) der Aufsicht der Hotel-Treuhand-Gesellschaft unterstellt wird (Art. 43). Diese prüft von Zeit zu Zeit die Buchführung und den Betrieb und kann Weisungen in Bezug auf die Buchführung, die Einschränkung bestimmter Unkosten, die Höhe von Gehältern und Bezügen zu Privatzwecken und besondere Fragen der Betriebsführung erteilen. Bei Nichtbefolgung dieser Weisungen kann der Widerruf der Kapitalstundung beantragt werden. Für eine neue Belastung von zum Unter-

nehmen gehörenden Grundstücken bedarf der Schuldner der Zustimmung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft. Während der Dauer der Aufsicht ist dem Schuldner auch die Eingehung von Bürgschaften bei Folge der Nichtigkeit untersagt. E. A.

144. BRB über die Anwendung der Gläubigergemeinschaft auf notleidende Wirtschaftszweige, vom 1. Oktober. S. 673.

Das vom Bundesrat festgesetzte neue Verfahren (vor dem Bundesgericht) findet statt für Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen und Hotelunternehmungen, sowie, wobei auch das allgemeine Verfahren gewählt werden kann, auf Unternehmungen der Stickerei, der Uhrenindustrie und die vom Fremdenverkehr abhängigen gewerblichen Betriebe.

145. Abänderung des Reglements für das Schweizerische Bundesgericht. Bundesgericht 7. Juni. S. 486.

Verschiedene Ergänzungen etc.

146. VO betreffend das Nachlassverfahren von Banken und Sparkassen. BR 11. April. S. 248.

147. BRB betreffend vom Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz abweichende Vorschriften für den Fall der Liquidation von Kreditkassen mit Wartezeit, vom 5. November. S. 705.

Es findet statt das summarische Konkursverfahren (unter Ausschluss des ordentlichen Konkursverfahrens); als Forderung ist die Summe aller Einzahlungen zu kollozieren.

V. Strafrecht.

148. BB betreffend den Schutz der Sicherheit der Eidgenossenschaft, vom 21. Juni. S. 482.

Mit Gefängnis, evtl. auch mit Zuchthaus bedroht sind: Vornahme verbotener Amtshandlungen für einen fremden Staat, politischer Nachrichtendienst im Interesse des Auslandes, militärischer Nachrichtendienst (zum Nachteil der Schweiz oder eines fremden Staats), wirtschaftlicher Nachrichtendienst im Interesse des Auslandes.

Erweiterung des Personals der Bundesanwaltschaft.

Das in der Volksabstimmung vom März 1934 verworfene Ordnungsgesetz hatte u. a. Strafbestimmungen gegen die Vornahme fremder Amtshandlungen auf schweizerischem Gebiet und gegen die Spitzeltätigkeit enthalten; dieser Teil der Vorlage war unbestritten geblieben. Da gewisse Vorkommnisse den unverzüglichen Erlass von Strafbestimmungen in dieser Richtung als notwendig erkennen liessen, wurde hiefür mit Recht der Weg des dringlichen BB beschritten. Weil aber diese Bestimmungen zum Schutze der Sicherheit der Eidgenossenschaft (Art. 85 Abs. 6 und 7 BV) nicht nur für eine vorübergehende Dauer notwendig sind, wird der BB in absehbarer Zeit durch ein Bundesgesetz (als solches fällt vor allem das schweiz. Strafgesetzbuch in Betracht) abgelöst werden müssen.

In Art. 1—4 des BB werden folgende Straftatbestände aufgestellt: 1. Verbotene Amtshandlungen für einen fremden Staat: Art. 39 des Bundesstrafrechts hat z. B. gegenüber Umtrieben ausländischer Polizeispitzel versagt. Art. 1 des BB füllt die Lücke aus und stellt unter Strafe die Vornahme von Handlungen, die an sich einer Behörde oder einem Beamten zukommen, auf schweizerischem Gebiete für einen fremden Staat ohne Bewilligung, sowie das solchen Handlungen Vorschub-Leisten, ferner die Entführung einer Person ins Ausland durch Gewalt, List oder Drohung, um diese Person einer Behörde, Partei oder ähnlichen Organisation zu überliefern oder einer Gefahr für Leib und Leben auszusetzen, und auch schon die Vorbereitung einer solchen Entführung. — 2. Politischer Nachrichtendienst im Interesse des Auslandes: Dieser Tatbestand kann schon durch eine einmalige Handlung (z. B. Überwachen der politischen Tätigkeit einer Person, Einziehen oder Weitergeben der Nachricht) erfüllt werden. Ferner wird schon das Einrichten des Nachrichtendienstes, sowie das Anwerben für solche Dienste und das Vorschub-Leisten erfasst. — 3. Militärischer Nachrichtendienst im Interesse des Auslandes zum Nachteil der Schweiz oder eines fremden Staates: Hier werden ebenfalls auch das Anwerben für solche Dienste und das Vorschub-Leisten erfasst. Im Fall einer Verletzung militärischer Geheimnisse findet Art. 86 des Militärstrafgesetzes Anwendung. — 4. Wirtschaftlicher Nachrichtendienst im Interesse des Auslandes: Bestraft wird, wer ein Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis auskundschaftet, um es einer fremden Regierung, Behörde, Partei oder ähnlichen Organisation oder ihren Agenten zugänglich zu machen, und wer es diesen Stellen oder Agenten zugänglich macht.

Als Strafe wird Gefängnis und in schweren Fällen (jedoch nicht beim militärischen Nachrichtendienst) Zuchthaus angedroht. Gegen Ausländer kann auch auf Landesverweisung erkannt werden. Die im Auslande begangenen Handlungen fallen ebenfalls unter die Strafbestimmungen des BB, der militärische Nachrichtendienst zum Nachteil fremder Staaten immerhin nur, wenn Angehörige oder Einwohner der Schweiz geschädigt wurden. Die strafbaren Handlungen sind der Bundesstrafgerichtsbarkeit unterstellt, jedoch mit der Möglichkeit der Delegation an die kantonalen Behörden.

Der Bundesanwaltschaft wird zur einheitlichen Durchführung des Fahndungs- und Informationsdienstes im Interesse der Wahrung der innern und äussern Sicherheit der Eidgenossenschaft das nötige Personal beigegeben; sie arbeitet in der Regel mit den zuständigen kantonalen Polizeibehörden zusammen (Art. 8). Dieser Ausbau der Bundesanwaltschaft durch Errichtung eines Polizeidienstes entspricht einem dringenden Bedürfnisse, schon um eine wirksame Spionageabwehr zu erzielen.

E. A.

149. Einsendung kantonaler Strafentscheide in Bundesstrafsachen. BRB 17. Dezember. S. 793.

VI. Verwaltungsrecht.

Landeskarte. Wissenschaftliche Berufe. Militär. Luftschutz.

150. BG über die Erstellung neuer Landeskarten, vom 21. Juni. S. 681.

Der Bund wird ermächtigt, neue amtliche Kartenwerke zu erstellen (durch welche u. a. die sog. Dufourkarte und die Siegfriedkarte abgelöst werden).

151. Reglement für die eidg. Medizinalprüfungen. BR 22. Januar. S. 36.

152. Abänderung des Reglementes für die Eidgenössische Technische Hochschule und des Regulativs für die Diplom-prüfungen an der genannten Schule. BR 3. Juni. S. 425.

Die Änderung betrifft die Verleihung der Titel „Dipl. Masch.-Ing. E. T. H.“ und „Dipl. El. E. T. H.“

153. VO über die Bildung örtlicher Luftschutzorganisationen. BR 29. Januar. S. 72.

154. Abänderung und Ergänzung obiger VO. BR 23. August. S. 605.

Frist für die Aufstellung der Bestände und die Abhaltung von Kontrollversammlungen etc.

155. Abänderung des Art. 51 der VO vom 7. Dezember 1925 über das militärische Kontrollwesen. BR 1. März. S. 171.

Meldung von Übertritten in eine andere Heeresklasse an Konsulate.

156. Abänderung des BG vom 12. April 1907 betreffend die Militärorganisation (Neuordnung der Ausbildung), vom 28. September 1934. S. 177.

157. Abänderung des BG vom 12. April 1907 betreffend die Militärorganisation (Ausrüstung der Wehrmänner), vom 21. Dezember 1934. S. 215.

158. Auflösung des Schiesskartenbureaus. BRB 6. März. S. 237.

159. Änderung der VO über die Offiziersausrüstung vom 29. Juni 1909. BR 9. April. S. 246.

Rückertattungspflicht; Erlöschen derselben.

160. Überwachung der Herstellung und der Einfuhr von Luftschutzmaterial. BRB 7. Mai. S. 285. (Anhang: Verzeichnis von Luftschutzmaterial.)

161. Abänderung der VO über den Dienst für Rückwärtiges und den Transportdienst. BR 25. Juni. S. 631.
Unterstellung der Bahnhofskommandanten.

162. *Ausbildung der Offiziere.* Beschluss der Bundesversammlung 26. September. S. 652.

163. *Zuteilung der Radfahrer-Truppe zur Kavallerie.* BRB 22. Oktober. S. 685.

164. *Schulen und Kurse für die besondere Fachausbildung von Unteroffizieren und Soldaten.* BRB 20. November. S. 737.

165. *Abänderung der VO vom 28. Mai 1912 betreffend die Beförderungen im Heere.* BR 20. November. S. 751.

166. *VO über das Schiesswesen ausser Dienst.* BR 29. November. S. 758.

167. *Reglement für die Durchführung des BRB vom 7. Mai 1935 über die Überwachung der Herstellung und der Einfuhr von Luftschutzmaterial.* Departement des Innern 18. November. S. 773.

Als Anhang Zusammenstellung der Prüfungstaxen.

168. *VO über Stellvertretungskosten von Lehrern im Militärdienst, vom 17. Dezember.* S. 801.

Zoll. Ein- und Ausfuhr.

Abänderungen des Zolltarifs vom 8. Juni 1921.

169. BRB 29. Januar. S. 77.

Die Änderungen betreffen Filetartikel (siehe hiezu Nr. 113).

170. BRB 23. April. S. 266.

Die Änderungen betreffen Gasmesser, Schreib- und Rechenmaschinen, Kontrollkassen. Für Webstühle (Seidenbeuteltuchweberei) wird ein Ausfuhrzoll festgesetzt.

171. BRB 9. Juli. S. 522.

Neue Ausfuhrposition: Transparent-Ausrüstmaschinen (1 q = Fr. 2,500.— Zoll).

172. BRB 30. Dezember. S. 834.

Die Änderung betrifft Orangen.

173. *BRB Nr. 38 über die Beschränkung der Einfuhr, vom 29. Januar.* S. 78.

Die Einfuhr von Kautschuk und Guttapercha, aufgetragen etc., ist nur mit einer besonderen Bewilligung zulässig.

Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, den Beschluss auf die Einfuhr aus bestimmten Ländern zu beschränken und für diese Länder Kontingente festzusetzen.

In Abänderung des BRB Nr. 8 ist die Einfuhr von Forellensömmerlingen und -jährige bis 15 cm Länge nur mit besonderer Bewilligung zulässig. A. C.

174. *BRB Nr. 39.* 23. April. S. 267.

Einfuhr von Gefriereiern, Gemälden, Bildhauerarbeiten, Glasmalereien, Leibwäsche aus Seide, Pfannen etc.; Änderung von BRB Nr. 2 (Lederwaren; Blei).

175. BRB Nr. 40. 3. Juli. S. 521.

Einfuhr von Petroleum.

176. BRB Nr. 41. 6. August. S. 585.

Einfuhr von Waren der Tarifnummer ex 529 und von Pechen.

177. BRB Nr. 42. 1. November. S. 710.

Einfuhr von Bohnen, Leder, Kleidungsstücken aus Baumwolle, Mänteln, Kupferröhren etc. Änderung in Bezug auf die Einfuhr von Forellen und Flaschenzügen.

Verfügungen des Volkswirtschaftsdepartements über die Beschränkung der Einfuhr.

178. Verfügung Nr. 44. 29. Januar. S. 79.

Zu BRB Nr. 38 (Textiltreuhandstelle in Zürich wird für die Erteilung der Bewilligungen für zuständig erklärt).

179. Verfügung Nr. 45. 23. April. S. 269.

Zu BRB Nr. 39 und Nr. 2.

180. Verfügung Nr. 46. 6. August. S. 587.

Zu BRB Nr. 41.

181. Verfügung Nr. 47. 1. November. S. 712.

Zu BRB Nr. 42.

182. Einfuhr von Kunstgegenständen. Verfügung des Departements des Innern vom 25. April. S. 275.

Einfuhr ist nur mit Bewilligung des eidg. Departements des Innern gestattet. Auf Kosten des Gesuchstellers findet nötigenfalls Besichtigung durch Sachverständige statt.

183. Erhöhung der Zölle auf Zucker. BRB 25. Juni. S. 487.

184. Erhöhung von Zöllen auf Motorenreibstoffen. BRB 25. Juni. S. 489.

185. Ursprungszeugnisse im Warenverkehr mit dem Ausland. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements 3. Juli. S. 523.

Beschränkung der Abgabe.

186. Erhebung eines Zollzuschlages auf Waren italienischer Herkunft. BRB 9. Juli. S. 529.

Gegenmassnahme gegen die italienische „Lizenzabgabe“, der die schweizerischen Waren bei der Einfuhr in Italien unterliegen; der Zuschlagszoll beträgt 3 % des Warenwertes. Aus dem Ergebnis wird den schweizerischen Exporteuren die „Lizenzabgabe“ zurückerstattet.

187. Beschränkung der Einfuhr von Speisekartoffeln. Verfügung des Finanz- und Zolldepartements, 10. Juli. Genehmigt vom BR am 11. Juli. S. 539.

188. BRB über die Rückvergütung der fiskalischen Belastung auf den in der Zeit vom 1. Juli 1934 bis 30. Juni 1935 ausgeführten alkoholhaltigen Erzeugnissen, vom 17. Dezember. S. 797.

Steuern. Abgaben.

189. Erhebung einer Ausgleichsgebühr auf importierter Konsummilch. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements 7. Januar. S. 22.

Die Ausgleichsgebühr wird neben dem Krisenrappen bezogen und beträgt 2 Rappen.

190. Erhebung einer Ausgleichsgebühr auf Konsummilch. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements 16. Januar. S. 25.

Die „aussenstehenden“ Milchproduzenten, die ihre Milch selbst detaillieren, haben eine Ausgleichsgebühr von 2 Rappen zu bezahlen.

191. Ablieferung und Besteuerung gebrannter Wasser. BRB 30. August. S. 622.

Handel. Gewerbe. Arbeitsrecht. Staatliche Krisenhilfe. Devisen.

192. Abänderung der VVO vom 12. Januar 1912 über die in Handel und Verkehr gebrauchten Längen- und Hohllmasse, Gewichte und Waagen. BR 4. Januar. S. 17.

Änderung der Art. 11 und 12; neue Änderung beider Artikel durch nachfolgenden BRB.

193. Weitere Abänderung obiger VVO vom 12. Januar 1912. BR 30. Dezember. S. 828.

Neue Fassung der Art. 11 und 12 (Bezeichnung der Hohllmasse, wie Flaschen, Fässer, Gefässe, die geeicht sein müssen; Gültigkeitsdauer der Eichzeichen auf Fässern etc.).

194. VO über die Kreditkassen mit Wartezeit (sog. Bausparkassen und ähnliche Kreditorganisationen). BR 5. Februar. S. 85.

195. Abänderung obiger VO. BR 9. August. S. 593.

Änderung der Art. 29 Abs. 2 und 31 Abs. 5. (Verrechnung von Verwaltungskostenanteilen; Verfall von Leistungen bei Rücktritt).

196. VVO zum BB vom 28. September 1934 über Massnahmen zum Schutze des Schuhmachergewerbes. BR 18. Februar. S. 112.

197. BG über die Banken und Sparkassen, vom 8. November 1934. S. 117.

Einige Bankkatastrophen, bei denen der Bund mit bedeutenden finanziellen Mitteln einspringen musste, haben den Bundesgesetzgeber endlich zur Einführung einer Aufsicht über die Banken veranlasst, die sich infolge der gewaltigen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Banken aufdrängte. Diese sind ja Treuhänder des Volksvermögens und ihre Tätigkeit ist mit allen

Zweigen der Wirtschaft eng verknüpft. Der Zweck der Aufsicht liegt hauptsächlich im Schutz der Bankgläubiger und in der Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Wirtschaft; zugleich dient die Aufsicht aber auch dem Schutze der Bankgesellschafter. Es liegt allerdings nicht in der Macht des Gesetzgebers, ein Allheilmittel zur Verhütung von Bankkatastrophen und von Bankverlusten zu bieten. Auch kommt sehr viel auf die persönlichen Eigenschaften der Bankleitung an. Das Gesetz muss sich darauf beschränken, im Rahmen des Möglichen gewisse Kautelen zu schaffen, die zur Erhöhung der Solidität des Bankwesens und damit auch zu seiner gedeihlichen Entwicklung beitragen. Die Regelung der Bankenaufsicht ist eine schwierige Aufgabe; sie muss der Vielgestaltigkeit unseres Bankwesens Rechnung tragen und darf die Entwicklung und Initiative nicht hemmen; anderseits muss sie aber doch wirksam sein. Der Gesetzgeber hat sich bemüht, diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Die verfassungsrechtliche Grundlage des Bankengesetzes liegt im Art. 34ter BV, abgesehen von den zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen, die auf Art. 64 und 64bis BV beruhen. Diesem Gesetz unterstehen die Banken, mit Einschluss der Privatbankiers und der Sparkassen; den Banken sind auch diejenigen bankähnlichen Finanzgesellschaften gleichgestellt, die sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, während die übrigen bankähnlichen Finanzgesellschaften nur den Vorschriften über die Einreichung von Bilanzen an die Nationalbank und über den Kapitalexport (Art. 7 und 8) unterstehen. Die besondere Struktur der Kantonalbanken wird dadurch berücksichtigt, dass eine Reihe von Vorschriften auf die Kantonalbanken keine Anwendung findet. Auch die Privatbankiers sind von einzelnen Vorschriften befreit. Die Bestimmungen des Gesetzes sind sinngemäss auch auf die Ausübung der Geschäftstätigkeit in der Schweiz durch ausländische Banken anwendbar, jedoch können hiefür besondere Bedingungen aufgestellt werden (vgl. Verfügung der eidg. Bankenkommission vom 15. Februar 1936; 52 S. 102).

Die Banken haben ihren Aufgabenkreis zu umschreiben und sich eine ihrer Geschäftstätigkeit entsprechende Verwaltungsorganisation zu geben. Wo der Geschäftszweck oder der Geschäftsumfang es erfordert, sind besondere Organe für die Geschäftsführung einerseits und für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle anderseits auszuscheiden; die Kompetenzabgrenzung soll eine sachgemäss Überwachung der Geschäftsführung gewährleisten und dient auch zur Klarstellung der Verantwortlichkeit. Das Gesetz hat mit Recht von der Einführung des Konzessionssystems abgesehen. Wohl aber muss bei der Gründung einer Bank und bei der nachträglichen Umwandlung eines Unternehmens in eine Bank eine Anmeldung bei der eidg. Bankenkommission erfolgen; diese Instanz stellt fest, ob die Erfordernisse erfüllt sind, die das Gesetz an die Umschreibung des Geschäftskreises und an die innere Organisation stellt. Ob bei den schon bestehenden Banken diesen Erfordernissen Genüge geleistet wird, ist von der Revisionsstelle anlässlich der Revision der Jahresrechnung zu prüfen.

Über eigene Mittel und Liquidität sowie über Aufstellung und Publikation der Jahresrechnungen und Zwischenbilanzen stellt das Gesetz Grundsätze auf, die in der VVO näher ausgeführt und ergänzt werden. In Anlehnung an den Entwurf zum rev. OR sieht das Gesetz einen obligatorischen Reservefonds vor. Von einigen Banken vorgenommene Kapitalreduktionen haben den Gesetzgeber veranlasst, für die Herabsetzung des Grundkapitals von Banken durch Rückzahlung von Aktien besondere Vorschriften aufzustellen (Art. 11), die eine regelrechte Durchführung der Operation garantieren sollen. Eine solche Kapitalreduktion darf nur beschlossen werden, wenn ein besonderer Revisionsbericht festgestellt hat, dass die Forderungen der Gläubiger gedeckt sind und dass die Liquidität der Bank weiterhin gesichert ist. Erst wenn die Gläubiger, die innert zwei Monaten seit der Bekanntmachung des Beschlusses ihre Ansprüche angemeldet haben, ausbezahlt oder sichergestellt worden sind, darf die Kapitalreduktion durchgeführt werden. Auch über die Verwendung eines Buchgewinnes aus der Kapitalherabsetzung enthält Art. 11 Vorschriften. — Um bei Genossenschaftsbanken (Art. 12—14) für eine gewisse Stabilität des verantwortlichen Kapitals zu sorgen, wird die Rückzahlung der Anteilscheine ausscheidender Genossenschafter an eine längere Frist gebunden; auch darf eine Rückzahlung nicht stattfinden, wenn die Forderungen der Gläubiger nicht voll gedeckt bleiben. Neue Handelsbanken dürfen nicht als Genossenschaften errichtet werden. Das Gesetz will auch die Umwandlung von Genossenschaftsbanken in A.G. oder Kommandit-A.G. erleichtern.

Ein Abschnitt des Gesetzes (Art. 7—10) betrifft das Verhältnis der Banken zur Nationalbank. Diese ist nicht Aufsichtsorgan über die Banken, sondern erhält nur drei besondere Funktionen, die ihr die Durchführung ihrer eigenen Aufgaben erleichtern sollen: 1. Vorschriften über die Einreichung von Bankbilanzen bei der Nationalbank dienen zu einer genaueren Orientierung der Nationalbank über die Entwicklung des Geldmarktes. 2. Die Nationalbank wird mit der Kontrolle des Kapitalexportes betraut. Unter diese Kontrolle, die den Kapitalexport den allgemeinen schweizerischen Interessen unterordnen soll, fallen nur die im Art. 8 aufgezählten Geschäfte, die eine bestimmte Höhe (in normalen Zeiten zehn Millionen Franken) erreichen. Die Nationalbank ist befugt, mit Rücksicht auf die Landeswährung, die Gestaltung des Zinsfusses auf dem Geld- und Kapitalmarkt oder die wirtschaftlichen Landesinteressen gegen solche Geschäfte ihr Veto einzulegen oder an ihre Ausführung Bedingungen zu knüpfen (z. B. dass das Ausland gewisse Gegenleistungen mache, die unserer Wirtschaft zugute kommen). Die Sicherheit der Anlage wird von der Nationalbank nicht geprüft. 3. Banken mit einer Bilanzsumme von wenigstens 20 Millionen Franken haben, wenn sie den Zinsfuss auf ihren Kassenobligationen zu erhöhen beabsichtigen, mindestens 14 Tage vorher der Nationalbank Mitteilung zu machen. Die Nationalbank kann, falls sie es als angezeigt erachtet, mit den interessierten Bankkreisen Fühlung nehmen und „darauf hinwirken, dass die Zinsfusserhöhung unterbleibt“; es steht ihr jedoch nicht das Recht zu, diese zu verbieten (ein derartiges Recht wäre in der Tat ein Unding gewesen).

Spareinlagen (Art. 15 und 16) — d. h. Einlagen, die in irgendeiner Wortverbindung durch den Ausdruck „Sparen“ gekennzeichnet sind — geniessen bis zum Betrage von 5000 Franken ein Konkursprivileg in der 3. Klasse. Zudem können die Kantone für Spareinlagen bis zum gleichen Betrag ein gesetzliches Pfandrecht schaffen, das von den Formvorschriften des ZGB über das Fahrnispfandrecht befreit ist; in diesem Falle hat der Kanton Vorschriften über die Abgrenzung der Pfandgegenstände, über die als Deckung zulässigen Werte und über die Aufbewahrung der Deckung zu erlassen. Dadurch, dass die Kantone nur noch in diesem Rahmen über den Schutz von Spareinlagen legiferieren können, wird die bisherige Buntscheckigkeit in dieser Rechtsmaterie wesentlich gemildert.

Die Weiterverpfändung eines Faustpfandes oder dessen Hingabe in Report durch Banken wird mit besonderen Kautelen umgeben (Art. 17), um den Eigentümer der Pfandgegenstände vor einer missbräuchlichen Weitergabe zu schützen.

Den Angelpunkt des Gesetzes bildet der Abschnitt über die Überwachung und Revision (Art. 18—22). Die Banken müssen jeweilen ihre Jahresrechnung durch eine unabhängige und sachkundige Revisionsstelle — und zwar durch einen Revisionsverband oder eine Treuhandgesellschaft, die von der eidg. Bankenkommission anerkannt sind — prüfen lassen. Die vorgeschriebene Revision, über die das Gesetz die leitenden Grundsätze aufstellt, umfasst eine nicht bloss formelle, sondern auch materielle Prüfung. Über den Inhalt des Revisionsberichts enthält die VVO einlässliche Bestimmungen. Der Revisionsbericht wird der Bank selbst erstattet, und zwar bei Aktienbanken dem Verwaltungsrat. Sind bei der Revision Verletzungen gesetzlicher Vorschriften festgestellt worden oder Tatsachen, die die Sicherheit der Gläubiger gefährden, oder Verluste, durch die sich das Grundkapital um die Hälfte vermindert hat, so hat die Revisionsstelle der Bank eine angemessene Frist zur Behebung der Mißstände anzusetzen und, falls diese Frist nicht eingehalten wird, der Bankenkommission Bericht zu erstatten. Stellt die Revisionsstelle fest, dass die Gläubiger nicht mehr durch die Aktiven gedeckt werden, so hat sie der Bankenkommission sofort Bericht zu erstatten.

Als organisatorische Spitze für die Bankenaufsicht wird eine eidg. Bankenkommission geschaffen (Art. 23 und 24), die vom Bundesrat gewählt wird und aus fünf Mitgliedern besteht. Sie ist eine eidg. Verwaltungskommission. Sie erstattet dem Bundesrat wenigstens einmal jährlich Bericht über ihre Tätigkeit, ist aber als selbständige Instanz gedacht und ihre Entscheide sind endgültig unter Vorbehalt der Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht. Dieses Rechtsmittel ist zulässig gegen die Entscheide über die Unterstellung einer Firma unter das Bankengesetz, über die Anerkennung der Organisation einer Bank und über die Anerkennung einer Revisionsstelle und den Widerruf der Anerkennung. Andere Entscheide der Bankenkommission können nur wegen Unzuständigkeit durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden; es ist dies eine mit dem System der eidg. Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht harmonierende Generalklausel, die bloss zu einer

Überprüfung der Zuständigkeitsfrage führen kann. — Von den Befugnissen der Bankenkommission ist namentlich zu erwähnen, dass diese in besondern Fällen von den Revisionsstellen den Revisionsbericht über eine Bank einverlangen kann und auch befugt ist, die ausserordentliche Revision einer Bank anzuordnen. Die Bankenkommission hat, wenn ihr die Revisionsstelle Mißstände meldet, der Bank eine Frist zur Behebung der Mißstände anzusetzen oder „die entsprechenden administrativen oder gerichtlichen Schritte einzuleiten“.

Durch eine Vertrauenskrise kann auch eine Bank, die nicht überschuldet ist, in böse Schwierigkeiten geraten. Für solche Fälle sieht das Gesetz die Möglichkeit eines Fälligkeitsaufschubes (Art. 25—28) oder einer Bankenstundung (Art. 29—35) vor. Der Fälligkeitsaufschub ist für Banken bestimmt, die andauernd übermässigen Geldabhebungen ausgesetzt sind und dadurch illiquid werden (oder zu gewärtigen haben, dass sie binnen kurzem illiquid werden). Er darf nur bewilligt werden, wenn ein besonderer Revisionsbericht feststellt, dass die Forderungen der Gläubiger voll gedeckt sind und der Zinsendienst während des Aufschubes aufrechterhalten werden kann. Der Bundesrat entscheidet über die Bewilligung des Aufschubes und bestimmt von Fall zu Fall den Umfang und die Dauer des Aufschubes; die Zinsen auf den fremden Geldern sind jedoch stets vom Aufschub ausgenommen. Ebenso setzt der Bundesrat die zu treffenden Massnahmen in sinngemässer Anwendung der Vorschriften über die Bankenstundung fest. Stellt sich nachträglich heraus, dass die Voraussetzungen für den Fälligkeitsaufschub nicht mehr erfüllt sind, so ist dieser aufzuheben. — Die Bankenstundung kann vom zuständigen Stundungsgericht einer Bank bewilligt werden, die sich ausserstande sieht, ihre Verbindlichkeiten zeitgerecht zu erfüllen; es muss sich aber aus dem einzureichenden Status ergeben, dass sie nicht überschuldet ist. Das Stundungsgericht bezeichnet einen Kommissär, der die Geschäftsführung der Bank überwacht und dieser Weisungen erteilen kann; der Kommissär steht unter der Aufsicht des Stundungsgerichts. Die Dauer der Stundung beträgt ein Jahr, kann aber bis auf höchstens $2\frac{1}{2}$ Jahre verlängert werden. Gelingt es der Bank innert der Stundungsfrist nicht, sich zu erholen oder eine aussergerichtliche Sanierung durchzuführen, so mündet die Stundung in ein Nachlassvertrags- oder Konkursverfahren aus. — In Ergänzung und teilweiser Abänderung dieser Ordnung ist durch einen Noterlass, den auf Grund von Art. 53 des II. Finanzprogramms ergangenen BRB vom 17. April 1936 über die Sanierung von Banken (52, S. 185), für „Banken von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung“ ein besonderes Sanierungsverfahren eingeführt worden, das in ein Vorverfahren unter Leitung der Bankenkommission und in ein Genehmigungsverfahren vor dem Bundesgericht zerfällt.

Über den Konkurs und den Nachlassvertrag von Banken treffen Art. 36 und 37 eine Sonderregelung. Dies war notwendig; dass aber immer wieder für neue Kategorien von Schuldnern Sonderregelungen geschaffen werden, die das SchKG durchlöchern, wird nachgerade unheimlich. Von den besondern Normen für Banken ist namentlich der Wegfall der Gläubiger-

versammlung zu erwähnen sowie die dem Bundesgericht eingeräumte Kompetenz zur Aufstellung vom SchKG abweichender Vorschriften über den Schuldenruf, die Kollokation der Gläubiger und die Verwertung der Aktiven (vgl. VO des Bundesgerichts vom 11. April 1935 über das Nachlassverfahren von Banken). Die Kantone bezeichnen eine einzige Instanz als Konkursgericht, bzw. als Nachlassbehörde. Sehr weit geht die VVO in der Zulassung der Beschwerde an das Bundesgericht; gegen Entscheide des Konkursgerichts oder der Nachlassbehörde lässt sie diese Beschwerde auch wegen Unangemessenheit zu.

Für alle Banken, die nicht Kantonalbanken oder Privatbankiers sind, haben Art. 38—45 die schärferen Verantwortlichkeitsbestimmungen des Aktienrechts des OR-Revisionsentwurfs eingeführt.

Die Strafbestimmungen (Art. 46—51) umfassen einerseits die Widerhandlungen gegen die übrigen Bestimmungen des Bankengesetzes, anderseits stellen sie auch noch zwei selbständige Straftatbestände auf (Verletzung des Bankgeheimnisses und Schädigung des Kredites einer Bank). E. A.

198. VVO zu obigem Bundesgesetz. BR 26. Februar. S. 138.

199. Regelung der Betriebsdauer der Schifflistickmaschinen. BRB 25. März. S. 190.

Festsetzung einer Höchstbetriebsdauer.

200. Abänderung von Art. 19 des BB vom 21. Dezember 1934 über Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung. BB vom 5. April. S. 231.

Verfügung des Bundesrates über die Kredite; Deckung.

201. BB über die Fortsetzung der Hilfsmassnahmen für das schweizerische Hotelgewerbe, vom 5. April. S. 234.

Gewährung einer weiteren Subvention (bis sechs Millionen) für die Hilfsaktion.

202. Verfügung Nr. 3 zum BB über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften, vom 14. Oktober 1933. Volkswirtschaftsdepartement 9. April. S. 238.

Allgemeine Bewilligung zur Eröffnung oder Erweiterung von Filialgeschäften von Grossunternehmungen des Kleinhandels mit Textilien und Konfektion etc. für Basel-Stadt.

203. VO über die Berechnung, die Ausführung und den Unterhalt der der Aufsicht des Bundes unterstellten Bauten aus Stahl, Beton und Eisenbeton. BR 14. Mai. S. 315.

Die Vorschriften gelten für „die der Aufsicht des Bundes unterstellten Bauten aus Stahl, Beton und Eisenbeton“ (Eisenbahnbauten, Brücken, Wasserbauten, Hochbauten etc.).

204. Abänderung der Tabelle 2, Anhang II, der VVO zum BG über die Kontrolle des Verkehrs mit Edelmetallen und Edelmetallwaren. BR 17. Juli. S. 537.

Änderung der Punzen für Platinwaren („Steinbock“ anstelle „Gemskopf“).

205. Wöchentliche Ruhezeit des Personals der Lichtspieltheater. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements 14. Januar. S. 595.

206. Gleiche Verfügung für Personal der Gärtnereien. 3. August. S. 596.

207. Gleiche Verfügung für Personal der Milchgeschäfte und Molkereien. 3. August. S. 598.

208. Reglement über die Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der von der eidg. Bankenkommission anerkannten Revisionsstellen. Bankenkommission 9. September. S. 677.

209. Fortsetzung der produktiven Arbeitslosenfürsorge. BB 27. September. S. 656.

Eröffnung eines weiteren Kredits von sechs Millionen.

210. BB über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften, vom 27. September. S. 659.

Durch diesen dringlichen BB werden die Massnahmen, die der gleichnamige BB vom 14. Oktober 1933 zum Schutze der mittelständischen Betriebe des Detailhandels vor dem Expansionsdrang der Grossbetriebe und Grossunternehmungen eingeführt hatte, für weitere zwei Jahre (bis Ende 1937) erneuert. Der neue Erlass fasst die Bestimmungen, die im BB von 1933 und in den zugehörigen Verordnungen enthalten waren, zusammen und bietet auch dank einer besseren Gliederung und einer Präzisierung einzelner Vorschriften eine klarere und übersichtlichere Regelung. Materiell erfahren die Bestimmungen über Warenhäuser, Kaufhäuser und Einheitspreisgeschäfte nur vereinzelte geringe Änderungen. Die Vorschriften über Filialgeschäfte gelten, wie es auch nach den früheren Verordnungen der Fall war, für die Lebensmittel-, die Schuh- und die Textilbranche; wenn besondere Verhältnisse es rechtfertigen, kann der Bundesrat sie noch auf andere Wirtschaftszweige anwendbar erklären (seither hat er dies mit Bezug auf die Möbelbranche durch VO vom 28. April 1936 getan). Die wichtigste materielle Änderung an den Bestimmungen über Filialgeschäfte besteht darin, dass nunmehr der Bundesrat Grossunternehmungen, die sich „mit den zuständigen Verbänden des Kleinhandels“ vertraglich über die Eröffnung und Erweiterung von Filialgeschäften verständigt haben, „von der Beachtung des Art. 3“ — d. h. von der Pflicht, für die Eröffnung oder Erweiterung von Filialgeschäften eine Bewilligung der Kantonsregierung einzuholen — entbinden kann (Art. 6 des BB und VVO vom 8. Oktober 1935). In der Folge hat der Bundesrat einigen Grossunternehmungen (z. B. dem Verband schweiz. Konsumvereine) einen solchen Dispens erteilt; in diesen Fällen tritt an

die Stelle des staatlichen Bewilligungsverfahrens ein zwischen der Grossunternehmung und dem beteiligten Verband des Kleinhandels vereinbartes privates Bewilligungsverfahren, und zwar sehen die Vereinbarungen eine paritätische Kommission vor, die über bestrittene Eröffnungs- oder Erweiterungsgesuche entscheidet. Es bleibt abzuwarten, ob diese Neuerung die von den beteiligten Kreisen gehegten Erwartungen erfüllen wird.

E. A.

211. VVO zu Art. 6 des BB über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften. BR 8. Oktober. S. 683.

Gesuche um Befreiung von Art. 3 (Wegfall der Einschränkungen in Bezug auf Eröffnung und Erweiterung bei Verständigung der Grossunternehmungen mit den zuständigen Verbänden des Kleinhandels).

212. Verfügung der eidg. Bankenkommission über die Durchführung der erstmaligen Revision, vom 2. Dezember. S. 786.

213. Verfügung Nr. 1 betreffend den BB vom 27. September 1935 über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften. Volkswirtschaftsdepartement 25. November. S. 742.

Allgemeine Bewilligung für den Kanton Basel-Stadt.

214. BRB zu Art. 6 des BB über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern etc., vom 17. Dezember. S. 799.

Auf Grund eines Abkommens mit dem Schweizerischen Gewerbeverband werden von der Einhaltung des Verbotes befreit: der Verband Schweizerischer Konsumvereine, der Verband schweiz. landwirtschaftlicher Genossenschaften, der Verband der Genossenschaften „Konkordia“ u. a.

215. VVO zum BG betreffend Einschränkung der Erstellung und Erweiterung von Gasthäusern, vom 17. Dezember. S. 803.

216. BRB zum Schutze der schweizerischen Uhrenindustrie, vom 30. Dezember. S. 821.

Verbot der Eröffnung neuer Unternehmungen und der Erweiterung von Betrieben. Eventuell mit Bewilligung des Volkswirtschaftsdepartements zulässig. Verbot der Ausfuhr von Rohwerken, Schablonen und irgendwelchen Taschenuhrbestandteilen. Strafbestimmung (Busse bis 10,000 Fr. oder Gefängnis bis zwei Monate).

217. Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Betrieben der Schuhindustrie. BRB 30. Dezember. S. 825.

218. Erneuerung des BB vom 14. Oktober 1933 über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Auslande. BB 11. Dezember. S. 792.

Verlängerung der Wirksamkeit bis 31. Dezember 1937.

219. Abänderung des BRB vom 26. Juli 1934 betreffend die Durchführung des mit Deutschland abgeschlossenen Abkommens über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr. BR 19. Februar. S. 111.

Neuer Artikel 12 bis (Einbeziehung der Zahlungen von der Schweiz nach dem Saargebiet).

220. Clearingverkehr. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements 6. Juni. S. 427.

Ermächtigung der Handelsabteilung, für einzelne Waren die Zulassungsbedingungen zum Clearingverkehr festzusetzen.

221. Zulassung von Warenforderungen zum Zahlungsverkehr mit dem Ausland. BRB 28. Juni. S. 495.

Beschaffung von Clearingszertifikaten (über den schweizerischen Ursprung der zur Ausfuhr gelangenden Waren), und von Clearings-Kontingentszertifikaten; Bedingungen für die Erlangung von solchen; Anordnung von Erhebungen; Pflicht zur Verschwiegenheit; Strafbestimmungen (Gefängnis bis zwölf Monate und Busse bis 10,000 Fr.).

222. Verfügung betreffend Clearingzertifikate im Zahlungsverkehr mit dem Ausland. Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements 28. Juni. S. 501.

Verfügung betreffend Clearing-Kontingentszertifikate. Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements. 28. Juni. (Je mit Anhang, in dem die zur Erteilung der Zertifikate ermächtigten Stellen aufgeführt sind.).

223. im Zahlungsverkehr mit Deutschland. S. 503.

224. Änderungen hiezu: 1. November, S. 715.

225. 26. November. S. 743.

226. im Zahlungsverkehr mit Bulgarien. S. 509.

227. Änderungen hiezu: 26. November. S. 772.

228. im Zahlungsverkehr mit Rumänien. S. 512.

229. Änderung hiezu: 15. August. S. 603.

230. im Zahlungsverkehr mit Ungarn. S. 515.

231. Änderung hiezu: 26. November. S. 744.

232. Verfügung betreffend Clearing-Kontingentszertifikate im Zahlungsverkehr mit Jugoslawien (mit Anhang). Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements. 26. November. S. 769.

233. Verfügung betreffend das deutsch-schweizerische Reiseabkommen vom 17. April 1935. Volkswirtschaftsdepartement. 26. Juni. S. 518.

Die abgegebenen Zahlungsmittel sind ausschliesslich in der Schweiz zu verwenden; nicht verbrauchte Beträge sind vor der Ausreise zurückzuerstatten und werden den Einzahlern auf dem Verrechnungswege nach Deutschland überwiesen; Kontrollmassnahmen; vorläufige Beschlagnahme durch die mit der Überwachung beauftragten Beamten; Strafen.

234. Weitere Verfügung. Volkswirtschaftsdepartement 17. Oktober. S. 686.

Aushändigung und Verwendung der Sach- und Bargutscheine; Auszahlungsaufträge deutscher Ausgabestellen etc.

235. Weitere Verfügung. Volkswirtschaftsdepartement 23. Dezember. S. 817.

Auszahlung von Reisekreditbriefen etc. in der Schweiz (jetzt ausschliesslich in bar, ratenweise).

236. Einzahlungen für Bücher und Zeitschriften im deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr. BRB 25. Oktober. S. 697.

237. Abkommen über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr, vom 17. April 1935. Inkrafttreten 1. Mai. Anwendbarkeit des BRB vom 27. Juli 1934 samt zugehörigen Verfügungen. S. 699.

238. Verbot des Handels mit Reichsmarknoten. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements 13. Juli. S. 532.

239. BB über eine Bundeshilfe an den Kanton Neuenburg und seine Kantonalbank, vom 27. September. S. 657.

Gewährung eines zu 2% verzinslichen Darlehens bis 24 Millionen Franken, an den Kanton, etc.

Landesversorgung. Landwirtschaft. Vieh.

Lebensmittel. Jagd. Krisenhilfe.

240. Gültigkeit des BRB vom 11. April 1924 (Bundesbeiträge für geschlachtete und umgestandene Tiere, für Tierimpfungen und Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche) für das Jahr 1935. BRB 1. März. S. 172.

241. VO über die Viehzählung 1935. BR 15. März. S. 183.

242. Durchführung der VO vom 28. April 1933 bzw. 27. April 1934 über die Verbesserung und Einschränkung der Milchproduktion und über die Beaufsichtigung des Milchhandels und der Milchverwertung sowie die VO vom 20. April 1934 über die Erhebung einer Gebühr auf Konsummilch. BRB vom 1. April. S. 217.

Aufhebung von Verträgen und Abmachungen, sowie von Unternehmungen, die auf eine Umgehung obiger Verordnungsvorschriften abzielen; Strafe bei Übertretung (Busse bis Fr. 10,000, evtl. Gefängnis bis zu drei Monaten).

243. BB über eine neue Fortsetzung der Bundeshilfe für die schweizerischen Milchproduzenten und für die Linderung der landwirtschaftlichen Notlage, vom 5. April. S. 228.

Stützung der Milchpreise; Förderung des Viehabsatzes zugunsten der Gebirgsgegenden.

244. Zusatz eines Erkennungsmittels zu Margarine. BRB 28. Mai. S. 389.

245. Vorläufige Massnahmen zur Bekämpfung des Rinderabortus Bang und des Gelben Galtes der Milchkühe. BRB 6. August. S. 553.

246. BRB über den Verschnitt von Wein, vom 6. August. S. 555.

Ursprungsbezeichnung und Deklarationspflicht (Nicht-anwendbarkeit von Art. 241 der Lebensmittelverordnung).

247. VO über die Einschränkung der viedwirtschaftlichen Produktion. BR 6. August. S. 564.

248. Förderung des Viehexportes und des Inland-absatzes im Herbst 1935. Verfügung des Volkswirtschafts-departements 7. August. S. 573.

249. Abnahmepreise für Inlandgetreide der Ernte 1935. BRB 23. August. S. 607.

250. Förderung der Verwertung der Kernobsternte 1935 und der Versorgung des Landes mit Tafel- und Wirtschafts-obst. BRB 30. August. S. 619.

251. Auferlegung der Vollstreckungskosten für Entscheidungen in Angelegenheiten der Milchwirtschaft. BRB 30. August. S. 624.

252. Verwendung der inländischen Kartoffelernte und Kartoffelversorgung des Landes für das Jahr 1935. BRB 13. September. S. 629.

253. Verschnitt von Wein. BRB 16. September. S. 632. Einschränkung der Anwendbarkeit von Art. 241 der eidg. Lebensmittelverordnung (bis auf weiteres).

254. Hilfsmassnahmen zugunsten der einheimischen Weinernten 1934/35. BB 28. September. S. 666.

Feststellung von Einlagerungsmöglichkeiten und Verwendung derselben etc.

255. Verkauf von verbilligtem Sprit zur Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, Riech- und Schönheits-mitteln und Erhebung von Monopolgebühren auf diesen Er-zeugnissen. BRB 20. November. S. 729.

256. *Ergänzung der VO vom 7. August 1931 über die eidg. Jagdbannbezirke und Wildasyle.* BR 23. Dezember. S. 835.

Beifügung des neuen Bannbezirkes Scarl.

Autoverkehr. Eisenbahn. Radio.

257. *BRB über die Ersetzung von Strassensignalen, vom 29. Januar.* S. 35.

Frist bis 1. Juli 1935.

258. *Festsetzung der Ansätze der Bundesbeiträge an die Kantone für die Automobilstrassen.* BRB 1. März. S. 169.

Massgebend für Verteilung der Benzinzollviertel der Jahre 1934 bis 1938.

259. *VO über die Feuerwehrmotorfahrzeuge.* BR 22. März. S. 187.

260. *Schutz der Radioempfangsanlagen gegen radio-elektrische Störungen, hervorgerufen durch Stark- und Schwachstromanlagen.* Verfügung des Post- und Eisenbahndepartements vom 29. Januar. S. 196.

Vorschriften technischer Natur über Anlage von Empfangsstationen, störende elektrische Anlagen etc.

261. *BRB betreffend den im Abkommen vom 30. März 1931 über die Besteuerung der ausländischen Kraftfahrzeuge vorgesehenen internationalen Steuerausweis, vom 12. April* S. 245.

262. *Ergänzung der Liste der für Gesellschaftswagen bis zu 2,40 m Breite geöffneten Strassen.* BR 26. April. S. 273.

263. *Höchstbreite der zum Strassenunterhalt, zur Strassenreinigung und zur Kehrichtabfuhr besonders gebauten Motorfahrzeuge.* BR 26. April. S. 274.

Die Höchstbreite wird auf 2,40 m festgesetzt.

264. *BRB betreffend den neuen Text der Anlage I zum internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, vom 7. Juni.* S. 452.

Der Text wurde von der fachmännischen Kommission gemäss Art. 60 des internationalen Übereinkommens im Juli 1934 abgeändert; die Anlage I enthält die Vorschriften über die nur bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Gegenstände.

265. *Abgabe von verbilligtem Benzin an ausländische Automobil- und Motorradfahrer (Feriengäste).* BRB 28. Juni. S. 493.

266. *Verlängerung der Gültigkeitsdauer obigen Beschlusses (bis zum 29. Februar 1936).* BRB 28. Oktober. S. 696.

267. Erstreckung der in Art. 82 Abs. 5 der VVO zum BG vom 15. März 1932 über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr enthaltenen Übergangsfrist. BRB 20. Dezember. S. 815.

Verwendung von Anhängern; Frist bis 1. Januar 1938.

Arbeitslosenhilfe. Krankenversicherung.

268. VO über Arbeitsnachweis, berufliche Förderung und Erleichterung der Versetzung von Arbeitslosen. BR 24. Mai. S. 390.

269. VO über den Arbeitsdienst. BR 24. Mai. S. 397.

Gewährung von Bundesbeiträgen. Solche können auch an Arbeitslager für ältere Arbeitslose ausgerichtet werden.

270. Erneuerung des BB vom 13. April 1933 über Krisenhilfe für Arbeitslose. BB 11. Dezember. S. 791.

Verlängerung der Wirksamkeit bis 31. Dezember 1936.

271. Abänderung des Inkrafttretenstermins der neuen Pharmacopoea Helvetica. BRB 23. April. S. 265.

Erstreckung des Terms auf den 1. Mai 1936.

272. Abänderung des Artikels 3 der VVO über die Krisenhilfe für die anerkannten Krankenkassen. BR 17. Juni. S. 453.

Beitrag des Bundes an rückständige Mitgliederbeiträge.

273. VO III über die Krankenversicherung betreffend Freizügigkeit, Ersatzanspruch und Mitgliedschaftsausweis. BR 30. Juli. S. 556.

VII. Rechtsorganisation.

Behörden. Ämter. Besoldungen. Gebühren.

274. Gebührentarif Nr. 25 über die Erteilung von Einfuhrbewilligungen. Volkswirtschaftsdepartement 29. Januar. S. 80.

Zu BRB Nr. 38; Änderung der Gebührentarife Nr. 2 und Nr. 24. Allgemeine Bestimmung über Minimalgebühr und Kanzleigebühr für Verlängerung von Bewilligungen, sowie Rückvergütung.

275. Gebührentarif Nr. 26. 23. April. S. 270.

276. Gebührentarif Nr. 27. 6. August. S. 588.

277. Gebührentarif Nr. 28. 1 November. S. 713.

Zu BRB Nr. 42.

278. Gebührentarif Nr. 29. 23. Dezember. S. 819.

Änderung der Gebührentarife Nr. 6, 16 und 24.

279. Herabsetzung von Posttaxen und -gebühren. BRB
22. März. S. 192.

Die Herabsetzung betrifft die Taxen für Drucksachen und Warenmuster.

280. Herabsetzung von Postgebühren sowie Abänderung der Postordnung und der zudienenden Ausführungsbestimmungen. Verfügung des Post- und Eisenbahndepartements vom 22. März. S. 194.

Wegfall oder Ermässigung diverser Gebühren.

281. Abänderung des BG vom 6. Oktober 1923 betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen des Nationalrates und der Kommissionen der eidg. Räte, vom 19. Dezember 1934. S. 213.

Kilometerentschädigung.

282. Änderung des Postpakettarifs. BR 28. Mai. S. 545.

Ermässigung der Taxen für den Nahverkehr bis 45 km.

283. Herabsetzung des Sperrgutzuschlags für Postpakete bis 10 kg. Verfügung des Post- und Eisenbahndepartements, 28. Mai. S. 546.

284. Herabsetzung von Posttaxen und -gebühren im Ortskreis. Verfügung des Post- und Eisenbahndepartements 17. Juli. S. 547.

285. Ergänzung des Gebührentarifs zum BG über Schuldbetreibung und Konkurs. BR 16. August. S. 601.

Gebühren für das Stundungs-, Konkurs- und Nachlassverfahren über Banken.

286. Tarif über die Kosten von Bankrevisionen. Bankenkommission 11. Oktober. S. 689.

287. Organisation der eidg. Bankenkommission. BRB 5. November. S. 707.

288. Abänderung und Ergänzung des BRB vom 5. Oktober 1929 über die Einreihung der Ämter der Beamten (Ämterklassifikation). 4. Nachtrag. BR 29. November. S. 749.

289. Vorübergehender Verzicht auf die Anwendung der Art. 23 bis 26 des BG vom 1. Februar 1923 betreffend die Organisation und Verwaltung der schweizerischen Bundesbahnen. BRB 24. Dezember. S. 816.

Vereinfachung der Organisation (Wegfall der Kreiseisenbahnräte).

Zweiter Teil.

Kantonales Recht.**I. Konkordate.**

290. *Interkantonales Konkordat betreffend wohnörtliche Unterstützung vom 15. Juni 1923.* Beitritt des Kantons Schaffhausen. 3. Januar. Eidg. GS 51 S. 84.

291. *Interkantonale Übereinkunft betreffend die Ausübung des Viehhandels, vom 1. Juli 1927.* Beitritt des Kantons Thurgau. 26. Dezember. Eidg. GS 51 S. 836. Thurgau ABl Nr. 50; Thurg. GS 17 S. 793.

292. *Übereinkunft zwischen den Kantonen Zürich, Schwyz, Glarus und St. Gallen betreffend die Fischerei im Zürichsee, Linthkanal und Walensee.* Schwyzer ABl Nr. 45.

293. *Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte vom 23. Juni 1909 (Abänderung von § 6 Absatz 1 und Absatz 3).* Beitritt des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements. BRB 17. Dezember. S. 813.

II. Staatsrecht.**(Verwaltungsgerichtsbarkeit.)**

294. Zürich. *Anpassung der Kantonsratswahlkreise an die stadtzürcherische Eingemeindung.* KRB 21. Januar. ABl S. 694. GS 35 S. 404.

295. Uri. *G über den Erwerb des Landrechtes des Kantons Uri.* LR 31. Januar. ABl Nr. 15. Volksabstimmung 5. Mai. ABl Nr. 19.

Dieses Gesetz ersetzt dasjenige vom 4. Mai 1884. Zuständig zur Einbürgerung ist der Landrat. Schweizer müssen mindestens fünf Jahre, Ausländer mindestens zehn Jahre im Kanton gewohnt haben. Über die Aufnahme von Schweizern beschliesst der Landrat mit einfacher Mehrheit, für die Aufnahme von Ausländern ist ein qualifiziertes Mehr von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich. Bewerber, denen die Einbürgerung offensichtlich nur Geschäftssache ist, oder die sich der Bevölkerung offenbar nicht anzupassen vermögen, sind abzuweisen. Einbürgerungstaxe mindestens Fr. 500.— bei Schweizern und Fr. 1000.— bei Ausländern.

296. Glarus. *Änderung der Art. 77, 78 und 83 der Kantonsverfassung.* Landsgemeinde 28. April. LB Heft 12 S. 475.

Anspruch der Schulgemeinden auf Deckung ihrer Defizite zu $\frac{3}{4}$ durch den Kanton und zu $\frac{1}{4}$ durch die Tagwen. Ermächtigung der Schul- und Armengemeinden zur Erhebung von Steuern.

297. Fribourg. *Loi sur l'élection tacite des membres du Conseil d'Etat et des jurés cantonaux et fédéraux.* GrC 8 mai. F. o. No. 21; B. o. p. 21.

Provisorische Einführung der stillen Wahl.

298. Solothurn. *Abänderung der VO vom 15. September 1919 zur Einführung des BG betreffend die Wahl des Nationalrates.* RRB 21. September. ABl Nr. 39.

Die Änderung betrifft die Mitteilung der Wahlergebnisse an die Staatskanzlei.

299. Basel-Stadt. *Ergänzung der VO betreffend Wahlen und Abstimmungen in den Landgemeinden vom 29. Mai 1925.* RR 26. April. GS 36 S. 406.

Die Abänderung des kantonalen Wahlgesetzes vom 21. Juni 1934 (Stempelung statt Kontrollmarken beim Wahlakt, Ausübung des Stimmrechts durch Kranke) gilt nicht für die Landgemeinden.

300. Baselland. *Partialrevision der Staatsverfassung (Art. 13 Absatz 2).* LR 3. Juni. ABl Nr. 23. Volksabstimmung 8. September. ABl Nr. 11, Eidg. Gewährleistung durch BB vom 31. Januar 1936. Eidg. GS 52 S. 44.

Anpassung der Amtsduer des Ständeratsmitgliedes an diejenige der Nationalratsmitglieder.

301. Ticino. *Regolamento circa il voto in sabato.* CSt 4 gennaio. B. o. No. 2.

Verfahrensvorschriften für die an Samstagen von 14 bis 18 Uhr stattfindenden Wahlen und Abstimmungen, insbes. Zusammensetzung und Organisation der Wahlbüros.

302. Ticino. *Legge sulla nomina dei deputati al consiglio degli Stati.* GrC 13 novembre 1934. B. o. 1935 No. 1.

Wahl des Staatsrates; Verfahren; Vorschläge; Stimmzettel. Als Wahltag wird im Gesetz der letzte Sonntag im Februar festgesetzt; ein allfälliger zweiter Wahlgang hat am zweiten Sonntag des März stattzufinden.

303. Ticino. *D esec. concernente il rilascio dei certificati di capacità elettorale.* CSt 15 novembre. B. o. No. 25.

Einheitliches Formular.

304. Neuchâtel. *D portant revision des art. 24, 43 et 58 de la Constitution.* GrC 16 septembre. Votation populaire 26/27 octobre. Garantie fédérale 7/31 janvier 1936. Recueil 6 No. 30. Eidg. GS 52 S. 45.

Erhöhung der Amtsduer der Mitglieder des GrR und des StR sowie der Gerichtsbeamten von drei auf vier Jahre.

305. Bern. *D betreffend die Erweiterung der Zuständigkeit der Regierungsstatthalter.* GrR 11. November. ABl Nr. 94. GS 35 S. 117.

Das Dekret enthält eine Aufzählung der Streitfälle öffentlich-rechtlicher Natur, in denen der Regierungsstatthalter als „Verwaltungsgerichtsinstanz“, eher aber „Beschwerdeinstanz“ entscheidet, trotzdem die im Dekret verwendeten termini eher für das erstere sprechen („Kläger“ in § 3; Streitsache werde mit Einreichung des Ladungsgesuches „rechtshängig“ in § 2; der Entscheid wird als „Urteil“ bezeichnet in §§ 5 und 6). Seiner Entscheidung unterliegen Streitsachen bis 800 Fr. Im übrigen enthält das Dekret die Einzelheiten des Verfahrens; vorgesehen ist eine mündliche Verhandlung, zu der der Beklagte zu laden ist. Gegen die Entscheide des Regierungsstatthalters kann jede Partei beim Verwaltungsgericht wegen Verletzung oder willkürlicher Anwendung von Gesetzen, Dekreten, Verordnungen und von Gemeindereglementen Beschwerde führen. A. C.

Gemeindewesen (Organisation, Staatliche Hilfe, Aufsicht etc.)

306. Zürich. *Auflösung der Zivilgemeinden Niedersteinmaur, Obersteinmaur und Sünikon und deren Vereinigung mit der politischen Gemeinde Steinmaur.* RRB 20. Juni. ABl S. 779; GS 35 S. 508.

307. Bern. *D betreffend die Unterstützung schwer belasteter Gemeinden aus dem Ertrag der kantonalen Krisenabgabe.* GrR 4. September. ABl Nr. 82; GS 35 S. 81.

Schaffung eines „Gemeindeunterstützungsfonds“.

308. Bern. *RRB betreffend das Verfahren bei der Ausrichtung von Staatsbeiträgen an Gemeindearbeiten.* RR 8. Oktober. ABl Nr. 85; GS 35 S. 109.

309. Fribourg. *A concernant les conventions intercommunales relatives à l'assistance de bourgeois communs.* CE 22 janvier. F. o. No. 5; B. o. p. 8.

Die besonderen Vereinbarungen zwischen den Gemeinden gehen dem Beschluss vom 18. November 1927 betreffend Verteilung der Kosten für die Unterstützung von Bürgern mehrerer Gemeinden vor.

310. Baselland. *Bewertung der Vermögensobjekte der Einwohnergemeinden und deren Einstellung in den Aktiven des Status der Einwohnergemeinderechnungen.* RRB 29. Januar. ABl Nr. 5.

Bewertungssätze für Erträge und Aktiven der Einwohnergemeinden. Auf Grund des so ermittelten Vermögens wird bestimmt, welches die den Gemeinden zukommenden Staatsbeiträge (gemäss Gesetz vom 22. Februar 1932) sind.

311. Baselland. *Instruktion über das Rechnungswesen der Gemeinden.* RR 27. September. ABl Nr. 14.

312. Schaffhausen. *Abänderung der VVO vom 11. Januar 1935 zum Fürsorgegesetz.* RR 5. Juni. ABl Nr. 23.

Änderung der §§ 18 und 19 (Wahl eines Bürgerausschusses durch Bürgergemeinde; Zuständigkeit des Gemeinderates bei Aufnahmen in das Ortsbürgerrecht).

313. Ticino. *D leg. circa rettifica confini giurisdizionali fra i comuni di Balerna e Castel S. Pietro.* GrC 5 luglio. B. o. No. 20.

III. Kirchliches.

314. Zürich. *Anpassung der Wahlkreise der Kirchensynode an die stadtzürcherische Eingemeindung und die Festsetzung der von diesen Wahlkreisen zu wählenden Mitglieder der Kirchensynode.* KRB 11. März. ABl S. 723. GS 35 S. 435.

315. Zürich. *Abänderung der Kirchenordnung für die evangelische Landeskirche des Kantons Zürich vom 13. Februar 1905.* Kirchensynode 26. Juli, vom RR am 1. August genehmigt. ABl S. 840. GS 35 S. 512.

Konfirmanden sollen vor dem 1. Mai des Jahres, in dem sie konfirmiert werden, 16 Jahre alt sein. Ausnahmen bewilligt in „wirklichen Notfällen“ eine vom Kirchenrat ernannte Kommission.

316. Bern. *D betreffend die Umschreibung der Kirchgemeinden Trub und Trubschachen.* GrR 16. April. ABl Nr. 38; GS 35 S. 28.

317. Bern. *D betreffend die Umschreibung und Organisation der römisch-katholischen Kirchgemeinden im Kanton Bern.* GrR 13. Mai. ABl Nr. 48; GS 35 S. 29.

318. Bern. *D betreffend Umschreibung der Kirchgemeinden Thurnen und Riggisberg.* GrR 4. September. ABl Nr. 74; GS 35 S. 83.

319. Bern. *D betreffend Bildung und Umschreibung der Kirchgemeinde Buchen.* GrR 4. September. ABl Nr. 74; GS 35 S. 85.

320. Schwyz. *Anerkennung der römisch-katholischen Pfarrgemeinde Schübelbach als öffentlich-rechtliche Kirchgemeinde mit dem Recht der Steuererhebung.* KRB 4. Oktober. ABl Nr. 41; GS 11 S. 304.

321. Basel-Stadt. *Abänderung der VVO vom 23. Mai 1922 zum G betreffend die Pensionierung der Staatsangestellten vom 9. Februar 1922.* RR 30. August. GS 36 S. 434.

Anwendbarkeit des Synodebeschlusses vom 27. März 1935 betreffend Reduktion der Gehälter und Pensionen der Pfarrer etc.

IV. Zivilrecht. Zivilprozess. Notariat. (Zwangsvollstreckung.)

322. Zürich. *Abänderung der VO über die Durchführung der Grundbuchvermessung und die Kostentragung für Einführung des Grundbuchs.* RR 1. April. Vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 13. Mai. ABl S. 670; GS 35 S. 499.

Staatlicher Beitrag von 30 % an die von den Gemeinden ausgerichteten Besoldungen und Entschädigungen für patentierte Geometer, die die vom Bund anerkannten Vermessungsarbeiten nachführen.

323. Nidwalden. *Ergänzung zum G betreffend Eigenversorgung von Nidwalden mit elektrischer Energie vom 29. April 1934.* Landsgemeinde 28. April. ABl Nr. 18.

Beschränkung der Bewilligung zur Benützung von Allmend beim Vertrieb von Elektrizität auf das kant. Elektrizitätswerk.

Mit andern Worten wird dadurch einem Elektrizitätswerk-Eigentümer das Recht abgesprochen, gegenüber dem Grund-eigentum der öffentlichen Verbände die Duldung von durchgehenden Leitungen zu verlangen. Ob dies bundesrechtlich zulässig sei, kann angesichts der Art. 691—693 des schweizer. Zivilgesetzbuches zum mindesten fraglich sein. A. C.

324. Glarus. *Ergänzung des Einführungsgesetzes zum ZGB.* Landsgemeinde 28. April. LB Heft 12 S. 528.

Ermächtigung der Gemeinden zum Erlass von Bauvorschriften. Zur Erschliessung oder Verbesserung von Baugebieten kann der RR den Gemeinden das Enteignungsrecht gewähren; Entscheide des RR können binnen vier Wochen an den LR weitergezogen werden.

325. St. Gallen. *VO betreffend die Grundbuchführung in der politischen Gemeinde St. Gallen.* RR 12. Januar. GS 15 Nr. 94.

Aufhebung der Grundbuchämter St. Fiden und Bruggen.

326. St. Gallen. *Nachtragsgesetz zum G vom 3. Juli 1911 betreffend die Einführung des schweizerischen ZGB.* GrR 25. November. ABl Nr. 48. GS 15. Nr. 114.

Bestellung und Amtsdauer der Schätzungskommissionen für Schuldbriefe und Gültens; Zahl und Umfang der Schätzungs-kreise (Art. 204 des EG).

Es ist darüber geklagt worden, dass die Objekte zu hoch eingeschätzt würden. Dem soll die neue Regelung entgegen-wirken, indem nun zwei Kommissionsmitglieder vom Regie-rungsrat und nur noch eines vom Gemeinderat gewählt werden sollen und indem für eines der staatlichen Mitglieder das Erfordernis aufgestellt wird, dass es in der Bodenertragswert-schätzung fachkundig sein müsse. Im weiteren sollen für die Schätzer staatliche Instruktionenkurse durchgeführt werden (was jedoch im Gesetz nicht besonders festgesetzt wurde). A. C.

327. Graubünden. *Dienstreglement für den kantonalen Grundbuchinspektor.* KJR 17. Mai. ABl Nr. 21.

328. Ticino. *Regolamento della legge 2 febbraio 1933 sul Registro fondiario.* CSt 9 luglio. B. o. No. 27.

329. Ticino. *Regolamento sulla misurazione catastale in esecuzione della legge 2 febbraio 1933 sul Registro fondiario.* CSt 9 luglio. B. o. No. 27.

330. Neuchâtel. *Loi sur les mines et les carrières.* GrC 22 mai. Recueil 6 No. 18.

Der private Bergbau bedarf einer Konzession, die Ausbeutung von Steinbrüchen einer Bewilligung des Staatsrates. Festsetzung der Bedingungen für Konzession und Bewilligung.

331. Ticino. *D leg. che modifica gli art. 21 e 22 legge di applicazione e complem. del Ccs.* GiC 13 novembre 1934. B. o. 1935 No. 1.

Die Änderung betrifft den „brevetto“, der eine notarielle Beurkundungsform ist und z. B. vorgesehen ist für Vorkaufsrechte, Kaufsrechte und Rückkaufsrechte an Liegenschaften, sowie für Erklärungen, Versicherungen usw., für die nicht eine andere Behörde als der Notar zuständig ist. Im Einverständnis mit den Parteien kann von der Beiziehung von zwei Zeugen abgesehen werden. Erforderlich sind die beiden Zeugen hingegen, sobald Blinde, Taube, Schreibunfähige, Fremdsprachige usw. vor dem Notar eine Erklärung abgeben. A. C.

332. Ticino. *Legge sulla nuova tariffa notarile.* GrC 26 novembre 1934. B. o. 1935 No. 4.

Es betragen u. a.: die Gebühr für eine Unterschriftenbeglaubigung 4 Fr., die für die Aufnahme einer Protesturkunde 5 Fr. bis 300 Fr. Bei Käufen von Liegenschaften etc. wird die Gebühr vom Wert berechnet. Sie beträgt für die ersten 200 Fr. 10 Fr. und für jedes weitere Hundert 1 Fr. Bei einem Wert von 5000 Fr. ergibt sich so eine Gebühr von 58 Fr. Von 5000 Fr. an wird nur $\frac{1}{2}$ Fr. vom Hundert berechnet.

Die Notariatsrechnungen sind gerichtlichen Entscheidungen im Sinne von Art. 80 des Betreibungsgesetzes gleichgestellt (Art. 24). A. C.

— Ticino. *Vgl. ferner Nr. 623.*

333. Zürich. *Abänderung des G vom 29. Januar 1911 betreffend das Gerichtswesen im allgemeinen, des G vom 13. April 1913 betreffend den Zivilprozess und des Einführungsgesetzes vom 2. April 1911 zum ZGB.* KR 28. Januar. ABl S. 131. Volksabstimmung 7. April. ABl S. 609; GS 35 S. 448.

Dieses Gesetz geht auf Motionen von Dr. Guhl und Oberrichter Dr. Lang vom Jahre 1927 und ein Postulat des Kantonsrates vom Jahre 1930 zurück und bezweckt in der Hauptsache die Anpassung der Spruchkompetenzen der Gerichte an den gesunkenen Geldwert und die Entlastung der

Gerichte durch Rationalisierung der Gerichtsorganisation und des Prozessbetriebes. Beim Organisationsgesetz bilden die folgenden Änderungen der Spruchkompetenzen die wesentlichste Neuerung: a) Friedensrichter: keine Änderung. b) Einzelrichter in Zivilsachen: jetzt allein zuständig für Streitwerte von 50—600 Franken (bisher 50—300 Franken). c) Bezirksgericht: allein zuständig von 600—1200 Franken (bisher 300—600 Franken), bei Prozessen mit unbestimmtem oder höherem Streitwert: erstinstanzlich (bisher; ab 600 Franken und bei unbestimmtem Streitwert erstinstanzlich). d) Gewerbege richt: Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit auf alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren Angestellten, aus Dienst-, Werk- und Lehrverträgen. Spruchkompetenz erhöht bis auf 1200 Franken (bisher 500 Franken). e) Handelsgesetz: Spruchkompetenz jetzt ab 2000 Franken (statt 1000 Franken). f) Obergericht: Berufung jetzt zulässig gegen Urteile des Bezirksgerichts, wenn der Streitwert 1200 Franken, und der Einzelrichter, wenn der Streitwert 600 Franken übersteigt. — Diese Änderungen dürften eine nicht unwesentliche Entlastung für die Kollegialgerichte bedeuten und zu einer Beschleunigung des Verfahrens beitragen, da der Einzelrichter seine Fälle beträchtlich rascher entscheiden kann, als dies bei einem Kollegialgerichte möglich ist. g) Der Kosten- und Zeitsparnis dient ferner die Möglichkeit des Kompromisses auf das Obergericht bei einem Streitwert von über 4000 Franken, oder bei unbestimmtem Streitwert. Ausgeschlossen ist dieser Kompromiss bei Familien- und Handelssachen. Auch können die Parteien einen Prozess unter Umgehung des Obergerichtes von der I. Instanz direkt an das Bundesgericht weiterziehen. — In Strafsachen wird die Zuständigkeit des Schwurgerichts beschränkt, und zwar bei Vermögensdelikten auf Verbrechen mit einem Streitwert, Delikts- oder Schadensbetrag von mindestens 1500 Franken, (bisher 300 oder 600 Franken), wobei die Art der einzelnen Verbrechen keine Rolle spielt. Sittlichkeitsdelikte an Kindern unter 16 Jahren werden inskünftig vom Bezirksgericht beurteilt (zur Schonung der allenfalls als Zeugen einzuvernehmenden Kinder). Endlich ist das Bezirksgericht nun statt des Schwurgerichts bei fahrlässigen Tötungen zuständig; angesichts der grossen Zahl der Autounfälle gewiss eine notwendige Neuerung. Für Bagatellsachen wird am Bezirksgericht Zürich der Einzelrichter als zuständig erklärt. Polizeiübertretungen ahndet er endgültig, sofern die Busse 50 Franken nicht übersteigt, ferner Strafsachen von geringerer Tragweite erstinstanzlich, aber nur, wenn der Angeklagte geständig ist. Als Höchststrafe darf er einen Monat Gefängnis aussprechen. — Die weiteren Änderungen betreffen u. a. die Gerichtsgebühren, die Revision der Richterwahlen und die Möglichkeit, Ersatzrichter beizuziehen. Sie sind ohne allgemeines Interesse.

Die Zivilprozessordnung erfährt eine Reihe von Abänderungen, die unter sich nicht zusammenhängen, sondern einfach eine Verbesserung einzelner Rechtseinrichtungen anstreben. 1. Die wichtigste Neuerung betrifft die Einführung des obligatorischen schriftlichen Verfahrens bei Streitwerten von über 2000 Franken, wogegen bei geringeren Streitwerten und in Familienrechtssachen das mündliche Verfahren

nach wie vor die Regel bildet. Diese Änderung ist zweifellos von grossem Vorteil, da in verwickelten Fällen das schriftliche Verfahren die Prozessinstruktion und ein genaues Studium der Sache bedeutend erleichtert, und oft überhaupt erst ein geregeltes und beförderliches Prozedieren ermöglicht. Mit Recht wird von der Novelle die Einreichung einer einlässlich begründeten und nicht nur einer bloss vorbereitenden Klagschrift verlangt. Replik und Duplik sind mündlich, wenn der Vorsitzende nicht auch hiefür das schriftliche Verfahren anordnet. Absichtlich verspäteten Parteivorbringen oder der Vielschreiberei kann mit Ordnungsstrafen abgeholfen werden. Anhängig gemacht wird der Prozess im schriftlichen Verfahren durch Einreichung der Weisung des Friedensrichters und der Klagbegründung. 2. Im Berufungsverfahren wird das Recht zu neuen Parteivorbringen erweitert. Die Parteien können noch zehn Tage vor der Berufungsverhandlung neue Tatsachen und Einreden vortragen und Beweismittel, deren Vorlage sie in der I. Instanz trotz Fristansetzung versäumt hatten, noch beschaffen. Eine Ausnahme gilt nur in Kontumazfällen. Als Korrektiv dient die Pflicht, der Gegenpartei die durch die Verspätung erwachsenden besonderen Kosten zu zahlen und sie für Umtriebe zu entschädigen. 3. Ferner wird der Gerichtsstand der gelegenen Sache für alle gerichtlich hinterlegten Gegenstände (nicht nur wie bisher für Miet- und Pachtzinsen) eingeführt. 4. Begehren auf Änderung eines Scheidungsurteils können nur noch am Wohnsitz des Beklagten angehoben werden, da das BG den Gerichtsstand des Scheidungsgerichtes als bundesverfassungswidrig erklärt hat. 5. Eine Reihe weiterer Änderungen betrifft das Schiedsgerichtsverfahren, die Vertretung und Verbeiständigung vor dem Friedensrichter und vor dem Gewerbegericht, die Kautionspflicht für Prozesskosten und die Zulässigkeit von Widerklagen gegenüber Lohnforderungen. Sie sind, wie die Abänderungen des Einführungsgesetzes zum ZGB, ohne allgemeines Interesse.

H. St.

334. Bern. *VO über die Vollstreckung der Schiedsgerichtsurteile und der Vergleiche vor Schiedsgerichten.* RR 25. Oktober. ABl Nr. 88; GS 35 S. 115.

Urteile und Vergleiche sind dem Gerichtsschreiber zur Eintragung und Aufbewahrung vorzulegen. Festsetzung der Gebühren.

335. Fribourg. *A abrogeant celui du 27 novembre 1934 concernant l'exécution des jugements civils roumains dans le canton de Fribourg.* CE 9 avril. F. o. No. 16.

335a. Genève. *Loi modifiant les articles 1, 3, 4, 5, 7 et 36 de la loi d'application de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite.* GrC 15 juin. F. o. No. 142, 172. Recueil p. 109.

Zusammensetzung, Wahl und Kautionspflicht des Personals des Betreibungs- und Konkursamtes. Unvereinbarkeit des Vorsteheramtes mit andern Ämtern.

**V. Strafrecht. Strafprozess.
(Jugendgerichtsbarkeit.)**

336. Zürich. *Abänderung des Strafgesetzbuches vom 6. Dezember 1897 für den Kanton Zürich.* KR 28. Januar. ABl S. 209. Volksabstimmung 7. April. ABl S. 609; GS 35 S. 493.

Enthält im wesentlichen folgende Neuerungen: 1. Zum Ausgleich der Geldentwertung werden die Höchstbeträge der Geldbusen erhöht. Das allgemeine Höchstmass der Busse wird auf Fr. 30,000.— festgesetzt (statt Fr. 15,000.—) und ebenso bei verschiedenen Delikten die Maximalbusse verdoppelt. Ferner werden die Schadensbeträge, bei denen die Strafzumessung von einer bestimmten Höhe des Schadens abhängt, verdoppelt. Bei Umwandlung von Bussen in Gefängnis wird jetzt ein Tag Gefängnis 12 Franken Busse (statt 10 Franken) gleichgesetzt. Das Maximum der Ersatzfreiheitsstrafe beträgt ein Jahr. Das Strafminimum bei Missbrauch eines Mädchens unter 15 Jahren wird von einem Jahr Zuchthaus auf sechs Monate Arbeitshaus ermässigt, und die Mindeststrafe für böswillige Eigentumsbeschädigung auf mindestens ein Monat Gefängnis (statt sechs Monate Arbeitshaus) herabgesetzt. Beide Milderungen sind berechtigt, da sie dem Gericht mehr Freiheit bei der Beurteilung des Einzelfalles gewähren.

H. St.

— Luzern. Vgl. die §§ 63 bis 67 des luzernischen Armengesetzes vom 1. Oktober 1935 (wo Strafbestimmungen enthalten sind). Siehe Nr. 787.

337. Basel-Stadt. *Abänderung des Strafgesetzes.* GrR 11. April. GS 36 S. 394.

Betrifft zwei Strafbestimmungen. 1. wird die Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren oder mit bewusstlosen, blödsinnigen oder geisteskranken Personen nun zum Offizialdelikt. 2. ist jetzt der Missbrauch von Jugendlichen von 14—16 Jahren beider Geschlechter zu unzüchtigen Handlungen oder zum Beischlaf strafbar, wogegen bislang nur der Missbrauch von Mädchen bestraft wurde. Das Antragserefordernis fällt dahin. Der Strafschutz auch männlicher Jugendlicher war bei der Verbreitung der Homosexualität und den grossen Gefahren einer Verführung für die weitere Entwicklung des J. geboten.

H. St.

338. Basel-Stadt. *Ergänzung des Strafgesetzes.* GrR 16. Mai. GS 36 S. 408.

Die politische Entwicklung der letzten Jahre erforderte dringend besondere Massnahmen zum Schutze unseres Gebietes vor der Tätigkeit von Spitzeln, politischen Verbrechern und vor Übergriffen auf unsere Gebietshoheit. Dies bezweckt die vorliegende Novelle. Verboten wird a) der rechtswidrige Nachrichtendienst (Einziehung von Erkundigungen, Nachrichtenvermittlung, Einrichtung eines Nachrichtendienstes, Anwerbung

für einen Nachrichtendienst, Vorschubleistung) im Interesse ausländischer Behörden oder politischer Organisationen über die politische Tätigkeit von Personen oder Verbänden. Strafe: Gefängnis ab einem Monat, Zuchthaus bis zu fünf Jahren. b) die Amtsanmassung für eine fremde Behörde oder Organisation. Strafe: Gefängnis, in schweren Fällen bis zu zehn Jahren Zuchthaus. Beim ersten Delikt kann die Abgrenzung des erlaubten vom unerlaubten Nachrichtendienst beträchtliche Schwierigkeiten bereiten. Das Gesetz verbietet nur den rechtswidrigen Nachrichtendienst, gibt aber weder beispielsweise noch sonstwie Unterscheidungsmerkmale an, überlässt die Grenzziehung vielmehr völlig der Praxis. Diese muss m. E. davon ausgehen, dass die anständige und sich im üblichen Rahmen haltende Tätigkeit eines Journalisten erlaubt ist, im übrigen aber im Einzelfalle untersuchen, ob sich der Nachrichtendienst nach dem gesetzten Ziel und den angewendeten Mitteln als eine Schädigung Einzelner oder unseres Staates auswirkt. Die Gefahr der Schädigung muss dem Täter im Sinne des dolus eventualis bewusst sein.

H. St.

339. Basel-Stadt. *Ergänzung des Polizeistrafgesetzes vom 23. September 1872.* GrR 17. Oktober. GS 36 S. 446.

Verletzung der Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen wird mit Geldbusse bestraft.

340. Zürich. *Abänderung des G vom 4. Mai 1919 betreffend den Strafprozess.* KR 28. Januar. ABl S. 191. Volksabstimmung 7. April. ABl S. 609; GS 35 S. 482.

Bei der Strafprozessordnung wird lediglich eine Anzahl von Einzelvorschriften abgeändert, ohne dass eine grundsätzliche Neugestaltung erfolgte. Hervorzuheben sind folgende Neuerungen: 1. Zur Entlastung der Gerichte in Bagatellsachen können die Bezirksanwälte und Untersuchungsrichter im Ehrverletzungsprozess jetzt Bussen bis auf Fr. 100.— (statt bisher Fr. 50.—) und Gefängnisstrafen bis zu fünf Tagen durch Strafbefehl aussprechen. 2. Ebenso werden die Höchstbeträge der Bussen, die bei Polizeiübertretungen von den Verwaltungsbehörden ohne Spezialvorschrift angedroht werden können, verdoppelt. Ferner wird ausdrücklich bei leichten Übertretungen die blosse Verwarnung für zulässig erklärt. Abgeschafft wird das Recht eines Gebüssten, die Polizeibusse durch freie Arbeit abzuverdienen, weil dazu keine Gelegenheit geboten werden konnte. 3. Im Verfahren gegen Jugendliche kann der Jugendanwalt zur Erledigung von Bagatellsachen einen Strafbefehl erlassen (unter Vorbehalt der Einsprache). Auch kann jetzt nicht nur wie bislang der Vollzug einer Busse oder einer Freiheitsstrafe, sondern auch die Unterbringung eines fehlbaren Kindes oder Jugendlichen in einer Anstalt oder Familie bedingt aufgeschoben werden. 4. Zur Vermeidung der Verschleppung der Strafprozesse wird die Nichtigkeitsbeschwerde eingeschränkt. Entscheide des Obergerichts als Kassationsinstanz können nicht mehr an das Kassationsgericht weitergezogen werden, ebenso wenig ist die Nichtigkeitsbeschwerde gegen Beschlüsse über die Anklageerhebung zulässig. 5. Die bedingte Verurteilung ist jetzt

auch widerruflich, wenn der Täter ein zweites fahrlässiges Vergehen der gleichen Art wie das erste Delikt begeht. 6. Zur Milderung der Härten einer Landesverweisung gewährt die Novelle dem Kantonsrat das Begnadigungsrecht und der Justizdirektion das Recht zur bedingten Einstellung des Vollzuges. 7. Weitere nicht sehr wesentliche Änderungen beziehen sich auf das Strafregister, den Vollzug der Strafurteile und anderes mehr.

H. St.

341. Zürich. *VO über die Entschädigungen und Gebühren in Strafuntersuchungen.* RR 22. August. ABl S. 863; GS 35 S. 514.

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen, Vorladungs-, Zustellungs- und Schreibgebühren der Untersuchungs- und Anklagebehörden.

342. Obwalden. *RRB betreffend den bedingten Strafvollzug in Bundesstrafsachen.* 1. Mai. LB VII S. 138.

Über den Widerruf entscheidet das Gericht.

343. Basel-Stadt. *Reglement betreffend die Schutzaufsicht beim bedingten Strafvollzug.* RR 11. Januar. GS 36 S. 369.

344. Appenzell A.-Rh. *Bestimmungen über die Ausübung der Schutzaufsicht über entlassene Sträflinge.* Vom RR genehmigt am 18. Oktober. GS IV Nr. 25.

345. Ticino. *Legge sulla delinquenza minorile.* GrC 18 dicembre 1934. B. o. 1935 No. 8.

Führt an Stelle der ordentlichen Gerichte zur Beurteilung jugendlicher Rechtsbrecher Jugendgerichte ein. Diese setzen sich zusammen aus dem Pretore des Distriktes und je einem Arzt und Lehrer. Die Verfahrensbestimmungen sind die üblichen: Erkundigung über die bisherige Erziehung des Jugendlichen, seine Familie, seinen Geisteszustand, Möglichkeit, den Jugendlichen während den Beweiserhebungen und Plaidoyers aus dem Gerichtssaal zu entfernen, geschlossene Verhandlung in andern Räumen als bei Strafsachen Erwachsener, Zwang gegenüber Eltern, den Verhandlungen beizuwohnen, kein Eintrag im Strafenregister, keine Untersuchungshaft gegen Jugendliche unter 18 Jahren, Strafvollzug getrennt von dem von Erwachsenen. Gegen Strafurteile ist Rekurs an die Rekurskammer in Strafsachen zulässig. Diese entscheidet auf Grund der Akten ohne Anhörung der Prozessparteien. Verkürzung der Verjährung der Strafverfolgungs- und Vollstreckungsfristen auf die Hälfte. Die Vormundschaftsbehörde überwacht den Vollzug der vom Gericht angeordneten Vorkehrungen. Sie kann den Jugendlichen einem Patronat unterstellen und verlangen, dass sich die Eltern oder Vormünder der Erziehung des Jugendlichen in besonderem Masse annehmen.

H. St.

346. Ticino. *D esec. di applicazione dell'art. 341 della legge federale 15 giugno 1934 sulla procedura penale federale.* CSt 25 ottobre. B. o. No. 23.

Das kantonale Justizdepartement wird für zuständig erklärt, die bedingte Strafentlassung in Bundesstrafsachen zu widerrufen.

347. Ticino. *D. leg. che modifica gli art. 49—50 e 51 del Codice Penale.* GrC 18 dicembre 1934. B. o. 1935 No. 8.

Ändert die bisherigen Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Beurteilung Minderjähriger ab. Kinder unter 14 Jahren bleiben straflos. Staatsanwalt und Vormundschaftsbehörde ordnen die Versorgung verwahrloster oder gefährdeter Kinder in einer Anstalt oder Familie an. Belassen sie es in seiner Familie, wird die Erziehung durch die Vormundschaftsbehörde überwacht (Art. 49). Bei 14—18jährigen treten folgende Strafmilderungen ein: a) Arrest bis zu 20 Tagen statt einer Höchstrafe von einem Jahr Gefängnis; b) In allen andern Fällen Internierung in Besserungs- oder Erziehungsanstalten bis auf vier Jahre. — Verwahrlose oder Gefährdete können stets versorgt oder in ihrer Familie überwacht werden. — Bei 18—20-jährigen tritt Strafmilderung nach richterlichem Ermessen ein. An Stelle lebenslänglicher Zuchthausstrafe wird Zuchthaus bis zu 15 Jahren verhängt.

H. St.

348. Vaud. *Loi abrogeant et remplaçant les articles 64 et 207 du code de procédure pénale, du 1er février 1850, modifié par la loi du 9 mai 1932.* GrC 23 décembre. F. o. No. 104; Recueil 132 p. 234.

Vergleich und Rückzug des Strafantrags sind nur noch bei vorgängiger Bezahlung der Gerichtskosten zulässig. Ausnahmsweise kann der Richter einer unbemittelten Partei die Zahlung stunden, jedoch nur gegen die schriftliche Verpflichtung zur Zahlung innert einer bestimmten Frist. Zuständig zur Entgegennahme des Rückzuges ist die Behörde, bei der die Sache anhängig ist. Vergleich und Rückzug sind in ihrem ganzen Wortlaut zu protokollieren. Diese Vorschriften sind entsprechend anwendbar auf die requête interruptive (art. 82, c. Code pén.).

Sch.

349. Wallis. *Ausführungsbeschluss zum BG vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege.* StR 17. Dezember. ABl Nr. 52.

Bezeichnung der zuständigen Behörden. Schaffung eines Schutzaufsichtsamtes, bestehend aus einem Kantonsrichter, einem Beamten des Justiz- und Polizeidepartements und einem Beamten des Arbeitsamtes. Regelung des Verfahrens bei Widerruf der bedingten Verurteilung.

350. Neuchâtel. *A d'exécution de la loi fédérale du 15 juin 1934 sur la procédure pénale.* CE 28 décembre 1934. F. o. 1935 No. 1. Recueil 6 No. 5.

Der Widerruf erfolgt durch den Gerichtspräsidenten.

351. Genève. *Loi constitutionnelle instituant un article 97 bis de la Constitution sur l'éligibilité des femmes à la Chambre pénale de l'enfance.* GrC 19 janvier. F. o.

No. 20. Volksabstimmung 23./24. Februar. Eidgen. Gewährleistung durch BB vom 4. April. F. o. No. 92. Recueil p. 11. Eidg. GS 51 S. 224.

Der Kammer kann eine Frau als Mitglied angehören.

352. Genève. *Loi modifiant les articles 1, 4, 73, 101 et 112 de la loi sur l'organisation judiciaire.* GrC 15. Mai F. o. No. 120, 148; Recueil p. 87.

Enthält lediglich die durch die Abänderung des Jugendgerichts gesetztes nötigen Anpassungen des Gerichtsorganisationsgesetzes.

H. St.

353. Genève. *Loi modifiant la loi du 4 octobre 1913 instituant une Chambre pénale de l'enfance.* GrC 15 mai. F. o. No. 120, 219; Recueil p. 137/144.

Bildet das seit 1913 in Genf bestehende Jugendgericht weiter aus. Für Delikte Jugendlicher zwischen 10 und 18 Jahren ist jetzt ausschliesslich das Jugendgericht zuständig unter völiger Ausschaltung der ordentlichen Strafgerichte. Das Jugendgericht besteht nunmehr aus einem Berufsrichter als Vorsitzenden und je einem Arzt und Lehrer als Beisitzer (früher drei Friedensrichter). Ein Beisitzer kann weiblich sein. Die Vorschriften zum Schutze des Jugendlichen werden vermehrt (Ausschluss administrativer oder gerichtlicher Mitteilungen von Jugendsachen ausser in schweren Fällen, Verhör durch den Vorsitzenden innert 24 Stunden seit der Verhaftung, Beschränkung der Untersuchungshaft in der Regel auf sechs Wochen). Ferner wird das System der Erziehungs- und Strafmaßnahmen ausgebaut; neben der Möglichkeit des Verweises und der Wiedergutmachung des angerichteten Schadens durch Geld- oder Arbeitsleistung sind insbesondere zahlreiche Stufen und Arten der Überwachung und Freiheitsbeschränkung des Jugendlichen vorgesehen (z. B. Unterbringung in Erziehungs- und Besserungsanstalten, bei einem Lehrmeister oder in einer Familie, Verbot des Genusses von Alkohol, des Besuches von Kino, Theater, von Barlokaten und Tanzstätten usf.). In schweren Fällen kann der Jugendliche bis zum 25. oder gar 30. Altersjahr in einer Besserungsanstalt versorgt werden. (Mit dem 20. Altersjahr auch in einer Anstalt für Erwachsene.) Eine Anwendung der im Strafgesetzbuch vorgeschriebenen Strafen kommt nicht mehr in Frage. Das Gesetz sucht so dem Gerichte die grösstmögliche Freiheit bei der Anordnung der dem Einzelfall angepassten Massnahmen zu gewähren, wobei der Erziehungszweck den Ausschlag gibt.

H. St.

354. Genève. *Loi organisant le patronage des condamnés mis au bénéfice du sursis et réglant la procédure applicable pour la révocation du sursis.* GrC 15 juin. F. o. No. 142, 172. Recueil p. 104.

Kantonale Vollzugsbestimmungen zu den Vorschriften des Bundesgesetzes über den Strafprozess vom 15. Juni 1934 betreffend die Schutzaufsicht über bedingt Verurteilte und über den Widerruf des Strafaufschubs, Art. 336 ff. Die in Art. 336

des BG vorgesehene Schutzaufsicht wird ausgeübt vom tuteur général unter Mitwirkung von zwei weiteren von ihm aus einer viergliedrigen Kommission gewählten Personen. Die nötigen Reglemente für die Ausübung der Schutzaufsicht erlässt der Staatsrat. Bei Bundesdelikten, die von den kantonalen Gerichten beurteilt werden, trifft bei erneuter Verurteilung der Staatsanwalt die nötigen Massnahmen zur Vollstreckung der bedingten Strafe. In den andern Fällen des Widerrufs sowie für eine Verwarnung nach Art. 338 des BG sind die urteilenden Gerichtskammern oder ihr Vorsitzender zuständig. H. St.

355. Genève. *Loi suspendant provisoirement l'application de la loi du 15 mai 1935, modifiant diverses dispositions de la loi du 4 octobre 1913, instituant une Chambre pénale de l'enfance.* GrC 29 juin. F. o. No. 145. Recueil p. 116.

Verschiebung des Inkrafttretens auf 1. November 1935.

VI. Verwaltungsrecht.

Öffentliche Ordnung. Militär. Passiver Luftschatz. Pässe. Fremde. Aufenthalt.

356. Fribourg. *A concernant la vente, l'achat, le port et le transport des armes, des munitions, de la poudre et des explosifs.* CE 21 mai. F. o. No. 24; B. o. p. 28.

357. Ticino. *Risoluzione governativa approvante D esec. concernente il pagamento delle scarpe militari rilasciate ai soldati indigenti.* CSt 11 ottobre. B. o. No. 22.

358. Ticino. *Risoluzione governativa approvante D esec. concernente l'incasso delle bollette emesse dall'Arsenale cantonale per la suppeditazione di effetti militari e per le riparazioni delle armi.* CSt 11 ottobre. B. o. No. 22.

359. Genève. *A interdisant aux journaux et publications toute attaque contre les sentiments religieux de la population.* CE 3 avril. F. o. No. 82. Recueil p. 66.

Das Verbot richtet sich namentlich gegen judenfeindliche Blätter.

360. Genève. *A interdisant de porter des armes au cours de manifestations pouvant nécessiter l'intervention de la force publique.* CE 8 mai. F. o. No. 112; Recueil p. 79.

361. Genève. *A modifiant l'article 3 du règlement de police du 6 avril 1877 sur les actes et bruits troublant la tranquillité publique.* CE 11 juin. F. o. No. 136; Recueil p. 103.

Umzüge und Versammlungen auf der Allmend bedürfen einer Bewilligung des Justiz- und Polizeidepartements.

362. Solothurn. *VO I betreffend den passiven Luftschutz für die Zivilbevölkerung.* RR 22. November. ABl Nr. 48.

Organisatorische Vorschriften.

363. Baselland. *Instruktion für den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung.* RR 3. Januar. ABl Nr. 1.

Anordnung von Instruktionskursen im Februar 1935.

364. Aargau. *VVO zum BB vom 29. September 1934 betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung.* RR 7. Januar. GS 15 Nr. 1.

365. Thurgau. *Organisation des zivilen Luftschutzes.* RRB 24. September. ABl Nr. 39.

366. Ticino. *D esec. istituente la Commissione Cantonale per la protezione aerea passiva.* CSt 11 gennaio. B. o. No. 4.

367. Wallis. *D betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung.* GrR 22. Mai. ABl Nr. 27.

368. Wallis. *Reglement betreffend die Bildung einer kantonalen Kommission für den passiven Luftschutz.* StR 27. September. ABl Nr. 40.

369. Neuchâtel. *A d'exécution des prescriptions fédérales concernant la défense aérienne passive de la population civile.* CE 4 janvier. Recueil 6 No. 6.

370. Neuchâtel. *D concernant la répartition des dépenses occasionnées par l'organisation de la défense aérienne passive.* GrC 18 novembre. F. o. No. 93; 1936 No. 5. Recueil 6 No. 41.

371. Uri. *Vollziehungsvorschriften zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.* RR 16. März. Vom BR genehmigt am 9. April. ABl Nr. 18.

372. Obwalden. *Vollziehungsvorschriften zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.* RR 26. Dezember 1934. Vom BR genehmigt am 26. Januar. LB VII S. 127.

373. Zug. *VVO über die Ausstellung von Heimatscheinen und Reisepässen.* RR 30. Oktober. GS 13 Nr. 56.

374. Baselland. *VVO zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931.* LR 8. Oktober 1934. ABl Nr. 9.

375. Schaffhausen. *VVO zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 und zur eidgenössischen VVO vom 5. Mai 1933, sowie zum Bundesratsbeschluss betreffend die Gebühren-Ordnung zu*

diesen Erlassen vom 27. April 1934. (*Kantonale Fremdenpolizeiverordnung.*) RR 8. Dezember 1934. Vom BR genehmigt am 26. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 1; GS 15 S. 435.

376. Appenzell A.-Rh. *VVO zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 und zur eidg. VVO vom 5. Mai 1933 (Kantonale Fremdenpolizeiverordnung).* RR 4. Juli. Vom BR genehmigt am 30. Juli. GS IV Nr. 24.

377. Appenzell A.-Rh. *Vorschriften für die Ausstellung von Passbewilligungen und Pässen, Erhöhung der Passgebühren.* RR 16. Dezember. GS IV Nr. 33.

378. St. Gallen. *VVO zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.* RR 10./17. April. Vom BR genehmigt am 25. April/5. Juli. GS 15 Nr. 105.

379. Aargau. *VVO zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 und zur VVO des BR vom 5. Mai 1933.* RR 8. Juni. GS 15 Nr. 10.

380. Thurgau. *Fremdenpolizei-VO.* RR 25. März. Vom BR genehmigt am 9. April. ABl Nr. 16; GS 17 S. 769. Zuständigkeit und Verfahren bei Aufenthalts-, Niederlassungs- und Toleranzbewilligungen.

381. Thurgau. *Abänderung der Passverordnung für den Kanton Thurgau vom 16. Juni 1930.* RR 25. April. ABl Nr. 18; GS 17 S. 772.

Gebühren.

382. Ticino. *D leg. concernente l'istituzione di una tassa di soggiorno cantonale.* GrC 15 gennaio. B. o. No. 11.

Einführung einer Aufenthaltstaxe zur Förderung der Fremdenindustrie. Die Taxe ist von den Inhabern der Gaststätten einschliesslich Sanatorien etc. zu erheben und dem „ente turistico locale“ abzuliefern, der seinerseits 20 % seiner Einnahmen der „Associazione cant. del Turismo“ auszufolgen hat.

383. Ticino. *Regolamento in esecuzione della legge concernente l'istituzione di una tassa di soggiorno cantonale del 15 gennaio.* CSt 20 marzo. B. o. No. 11.

384. Ticino. *D esec. che modifica l'art. 2 del regolamento 20 marzo 1935 sulla tassa di soggiorno.* CSt 4 giugno. B. o. No. 18.

Versetzung der Gemeinden Bignasco und Caslano in andere Gebührenklassen.

385. Vaud. *A prorogeant l'A du 24 décembre 1934 relatif à la mise en vigueur, pendant la période transitoire du 1er janvier au 31 mars 1935, de la loi du 29 août 1934 concernant l'application, dans le canton de Vaud, de la loi*

du 26 mars 1931, sur le séjour et l'établissement des étrangers ; abrogeant l'article 12 du dit arrêté. CE 9 avril. F. o. No. 30; Recueil 132 p. 75.

Verschiebung des Inkrafttretens bis zum Erlass einer VVO.

386. Genève. *A relatif à la taxe de base du permis de séjour pour les étrangers âgés de moins de 18 ans. CE 30 octobre. Recueil p. 164.*

Vierteljahresgebühr Fr. 1.50.

Steuern.

387. Zürich. *VO über den Militärpflichtersatz. RR 22. Dezember 1934. Vom BR genehmigt am 9. Januar. ABl S. 49; GS 35 S. 396.*

388. Zürich. *RRB über die Vertretung des Staates im Rekursverfahren in Billettsteuersachen und die Kontrolle über die Ablieferung der Billettsteuer. 10. Januar. ABl S. 58; GS 35 S. 403.*

Vertretung und Kontrolle werden der Finanzdirektion übertragen.

389. Bern. *VVO über die Anlage und den Bezug des Militärpflichtersatzes. RR 1. Februar. Vom BR genehmigt am 28. Februar. ABl Nr. 21; GS 35 S. 4.*

390. Bern. *G über die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalt. G R 16. April. Volksabstimmung 30. Juni. ABl Nr. 55. GS 35 S. 40. Inkraftsetzung von Art. 4, lit. a bis f (Neuorganisation des Obergerichts) durch RRB vom 11. Dezember. ABl Nr. 99.*

Einsparungen durch Vereinfachung der Verwaltung (allgemeine Verwaltung, Gerichtsverwaltung, Verwaltungsrechtspflege, Steuerwesen, Armenwesen) und Schaffung neuer Einnahmen durch Erhebung einer Krisenabgabe in den Jahren 1935/38 im Betrage von 50 % der eidgenössischen Krisenabgabe und durch Erhöhung einzelner Steuern (insbes. Stempelsteuer) und Gebühren. Einführung einer Billettsteuer. Steueramnestie für Steuerpflichtige, die in den letzten zehn Jahren hinterzogene Steuern im Lauf des Jahres 1936 zur Nachzahlung melden. Öffentlichkeit der Steuerregister. Sch.

391. Bern. *VO über die Erhebung einer kantonalen Krisenabgabe. RR 12. Juli. ABl Nr. 56; GS 35 S. 66.*

Die Abgabe beträgt 50 % der eidg. Krisenabgabe und wird 1935/38 erhoben (vgl. Finanzgesetz vom 30. Juni).

392. Bern. *RRB betreffend das Inkrafttreten der neuen Vorschriften über die Stempelabgabe. RR 3. September. ABl Nr. 73.*

Einführungs- und Übergangsbestimmungen zum Gesetz über Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts.

393. Bern *VO über die Feststellung des Ertragswertes landwirtschaftlicher Gewerbe als Grundlage für die Veranlagung der Erbschaftssteuer.* RR 11. Oktober. ABl Nr. 88; GS 35 S. 110.

394. Bern. *Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des D vom 22. Januar 1919 und 16. November 1927 betreffend die Veranlagung zur Einkommenssteuer.* GrR 14. November. ABl Nr. 95; GS 35 S. 126.

Aus den zahlreichen Änderungen sind folgende Bestimmungen hervorzuheben:

Zum Einkommen erster Klasse gehört jetzt auch der Erlös aus eigenen Erfindungen und literarischen, künstlerischen oder technischen Werken, ferner im Falle einer Geschäftsliquidation der Erlös aus bisher unversteuerten Reserven. Lizenzgebühren, die den Erwerbern von Patenten und Urheberrechten zukommen, gelten als Einkommen zweiter Klasse.

Von der Pflicht zur Versteuerung von Liegenschaftsgewinnen werden weitere Ausnahmen gewährt. Steuerfreiheit besteht bei Zwangsversteigerungen, wenn die Gläubiger zu Verlust kommen; bei Veräußerung einer Liegenschaft, die man als Gläubiger oder Bürge in einer Zwangsverwertung hat übernehmen müssen, sofern der Veräußerungspreis den Erwerbspreis zuzüglich Verlust und daheriger Zinseinbusse nicht übersteigt; bei Expropriation, wenn der Expropriat seine Heimstätte verliert; bei Güterzusammenlegung; bei jeder Veräußerung an Nachkommen, Schwiegersöhne, Ehegatten und Eltern.

Nicht mehr als steuerfrei erwähnt ist der Erlös aus ererbten Gegenständen.

Die Veranlagung kleiner Einkommen (bis Fr. 4000.— in I. Klasse und bis Fr. 1000.— in II. Klasse) nicht im Handelsregister eingetragener natürlicher Personen findet nur noch alle drei Jahre statt; auf Verlangen des Pflichtigen oder der Behörde kann aber eine Zwischenveranlagung erfolgen. Liegenschaftsgewinne sind unabhängig von der Veranlagung unmittelbar nach dem Grundbucheintrag zu versteuern.

Das G enthält ferner eine neue, genauere Umschreibung der zur Berechnung von Mehrwerten auf veräußerten Gegenständen massgebenden Erwerbs- und Veräußerungspreise. Verluste können nur noch abgezogen werden, wenn sie bei einer nicht berufsmässigen Veräußerung eingetreten sind; Verluste aus der Veräußerung von ausserkantonalen Liegenschaften und bei auswärtigen Steuerpflichtigen auch von beweglichen Sachen können überhaupt nicht abgezogen werden (§ 30 c). Bei Veräußerung mehrerer Liegenschaften im gleichen Jahr kann der Steuerpflichtige eine Berichtigung zur Ermittlung des gesamten steuerpflichtigen Gewinnes verlangen (§ 30 d).

Weitere Änderungen betreffen den Ort der Veranlagung, die Wahl und Organisation der Steuerbehörden und das Einschätzungsverfahren. Endlich sieht das G eine Steueramnestie vor für Steuerpflichtige, die in den letzten zehn Jahren hinterzogene Steuern freiwillig nachzahlen. Sch.

395. Bern. *VO über die Erhebung einer jährlichen Abgabe von Liegenschaften juristischer Personen.* RR 18. November. ABl Nr. 94; GS 35 S. 141.

396. Luzern. *VVO zum BG vom 28. Juni 1878 betreffend den Militärpflichtersatz.* RR 29. Dezember 1934. Vom BR genehmigt am 28. Januar. ABl Nr. 6.

Veranlagung, Bezug und Einsprachenerledigung durch Sektionschef bei im Inland Wohnenden, durch Militärsteuerverwaltung bei Landesabwesenden. Kantonale Rekursinstanz das Militär- und Polizeidepartement.

397. Uri. *VVO über den Militärpflichtersatz.* LR 10. April. Vom BR genehmigt am 4. Juli. ABl Nr. 30. Durchführung der bundesrätlichen Vorschriften durch RR, Militärdirektion, Kreiskommando, Sektionschefs, Taxationskommission und Zentralstelle für Auslandschweizer.

398. Schwyz. *VVO betreffend Anlage und Bezug des Militärpflichtersatzes.* KR 4. Oktober. ABl Nr. 41. Vom BR genehmigt am 13. Dezember. ABl Nr. 52; GS 11 S. 306.

399. Obwalden. *VVO über Veranlagung und Bezug des Militärpflichtersatzes.* KR 1. Juni. Vom BR genehmigt am 3. Juli. LB VII S. 151.

Vollziehende Organe: Kreiskommando, Zeughausverwaltung und Sektionschefs unter Aufsicht der Militärdirektion.

400. Nidwalden. *Ergänzung zum Steuergesetz vom 24. April 1921 betreffend die Besteuerung der Gesellschaften und Genossenschaften.* LR 9. März. ABl Nr. 11, Nr. 16. Landsgemeindebeschluss 28. April. ABl Nr. 18.

Die bisher nur für Gesellschaften mit Hauptsitz im Kanton vorgesehenen Erleichterungen dürfen nunmehr auch auswärtigen Gesellschaften und Genossenschaften gewährt werden. Anderseits wird für alle Gesellschaften bestimmt, dass, wenn das den körperlichen Anlagen zugeteilte Gesellschafts- oder Genossenschaftskapital nicht „einigermassen“ der Güterschätzung entspreche, dieses die Grundlage zur Steuerveranlagung bilde.

401. Nidwalden. *Ergänzung zum G über den Bezug einer Stempelsteuer vom 25. April 1920.* LR 9. März. ABl Nr. 11, Nr. 16. Landsgemeindebeschluss 28. April. ABl Nr. 18.

Ausdehnung der Steuer auf die Aktenbeilagen in Zivilprozessen, auf alle Eingaben an sämtliche Behörden (ausser der Armenbehörde) und auf die Verfügungen und Entscheide derselben, ferner auf die öffentlichen Plakate und Reklamen.

402. Nidwalden. *VVO zum BG vom 28. Juni 1878 betreffend Militärpflichtersatz und zum Ergänzungsgesetz vom 29. März 1901.* RR 2. April. ABl Nr. 18.

403. Nidwalden. *G über die Erhebung einer Wasserwerksteuer.* Landsgemeindebeschluss vom 28. April. ABl Nr. 18.

Steuer von Fr. 6.— pro Bruttoferdekraft bei Wasserwerken mit über 50 Bruttoferdekräften.

404. Zug. *VO über die Anlage und den Bezug des Militärpflichtersatzes.* RR 16. März. GS 13 Nr. 48.

405. Zug. *Teilweise Abänderung des G über Bestreitung der Staatsauslagen vom 28. Dezember 1896 und 17. November 1921.* KR 23. Mai. ABl Nr. 31. GS 13 Nr. 51.

Alle vier Jahre Neutaxation der Steuerpflichtigen.

406. Fribourg. *D édiant diverses mesures de rétablissement de l'équilibre budgétaire.* GrC 16 novembre. F. o. No. 47; B. o. p. 53.

Weitere Einsparungen auf den Besoldungen (neben dem am 4. Mai 1933 beschlossenen Lohnabbau) und Schaffung neuer Einnahmen durch Erhebung von Zuschlägen auf Jagd- und Fischereipachten und Erbschaftsgebühren, durch Erhöhung des Salzpreises und Einführung einer Kopfsteuer von Fr. 3.— bis Fr. 250. Sch.

407. Basel-Stadt. *VO betreffend den Militärpflichtersatz.* RR 5. April. Vom BR genehmigt am 17. Juni. GS 36 S. 390.

408. Basel-Stadt. *VO betreffend den Bezug der Feuerwehrsteuer.* RR 28. Dezember. GS 36 S. 474.

409. Baselland. *VVO zum BG vom 28. Juni 1878 betreffend den Militärpflichtersatz.* LR 3. Dezember 1934. Vom BR genehmigt am 20. Dezember 1934. ABl Nr. 1.

410. Schaffhausen. *VVO über Veranlagung und Bezug des Militärpflichtersatzes im Kanton Schaffhausen.* RR 24. Januar. Vom BR am 16. Februar genehmigt. ABl Nr. 8; GS 15 S. 475.

Übertragung der dem Kanton obliegenden Aufgaben auf Kreiskommando und Sektionschefs. Veranlagung bei Ortsansässigen durch dreigliedrige Kommission (Kreiskommandant, Steuerkatasterführer und Sektionschef), bei Landesabwesenden durch Kreiskommando. Einsprachebehörde ist das Kreiskommando, kantonale Rekursinstanz die Militärdirektion.

411. Schaffhausen. *Abänderung von § 4 der VVO vom 20. Oktober 1920 zum Steuergesetz.* RR 30. Januar. ABl Nr. 5; GS 15 S. 483.

Die Änderung betrifft die Veranlagung des landwirtschaftlichen Einkommens.

412. Schaffhausen. *Novelle zum Steuergesetz.* GrR 17. Dezember 1934, Volksabstimmung 24. März. Inkraftsetzung auf 1. Januar 1935. ABl Nr. 13; GS 15 S. 443.

Die eine beträchtliche Anzahl wesentlicher Änderungen und Ergänzungen des Steuergesetzes enthaltende Novelle bildet

den gesetzgeberischen Abschluss der schon vor Jahren in zwei Initiativen und von Seiten der Behörden in Abänderungsentwürfen der Finanzdirektion zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen, eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten herbeizuführen. Dieser Absicht entspricht die Novelle namentlich durch eine stärkere Belastung der juristischen Personen (Streichung des bisher bei Berechnung des Reinertrages erlaubten Abzuges von 5 % des einbezahlten Grundkapitals) und den Erlass von Bestimmungen, die eine zuverlässigere Ermittlung des wirklichen Ertrags gewährleisten, ferner bei den natürlichen Personen durch Erweiterung der Steuererleichterungen (Degression) und eine stärkere Progression nach oben. Dadurch werden die kleinen Einkommen auf Kosten der leistungsfähigeren Steuerpflichtigen und der bisher nur ungenügend herangezogenen juristischen Personen entlastet. Im weitern wird der Steuerumgehung durch schärfere Bestimmungen zu begegnen versucht. In dieser Beziehung ist namentlich zu erwähnen, dass der für die Nachsteuerfälle vorgesehene Sonderzuschlag (nach dem neuen Art. 67 fünfmal soviel Prozente, als die innerhalb eines Steuerjahres zu wenig entrichtete Steuer Prozente der geschuldeten jährlichen Steuer ausmacht) auch dann zu bezahlen ist, wenn den Steuerpflichtigen kein Verschulden trifft. Diese Bestimmung wird dadurch etwas gemildert, dass die Steuerbehörden auf eine ungenügende Bewertung nicht zurückkommen können, wenn sie diese anerkannt haben und der Steuerpflichtige die Bestandteile seines Vermögens und Einkommens genau angegeben hat. Ganz ausgeschlossen ist aber die Möglichkeit unbilliger Härten nicht. Wenn sich der Gesetzgeber gleichwohl — dem Beispiel anderer Gesetzgebungen folgend — für diese Lösung entschlossen hat, so wollte er dadurch einerseits den Staat vor unkontrollierbaren Ausreden schützen und anderseits den Steuerpflichtigen zu einer sorgfältigen Steuerdeklaration zwingen. Angesichts dieser strengen Einstellung erscheint es auf den ersten Blick als ein Widerspruch, dass die Novelle für den Fall des Steuerbetrugs geringere Bussen und Gefängnisstrafen androht als das alte Gesetz (10,000 statt 20,000 Franken, bzw. sechs Monate statt zwei Jahre Gefängnis). Da aber in den letzten zehn Jahren vor Erlass der Novelle überhaupt keine Gefängnisstrafen mehr verhängt worden sein sollen, liegt in dieser Beziehung keine tatsächliche Milderung vor; und die Herabsetzung der Höchstbusse, deren Anwendung ja dem richterlichen Ermessen anheimsteht, dürfte aufgewogen sein durch die vielleicht wirksamere Bestimmung, dass bei Steuerbetrug der Zuschlag zur Nachsteuer in jedem Fall zu verdoppeln sei.

Die Novelle enthält ferner neue Bestimmungen über die bei Ehebung der Gemeindesteuern in Betracht kommenden Erleichterungen und Zuschläge, über das Einschätzungsverfahren, über die zulässigen Abzüge, sowie eine Reihe verschiedener Korrekturen, deren Notwendigkeit sich offenbar aus der Praxis ergeben hat. Endlich wird der RR ermächtigt, allfällig erforderliche Vergeltungsmassnahmen gegenüber andern Staaten zu ergreifen.

Sch.

413. Appenzell I.-Rh. *G über die Erhebung einer Vergnügungssteuer.* Landsgemeinde 28. April. Separat erschienen.

Die Steuer beträgt 10 % des bei Unterhaltungsanlässen (Theater, Kino, Sport, Tanz etc.) erhobenen Eintrittsgeldes und ist für Armenzwecke zu verwenden.

414. Appenzell I.-Rh. *Vollzug des G über die Erhebung einer Vergnügungssteuer.* Standeskommission 22. Juni. Separat erschienen.

415. Appenzell I.-Rh. *Vollziehung des BG betreffend den Militärpflichtersatz.* Standeskommission 20. Juli. Vom BR genehmigt am 10. August. Separat erschienen.

416. St. Gallen. *Dringlicher GrRB betreffend vorübergehende Massnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen.* 24. Januar. ABl Nr. 5. GS 15 Nr. 97.

Abbau der Dienstalterszulagen an Lehrer und der Lehrstellenbeiträge. Abänderung des die Staatsbeiträge an die Gemeinden bestimmenden Art. 70, Abs. 1 des Armengesetzes vom 9. August 1926. Herabsetzung der Staatsbeiträge an die Arbeitslosenkassen. Abänderung des G über das Begräbniswesen vom 23. Dezember 1929 (Neuregelung der Staatsbeiträge an die Bestattungen) und des Forstgesetzes vom 23. April 1906 (Heranziehung der Privatwaldbesitzer zu den Beförsterungskosten). Erhöhung der Erbschafts-, Vermächtnis- und Schenkungssteuer und der Taxen für Wirtschafts- und Kleinverkaufspatente. Teilweise Einführung der Pachtjagd. Erhebung von Vergnügungssteuern in allen Gemeinden und eines Zuschlages von 10 % zur Personalsteuer und zur ordentlichen Staatssteuer auf Einkommen und Vermögen. Beschränkung der Gültigkeit dieses Beschlusses auf die Dauer der „ausserordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse“, längstens aber auf vier Jahre. Sch.

417. St. Gallen. *VO über die Erhebung einer Vergnügungssteuer.* RR 12. Februar. ABl Nr. 7. GS 15 Nr. 98.

Ausführungsbestimmungen zum dringlichen GrRB vom 24. Januar betreffend Finanzsanierung.

418. St. Gallen. *Nachtrag zur vorstehenden VO.* RR 2. August. GS 15 Nr. 109.

Ablieferung des Staatsanteiles je am Ende eines Gemeinde-rechnungsjahres.

419. St. Gallen. *Erhebung eines Zuschlages zur Staatssteuer.* RR 26. Februar. ABl Nr. 9. GS Nr. 101.

Vollzugsbestimmungen zum GrRB vom 24. Januar betreffend Finanzsanierung.

420. Aargau. *VO betreffend die Abgrenzung der Steuerhoheit zwischen dem Deutschen Reich und dem Kanton Aargau.* RR 26. Juli. GS 15 Nr. 11.

421. Thurgau. *G über besondere gesetzgeberische Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im thurgauischen Staatshaushalt.* GrR 19. Oktober. ABl Nr. 44. Volksabstimmung 1. Dezember. ABl Nr. 49; GS 17 S. 773, 784, 785, 802, 803, 805, 808, 817, 818, 821 (in der GS ist das Gesetz in seine einzelnen Bestandteile zerlegt publiziert worden).

Das Gesetz umfasst eine Reihe einzelner neuer Gesetze sowie Abänderungen bestehender Gesetze, durch die die Einnahmen vermehrt und die Ausgaben vermindert werden sollen. Neue Gesetze: Gesetz über die Erhebung einer Vergnügungssteuer, Gesetz über die Ausübung des Viehhandels (Beitritt zum Viehhandelskonkordat), Gesetz über den Handel mit nicht gebrannten geistigen Getränken (Einführung eines Patentes für den Handel in Mengen von zwei bis zehn Litern), Gesetz über die Erhebung einer vorübergehenden kantonalen Krisenabgabe (zeitlich beschränkt auf die Jahre 1936/39, belastet nur die mittleren und grösseren Einkommen und Vermögen). Abänderungen bestehender Gesetze: Herabsetzung des Staatsbeitrages an die Arbeitslosenversicherungskassen (unter gleichzeitiger Verpflichtung der Gemeinden zu einem Beitrag), Aufhebung der gesetzlichen Schranken für die Festlegung des Salzpreises, Erhöhung der Einbürgerungstaxen für Ausländer, Herabsetzung der Staatsbeiträge an die Schulgemeinden, Zuschlag zur Erbschaftssteuer, Einführung eines Plakatstempels, Zuweisung des gesamten Jagdertrages an die Staatskasse während fünf Jahren. Sch.

422. Thurgau. *VO über die kantonalen Stempelgebühren.* GrR 19. Oktober. ABl Nr. 49; GS 17 S. 809.

423. Thurgau. *VVO zum G vom 23. Mai 1933 über das Steuerwesen.* RR 23. Oktober 1935. ABl Nr. 46; GS 17 S. 725.

424. Thurgau. *VVO zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerpflicht auf Plakaten und Reklametafeln.* RR 17. Dezember. ABl Nr. 51; GS 17 S. 812.

425. Thurgau. *VVO zum G vom 19. Oktober 1935 über die Erhebung einer Vergnügungssteuer.* RR 17. Dezember. ABl Nr. 51; GS 17 S. 775.

426. Ticino. *D esec. per l'esecuzione della legge federale sulla tassa d'esenzione dal servizio militare.* CSt 16 aprile. Vom BR genehmigt am 28. April. B. o. No. 16.

427. Ticino. *Regolamento di applicazione dell'art. 44 della legge tributaria 11 dicembre 1907, concernente la procedura per il prelevamento dell'imposta comunale a carico delle aziende del gas, acqua potabile, impianti idroellettrici, delle imprese di ferrovie secondarie, tramvie e funicolari*

(art. 41 e 42); nonchè delle aziende municipalizzate di cui approfittano più Comuni (art. 43). CSt 13 agosto. B. o. No. 20.

428. Ticino. *D leg. che modifica l'art. 12 della legge sul bollo.* GrC 4 novembre. B. o. No. 23.

Ausdehnung der Steuer bei Depotscheinen auf Beträge unter Fr. 3000.— und Erhöhung der bisherigen Steuer für Beträge über Fr. 3000.— um Fr. 1.—.

429. Ticino. *D leg. concernente la modificazione degli art. 41 e 43 e l'introduzione di un art. 43 bis nella legge tributaria 11 dicembre 1907.* GrC 26 novembre 1934. B. o. 1935 No. 4.

Die Änderung betrifft die Besteuerung von Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken.

430. Vaud. *Loi modifiant et complétant les articles 31, 33, 74, 77 et 86 de la loi d'impôt sur la fortune et le produit du travail, du 24 janvier 1923.* GrC 2 september. F. o. No. 73; Recueil 132 p. 140.

Die Änderungen betreffen den Abzug von Schulden vom steuerbaren Vermögen, die Behandlung von Gesellschaftsanteilen und die Strafbestimmungen.

431. Vaud. *Loi sur l'estimation fiscale des immeubles.* GrC 18 novembre. F. o. No. 98; Recueil 132 p. 180.

Das Gesetz bestimmt die Einzelheiten des Verfahrens und der Grundsätze für die Erlangung von „Steuerschätzungen“. Als Steuerwert ist festzusetzen das Mittel zwischen dem Ertragswert (valeur de rendement) und dem Marktwert (valeur vénale); jedoch soll immer der Marktwert das Maximum bilden. Für die Durchführung der Schätzungen werden für jeden Distrikt dreigliedrige Kommissionen bestellt. Dazu kommen weitere Organe, denen Spezialaufgaben zugeteilt sind. Der Staatsrat kann für das ganze Kantonsgebiet oder für Teile desselben Revisionsschätzungen anordnen. Die Kosten fallen zu Lasten des Staates ($\frac{2}{3}$) und der Gemeinden ($\frac{1}{3}$). A. C.

432. Wallis. *D über die Steuerreklame.* GrR 22. Mai. ABl Nr. 24. Volksabstimmung 14. Juli. ABl Nr. 32.

Einsprachen gegen Steuerentscheide der Einschätzungsbehörden sind vorerst an diese selbst zu richten (Frist: 20 Tage). Gegen den auf Einsprache hin gefällten Entscheid kann binnen 20 Tagen an die „kantonale Rekurskommission“ rekuriert werden; Reklame gegen die Erhebung von Strafsteuern entscheidet der Staatsrat.

433. Wallis. *VVO zum BG vom 28. Juni 1878 betreffend den Militärpflichtersatz.* GrR 23. Mai. ABl Nr. 29.

434. Wallis. *B betreffend den Bezug der Hundetaxe.* StR 22. November. ABl Nr. 48.

Einführung einer an der Halskette anzubringenden Kontrollmarke.

435. Neuchâtel. *Loi concernant les mesures destinées à améliorer la situation financière de l'Etat.* GrC 9 février. Separat erschienen. Recueil 6 No. 7.

Die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts wird wie üblich durch Verminderung der Ausgaben und Vermehrung der Einnahmen angestrebt. Unter den Sparmassnahmen ist vor allem der auf drei Jahre befristete Gehaltsabbau von 7 bis 9 % zu erwähnen. Für nach dem 1. Januar 1935 in den Staatsdienst tretende Beamte und Angestellte sieht das Gesetz neue, gegenüber den bisherigen Ansätzen endgültig herabgesetzte Besoldungen vor. Der naheliegenden, für den Arbeitsmarkt und damit indirekt auch für den Staat gefährlichen Versuchung, den Lohnausfall durch anderweitigen Erwerb wettzuschlagen, begegnet das Gesetz mit einem Verbot jeglichen Nebenverdienstes, für den nicht eine besondere, jederzeit widerrufliche Bewilligung der vorgesetzten Amtsstelle eingeholt worden ist. Auf der Einnahmeseite finden wir neben den üblichen Zuschlägen auf Gebühren und Abgaben die Einführung einer Stempelsteuer. Der Steuer unterliegen u. a. Gerichts- und Notariatsakten, Verträge und Kartenspiele. Sch.

436. Neuchâtel. *D concernant l'exécution des prescriptions fédérales sur la taxe d'exemption du service militaire.* GrC 22 mai. F. o. No. 41. Recueil 6 No. 17.

Der Erlass von Vollzugsbestimmungen wird dem Staatsrat übertragen.

437. Neuchâtel. *A d'exécution des prescriptions fédérales sur la taxe d'exemption du service militaire.* CE 9 juillet. Recueil 6 No. 21.

Gewerbe. Handel. Reklamen. Salz. Lotterien. Wirtschaften.

438. Luzern. *B betreffend die provisorische Herabsetzung des Kaminfegertarifes vom 10. November 1930.* RR 5. Dezember. ABl Nr. 49.

Herabsetzung der Russlöhne um 10 % „bis auf weiteres“.

439. Uri. *VVO zum BB über Massnahmen zum Schutze des Schuhmachergewerbes vom 28. September 1934.* RR 9. März. ABl Nr. 11.

440. Uri. *Gewichtsbezeichnung an schweren, zur Verschiffung bestimmten Frachtstücken.* RR 21. September. ABl Nr. 40.

Durchführung des BG vom 28. März 1934 durch die Polizeidirektion.

441. Schwyz. *Reglement über die Ausübung des Fahrlehrerberufs.* RR 29. Oktober. ABl Nr. 45; GS 11 S. 321.

442. Obwalden. *Vorschriften über die Aufstellung von Automaten.* RR 31. Juli. LB VII S. 157.

Bewilligung der Polizeidirektion; Jahresgebühr von Fr. 10.— bis 300.—.

443. Obwalden. *Bezeichnung des Polizeidepartementes als Vollziehungsbehörde für das BG über die Gewichtsbezeichnung an schweren, zur Verschiffung bestimmten Frachtstücken.* RR 7. August. ABl Nr. 34.

444. Nidwalden. VVO zum BB über Massnahmen zum Schutze des Schuhmachergewerbes. RR 22. April. ABl Nr. 18.

445. Zug. RRB betreffend Vollzug des BG über die Gewichtsbezeichnung an schweren, zur Verschiffung bestimmten Frachtstücken, vom 28. März 1934. 21. August. ABl Nr. 34.

446. Zug. G über Abänderung des Markt- und Hausiergesetzes. KR 28. November. GS 13 Nr. 61.

Die Änderung betrifft die vom Markt- und Hausierverkehr ausgeschlossenen Waren, die Umschreibung des Begriffs „Hausieren“, die Hausierzeiten und die Gebühren. Obligatorische Prüfung der zum Hausierhandel bestimmten Genussmittel auf Genussfähigkeit und Unschädlichkeit.

447. Fribourg. *A fixant le prix des patentés pour appareils automatiques.* CE 12 juillet. F. o. No. 29.

448. Solothurn. *Vollzug des BG vom 28. März 1934 über die Gewichtsbezeichnung an schweren, zur Verschiffung bestimmten Frachtstücken.* RRB 11. September. ABl Nr. 37.

Vollzugsorgan ist das Polizeidepartement.

449. Solothurn. VVO zum BB vom 27. September 1935 über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften. RR 15. November. ABl Nr. 47.

450. Solothurn. KRB betreffend Staatliche Risikogarantie für industrielle Exportaufträge im Jahre 1936, vom 27. November. ABl Nr. 48.

Kredit von Fr. 20,000.—.

451. Solothurn. KRB betreffend Staatliche Fabrikationszuschüsse für industrielle Exportaufträge (Produktive Arbeitslosenfürsorge) im Jahre 1936, vom 27. November. ABl Nr. 48.

Kredit von Fr. 10,000.—.

452. Basel-Stadt. Abänderung der VO vom 16. Oktober 1934 betreffend den Vollzug des BB über Massnahmen zum Schutz des Schuhmachergewerbes. RR 15. März. GS 36 S. 389.

Der Entscheid über Gesuche steht dem Departement des Innern zu (statt wie bisher dem RR).

453. Basel-Stadt. *Abänderung der VO über den Engros- und Migrosverkauf in der Markthalle vom 8. Oktober 1929.* RR 20. August. GS 36 S. 433.

Änderung der Marktzeiten.

454. Basel-Stadt. *VO betreffend den Vollzug des BB vom 27. September 1935 über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften.* RR 12. November. GS 36 S. 450.

455. St. Gallen. *Vollzug des BG vom 28. März 1934 über die Gewichtsbezeichnung an schweren, zur Verschiffung bestimmten Frachtstücken.* Volkswirtschaftsdepartement 9. Dezember. ABl Nr. 50.

Delegation der Aufsicht über die Durchführung an die Gemeindebehörden.

456. Ticino. *Legge regolante l'esercizio del commercio e delle professioni ambulanti.* GrC 15 gennaio. B. o. No. 10.

Wer eine der im Hausiergesetz näher bezeichneten Tätigkeiten im Kanton Tessin ausüben will, hat sich ein Patent zu verschaffen, dessen zeitliche Wirksamkeit drei Monate bis ein Jahr beträgt. Im Gesetz werden neun Patentklassen aufgestellt, in die alle patentpflichtigen Berufsarten eingeordnet werden. Die Patentgebühr beträgt Fr. 1.— bis 10,000.— im Jahr. Gleichzeitig wird zu Handen der tessinischen Gemeinden eine Zuschlagsgebühr von 25, 50 oder 100 % bezogen. Eine weitere Zuschlagsgebühr trifft diejenigen Patentinhaber, die nicht im Kanton Tessin wohnen und nicht die tessinische Gemeinde- und Staatssteuer bezahlen. Es kann fraglich sein, ob diese Mehrbelastung nicht im Kanton wohnhafter Schweizer vor der Bundesverfassung standhält. Jedenfalls wird sie kaum mit gewerbepolizeilichen Rücksichten gerechtfertigt werden können. Dass dagegen von den nicht im Kanton wohnhaften Patentinhabern eine Kaution von Fr. 20.— bis Fr. 2000.— abverlangt wird, verstösst gegen keine verfassungsrechtlichen Grundsätze.

Übertretungen der Vorschriften des Hausiergesetzes werden mit Geldbusse von Fr. 10.— bis Fr. 2000.— geahndet. Die Umrechnung der Geldbusse in Gefängnisstrafe findet auf dem Fusse von Fr. 10.— pro Tag Gefängnis statt. A. C.

457. Ticino. *Regolamento di esecuzione della legge regolante l'esercizio del commercio e delle professioni ambulanti.* CSt 11 giugno. B. o. No. 18.

458. Ticino. *D esec. modificante il regolamento 11 giugno 1935 di applicazione della legge 15 gennaio 1935 sul commercio ambulante.* CSt 29 novembre. B. o. No. 25.

Änderung der Art. 1 N. 3 (Beschränkung der Gebührenfreiheit beim Handel mit einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf Angehörige und Einwohner des Kantons) und Art. 38 Kap. 3.

459. Vaud. *Loi sur les affiches et les autres procédés de réclame.* GrC 21 mai. F. o. No. 46; Recueil 132 p. 123.

Erhebung einer Steuer auf Reklamen. Vorschriften betreffend Heimatschutz und Verkehrssicherheit. Strafbestimmungen.

460. Vaud. *A modifiant et complétant celui du 4 octobre 1927 concernant les cinématographes et les dépôts de films.* CE 27 décembre. F. o. No. 105; Recueil 132 p. 241.

Änderung der Voraussetzungen für die Bewilligung zum Betrieb eines Kinos.

461. Wallis. *Abänderung der VVO zum G betreffend die kinematographischen Vorstellungen und ähnlichen Aufführungen vom 27. Oktober 1916.* StR 23. Mai. ABl Nr. 22.

Die Änderungen betreffen namentlich die Konzessionsbedingungen und die Gebühren.

462. Wallis. *Vorübergehende Herabsetzung der Ansätze des Führer- und Trägertarifs vom 11. Juli 1933.* StR 17. Juni. ABl Nr. 25.

463. Wallis. *VVO zum BG vom 28. März 1934 über die Gewichtsbezeichnung an schweren, zur Verschiffung bestimmten Frachtstücken.* StR 18. Juli. ABl Nr. 30.

464. Neuchâtel. *A portant modification de l'art. 12 de l'A du 12 février 1929, concernant les représentations cinématographiques.* CE 12 février. F. o. No. 13. Recueil 6 No. 12.

Jahresgebühr von Fr. 400.— bis Fr. 2400.— für ständig und von Fr. 96.— bis Fr. 500.— für zeitweilig spielende Kinos.

465. Neuchâtel. *A concernant l'interprétation de l'art. 5 du D sur les affiches.* CE 20 september. F. o. No. 76. Recueil 6 No. 34.

Auslegung des Begriffs „affiche à durée éphémère“.

466. Neuchâtel. *A portant modification de l'A du 12 février 1929 concernant les représentations cinématographiques.* CE 18 novembrie. F. o. No. 92. Recueil 6 No. 39.

Gebühren für Eröffnung von Kinematographentheatern.

467. Genève. *Règlement concernant les entreprises cinématographiques et les dépôts de films.* CE 13 février. F. o. No. 47; Recueil p. 36.

468. Genève. *A abrogeant l'A du 27 juin 1922 relatif à l'apposition de réclames commerciales sur le territoire du canton de Genève.* CE 27 février. Recueil p. 47.

469. Aargau. *Reglement über die Prüfung und Patentierung der Geschäftsagenten und deren Buchführung.* RR 11. Juli. GS 15 Nr. 12.

470. Wallis. *Reglement über Fachprüfung der Fürsprecher-Kandidaten.* StR 15. Mai. ABl Nr. 38.

471. Genève. *A ajoutant un alinéa c à l'art. 30 du règlement du 22 janvier 1921, relatif au tarif des émoluments des avocats et huissiers en matière civile.* CE 16 février. F. o. No. 45; Recueil p. 45.

Gebühr für Zustellung von Mitteilungen und Ladungen der police judiciaire Fr. 1.—

472. Genève. *A modifiant les art. 3 et 11 du règlement sur l'exercice de la profession d'agent d'affaires, du 4 septembre 1928.* CE 9 octobre. F. o. No. 244. Recueil p. 158.

473. Basel-Stadt. *Abänderung der VO betreffend das Salzmonopol vom 11. Dezember 1909.* 19. Februar. GS 36 S. 379.

Ermässigung der an Gewerbetreibende zu Engrospreisen verkäuflichen Mindestmenge von 100 auf 50 Meterzentner.

474. Thurgau. *Erhöhung des Kochsalzpreises auf 30 Rappen pro Kilogramm.* RRB 4. Dezember. ABl Nr. 49; GS 17 S. 802.

475. Genève. *Modification du règlement pour les débitants de sel, du 20 novembre 1908.* CE 17 avril. F. o. No. 121; Recueil p. 73.

Die Änderung betrifft die Aufbewahrung des Salzes.

476. Zürich. *VO über die Bezeichnung einheitlicher Weinproduktionsgebiete im Kanton Zürich.* RR 19. September. Vom BR genehmigt am 14. Oktober. ABl S. 1005; GS 35 S. 527.

477. Fribourg. *A d'exécution de la loi du 8 février 1933 concernant le commerce des boissons spiritueuses non distillées (débit à l'emporter).* CE 24 mai. F. o. No. 24. B. o. p. 31.

Ersetzt die VVO vom 13. Mai 1933. Gebühr für Bewilligung zum Verkauf über die Gasse Fr. 30.— bis Fr. 100.— jährlich.

478. Fribourg. *A concernant le contrôle des moûts et vins étrangers.* CE 8 octobre. F. o. No. 41.

Verpflichtung der Importeure und Händler, die in der Zeit vom 8. Oktober bis 31. Dezember 1935 eintreffenden fremden Weissweine und Weinmoste beim Kantonschemiker anzumelden.

479. Thurgau. *VVO zum G vom 19. Oktober 1935 über den Handel mit nicht gebrannten geistigen Getränken.* RR 17. Dezember. ABl Nr. 51; GS 17 S. 819.

480. Genève. *A fixant les conditions pour obtenir l'autorisation d'exploiter un magasin de laiterie.* CE 13 mars. F. o. No. 66; Recueil p. 51.

481. Genève. *A concernant l'âge des veaux de boucherie.* CE 4 décembre. F. o. No. 291. Recueil p. 172.

482. Vaud. *Loi modifiant l'art. 4, alinéa 3, de la loi du 17 novembre 1924 relative à la mise en vigueur, dans le Canton, de la loi fédérale du 8 juin 1923 sur les loteries et paris professionnels.* GrC 20 novembre. F. o. No. 98; Recueil 132 p. 194.

Taxen.

483. Neuchâtel. *D portant dérogation à l'art. 2 de la loi du 19 mai 1924 concernant l'exécution de la loi fédérale du 8 juin 1923 sur les loteries et les paris professionnels.* GrC 16 septembre. F. o. No. 74.

Ermächtigung des Staatsrates, der Société neuchâteloise d'utilité publique die Veranstaltung einer Lotterie von sechs Millionen Franken zu gestatten.

484. Uri. *Ergänzung des Art. 45 des Wirtschaftsgesetzes vom 5. Mai 1918.* LR. 1. Dezember 1934. ABl Nr. 1.

Für den Handel mit nichtgebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei bis zehn Liter ist Bewilligung des RR erforderlich.

485. Obwalden. *VO betreffend Patenterweiterung für die Bewirtung und Beherbergung von Wintersportgästen.* KR 28. Januar. LB VII S. 130.

486. Nidwalden. *Prüfungsreglement für Bewerber um ein Wirtschaftspatent.* RR 8. April. ABl Nr. 15.

487. Fribourg. *Règlement relatif aux examens de capacité professionnelle pour les tenanciers d'établissements publics.* CE 8 février. F. o. No. 8; B. o. p. 11.

488. Solothurn. *Erhebung der Wirtschaftspatentgebühren in zwei Raten.* RRB 25. Juni. ABl Nr. 26.

489. Schaffhausen. *VVO zum Wirtschaftsgesetz vom 29. Oktober 1934.* RR 5. November. ABl Nr. 45.

490. Schaffhausen. *VO über den Fähigkeitsausweis zur Erlangung eines Wirtschaftspatentes.* RR 5. November. ABl Nr. 45.

491. Appenzell I.-Rh. *Tanzgesetz.* Landsgemeinde 28. April. Separat erschienen.

Vorschriften über das Tanzen in Wirtschaften.

492. Ticino. *D leg. modificante la legge 12 novembre 1931 sugli esercizi pubblici.* GrC 14 gennaio. B. o. No. 9. Verschiedene Änderungen.

493. Vaud. *A modifiant et complétant les articles 1er, 6 et 8 du règlement du 4 décembre 1933 organisant l'examen professionnel requis pour l'obtention des patentés A. ou F.* CE 1er mars. F. o. No. 19; Recueil 132 p. 69.

Wahl der Prüfungsbehörde. Vereinfachte Prüfung bei Kandidaten mit mehr als zehnjähriger Praxis.

494. Genève. *A modifiant l'art. 4 du règlement sur les hôtels, auberges, logeurs, cafés, cabarets et cercles, du 24 janvier 1893.* CE 24 décembre. F. o. No. 305. Recueil p. 215.

Wirtshausschluss in Genf und einigen Gemeinden um 24 Uhr, in den übrigen Gemeinden um 23 Uhr.

Berufsbildung. Arbeitszeit. Ruhetage. Arbeitsvermittlung.

495. Bern. *Reglement für die Stiftung Auguste Cuenin in Pruntrut.* RR 29. März. ABl Nr. 29; GS 35 S. 22.

Die Stiftung bezweckt die Gewährung von Mitteln an die Berufsausbildung armer Kinder des Amtsbezirks Pruntrut.

496. Bern. *G über die berufliche Ausbildung.* GrR 14. Mai. Volksabstimmung 8. September. ABl Nr. 78; GS 35 S. 87.

Dieses Gesetz enthält die Ausführungsvorschriften zum Bundesgesetz vom 26. Juni 1930. Der bernische Gesetzgeber hat sich die Sache nicht leicht gemacht, denn dieses Ausführungsgezet umfasst volle fünfzig Artikel. Zum grossen Teile sind es organisatorische Vorschriften, über die Einteilung des Kantonsgebietes in Lehrlingskommissionskreise, Einrichtung von Berufsschulen, Einsetzung von Lehrlingskommissionen und Kreisprüfungskommissionen, Aufsichtskommissionen für die Berufsschulen etc.

Dem Regierungsrat wird die Befugnis eingeräumt, durch Verordnung ein Mindestalter für den Eintritt in die Lehre festzusetzen, eine ärztliche Untersuchung oder eine Eignungsprüfung vorzuschreiben. Bemerkenswert ist sodann, dass die Gebühren, die für Einschreibung eines Lehrvertrages verlangt werden, einem besonderen Fonds zur Förderung der Berufsbildung zugewiesen werden (Art. 6).

Dem Regierungsrat wird im weiteren die Befugnis eingeräumt, durch Verordnung nähere Vorschriften über Arbeitszeit und Ferien der Lehrlinge in den einzelnen Berufen aufzustellen (Art. 7).

Art. 10 handelt von der Aufhebung des Lehrverhältnisses aus wichtigen Gründen.

In weitem Umfang wird für die Inanspruchnahme der staatlichen Institutionen Unentgeltlichkeit zugebilligt, so für den Besuch des obligatorischen Unterrichts an den Berufsschulen, für die Prüfungen.

Im Art. 26 wird eine allgemeine Umschreibung des Ziels des beruflichen Unterrichtes gegeben. Darnach soll er die beruflichen Kenntnisse vertiefen, die Freude an eigener Beschäftigung wecken, das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Einzelarbeit, Volkswirtschaft und Staat fördern. Es wird beifügt, dass im Unterricht auf die sittliche Tüchtigkeit und auf die verantwortungsvolle Lebensführung des Einzelnen in Gemeinschaft und Staat hinzuwirken sei. Der Unterricht soll sich demnach nicht darin erschöpfen, dass dem Lehrling Fachkenntnisse beigebracht werden; er soll auch dazu dienen, im Lehrling eine soziale Einstellung zu wecken. Diese ideelle Zutat ist nur zu begrüssen und kann vielleicht dazu führen, dass der leidige gegenseitige Kampf etwas nachlässt, unter dem das Gewerbe heutzutage so sehr zu leiden hat.

Die Einrichtung der Berufsschulen ist Sache der Gemeinden; dabei geniessen sie wirksame Unterstützung durch den Staat, der ihnen mit namhaften Beiträgen beispringt. Staatliche Beiträge werden auch für die Lehrlinge usw. vorgesehen.

A. C.

497. Uri. *VVO zum BG über die berufliche Ausbildung.* LR 1. Juni. ABl Nr. 25.

498. Basel-Stadt. *VO betreffend die Beaufsichtigung der Berufslehre.* RR 11. Januar. GS 36 S. 371.

499. Basel-Stadt. *Aufhebung der Verordnungen über die Berufslehre im Schlossergewerbe vom 8. Januar 1926 und über die Berufslehre der Metzger vom 5. Juni 1928.* RR 11. Januar. GS 36 S. 374.

500. Basel-Stadt. *Aufhebung der VO über die Berufslehre der Buchbinder, vom 17. August 1926.* RR 22. Januar. GS 36 S. 378.

501. Basel-Stadt. *Aufhebung der VO über die Berufslehre im Elektroinstallationsgewerbe vom 8. Januar 1926.* RR 28. Juni. GS 36 S. 428.

502. Basel-Stadt. *Aufhebung der VO über die Berufslehre im Schuhmachergewerbe.* RR 17. September. GS 36 S. 435.

503. Basel-Stadt. *Aufhebung der VO über die Berufslehre der Köche vom 8. Januar 1926.* RR 13. Dezember. GS 36 S. 461.

504. Baselland. *RRB betreffend die Arbeitszeit der Lehrlinge und Lehrtöchter im Coiffeurberuf, vom 29. November.* ABl Nr. 23.

505. Baselland. *Reglement über die Durchführung der Lehrabschlussprüfungen.* RR 26. Februar. ABl Nr. 9.

506. Vaud. *Loi sur la formation professionnelle.* GrC 28 janvier. Recueil 132 p. 6.

Ausführungsbestimmungen zum BG vom 26. Juni 1930. Bezeichnung der zuständigen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden. Regelung der — dem BG nicht unterstehenden — haus- und landwirtschaftlichen Lehrverhältnisse.

507. Vaud. *A relatif aux finances à verser par les communes de domicile professionnel des apprentis aux communes ou sociétés organisant des cours professionnels.* CE 15 août. F. o. No. 67; Recueil 132 p. 138.

508. Neuchâtel. *A concernant la durée du travail des apprentis-cuisiniers.* CE 19 juillet. F. o. No. 58.

Einführung der 60-Stunden-Woche.

509. Neuchâtel. *A concernant la durée du travail des apprentis-jardiniers.* CE 19 juillet. F. o. No. 58.

Einführung der 60-Stunden-Woche.

510. Schwyz. *Abänderung der Polizeiverordnung betreffend die Sonn- und Feiertagsruhe vom 12. Januar 1884.* KR 4. Oktober. ABl Nr. 45; 1936 Nr. 2, GS 11 S. 316.

Schliessung der Läden an Sonn- und Feiertagen um 12 Uhr. Ausnahmen kann der RR bewilligen.

511. Basel-Stadt. *RRB betreffend das Schliessen der Coiffeur- und Coiffeusegeschäfte an einem Werkagnachmittag, vom 8. Juni.* GS 36 S. 421.

Schliessung der Geschäfte am Montagnachmittag von 12 $\frac{1}{2}$ Uhr an.

512. Basel-Stadt. *RRB betreffend den Güterverkehr an öffentlichen Ruhetagen.* 25. Juni. GS 36 S. 426.

513. St. Gallen. *VO zum BG betreffend die Arbeit in den Fabriken.* RR 17. Dezember. GS 15 Nr. 113.

514. Genève. *A déterminant les dispositions cantonales sur la fermeture des magasins et celles sur le contrôle de l'observation du repos hebdomadaire.* CE 22 décembre 1934. F. o. No. 1. Recueil 1934 p. 284.

515. Genève. *Loi relative au travail de nuit dans les boulangeries.* GrC 29 juin. F. o. No. 154, 184. Recueil p. 121.

Kantonale Vollziehungsvorschriften zum Bundesgesetz über die wöchentliche Ruhezeit.

516. Zürich. *Ausführungs vorschriften über den Vollzug des BG vom 26. September 1931 über die wöchentliche Ruhezeit.* RR 10. Oktober. ABl S. 986; GS 35 S. 524.

517. Luzern. *VVO zum BG über die wöchentliche Ruhezeit vom 26. September 1931.* RR 25. Februar. ABl Nr. 9.

Die Durchführung des Gesetzes obliegt dem Regierungsrat, dem Staatswirtschaftsdepartement, den Statthalterämtern und den Gemeinderäten.

518. Uri. *VVO zum BG über die wöchentliche Ruhezeit.* LR 10. April. ABl Nr. 18.

519. Nidwalden. *Vollziehungsvorschriften zum BG über die wöchentliche Ruhezeit.* RR 8. April. ABl Nr. 18.

520. Glarus. *Durchführung des BG über die wöchentliche Ruhezeit.* LR 7. März. ABl Nr. 11. LB Heft 12 S. 493.

Die Durchführung des Gesetzes obliegt der Militär- und Polizeidirektion.

521. Zug. *VO zum BG vom 26. September 1931 über die wöchentliche Ruhezeit.* RR 6. Juli. GS 13 Nr. 53.

522. Basel-Stadt. *VO betreffend den Vollzug des BG über die wöchentliche Ruhezeit vom 26. September 1931.* RR 20. Februar. GS 36 S. 380.

523. Basel-Stadt. *RRB betreffend Einführung des BG über die wöchentliche Ruhezeit.* 20. Februar. GS 36 S. 384.

524. Schaffhausen. *VVO zum BG über die wöchentliche Ruhezeit.* RR 2. Februar. ABl Nr. 10; GS 15 S. 485.

Die Durchführung des Gesetzes obliegt der Polizeidirektion und der Ortspolizei. Beschwerdeinstanzen: Bei Verfügungen der Ortspolizei die Polizeidirektion, bei Verfügungen der letztern der RR (Frist je zehn Tage).

525. Appenzell A.-Rh. *Regulativ betreffend den Vollzug des BG über die wöchentliche Ruhezeit vom 26. September 1931 und der zudienenden VVO des BR vom 11. Juni 1934.* RR 11. Februar. ABl Nr. 7. GS IV Nr. 18.

526. Appenzell I.-Rh. *Vollzug der Bundeserlasse über die wöchentliche Ruhezeit.* Standeskommission 7. September. Separat erschienen.

527. Graubünden. *Ausführungsbestimmungen zum BG über die wöchentliche Ruhezeit vom 26. September 1931 und zur VVO dazu vom 11. Juni 1934.* GrR 23. Mai. ABl Nr. 24.

528. Graubünden. *Abänderung des G über die öffentlichen Ruhetage vom 23. Oktober 1918.* GrR 23. Mai. ABl Nr. 24.

Anpassung des Gesetzes an das BG über die wöchentliche Ruhezeit vom 26. September 1931.

529. Ticino. *D' esec. di applicazione concernente la esecuzione della legge federale sul riposo settimanale, del 26 settembre 1931 e del suo regolamento di esecuzione dell'11 giugno 1934.* CSt 9 luglio. B. o. No. 19.

530. Ticino. *Legge concernente gli uffici privati di collocamento.* GrC 14 gennaio. B. o. No. 9.

Regelung der privaten Stellenvermittlung. Zur gewerbsmässigen Vermittlung bedarf es eines Patentes. Die dem Vermittler zustehende Vergütung wird vom Dipart. del Lavoro festgesetzt und ist zu $\frac{2}{3}$ vom Arbeitgeber, zu $\frac{1}{3}$ vom Arbeitnehmer zu tragen.

531. Ticino. *Regolamento di applicazione della legge 14 gennaio 1935 sugli uffici privati di collocamento.* CSt 16 aprile. B. o. No. 15.

532. Vaud. *Loi abrogeant celle du 20 novembre 1934 modifiant l'art. 31 de la loi du 27 novembre 1928, concernant le service public de placement et l'assurance-chômage.* GrC 20 novembre. F. o. No. 98; Recueil 132 p. 196.

533. Genève. *A relatif aux droits de placement.* CE 12 janvier. F. o. No. 14; Recueil p. 4.

Mit Ausnahme einer Einschreibebühr von Fr. 1.— und der Auslagen für — vom Arbeitsuchenden verlangten — ausserordentlichen Bemühungen gehen alle Gebühren der Stellenvermittler zu Lasten des Arbeitgebers. Festsetzung dieser Gebühren.

Arbeitslosenfürsorge (Arbeitslosenversicherung).

534. Zürich. *Abänderung der VO über die Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 12. April 1934.* RR 21. November. ABl S. 1208; GS 35 S. 543.

Neuordnung der Voraussetzungen für den Anspruch auf Krisenunterstützung; Bemessung des Taggeldes; Winterzulagen.

535. Bern. *Ergänzung und Abänderung der VO vom 5. Dezember 1933 über die Krisenunterstützung für Arbeitslose.* RR 9. April. ABl Nr. 31; GS 35 S. 26.

Verpflichtung der Teilarbeitslosen zur Übernahme dauernder anderer Stellen; Beginn und Ende der Auszahlung von Krisenunterstützungen; Strafbestimmungen; Auskunftspflicht.

536. Luzern. *B betreffend die Festsetzung des Staatsbeitrages an die von den Arbeitslosenversicherungskassen ausbezahlten Taggelder für das Jahr 1935.* RR 29. Juli. ABl Nr. 31.

Staatsbeitrag 25 %. Verpflichtung der Gemeinden zu einer Subvention von mindestens der Hälfte des Staatsbeitrages.

537. Luzern. *B betreffend die vorübergehende Ausdehnung der Krisenunterstützung.* RR 14. November. ABl Nr. 46.

Ausdehnung auf verschiedene Berufsarten für die Zeit vom 28. Oktober bis 31. Dezember 1935.

538. Schwyz. *Arbeiterzuweisung an Notstandsarbeiten und subventionierte Bauten.* RR 22. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 2.

Verlangt wird Wohnsitz im Kanton seit 1. Januar 1932.

539. Obwalden. *G über Arbeitslosenversicherung und Notstandsarbeiten.* KR 18. März. ABl Nr. 12. Beratung in der Landsgemeinde 28. April. ABl Nr. 18. Volksbeschluss 5. Mai. ABl Nr. 19. LB VII S. 141.

Kantons- und Gemeindebeiträge an die vom Bunde anerkannten Arbeitslosenkassen. Unterstützung von Notstandsarbeiten durch Kantonsbeiträge bis zu 30 % der Lohnsumme der vom öffentlichen Arbeitsnachweis zugewiesenen, infolge der Krise arbeitslos Gewordenen. Die Geltungsdauer währt vom 1. Juli 1935 bis zum 31. Dezember 1937 und kann vom KR um zwei Jahre verlängert werden. Sch.

540. Nidwalden. *Abänderung des G über die Arbeitslosenversicherung vom 30. April 1933.* Landsgemeinde 28. April. ABl Nr. 18.

Die Änderung betrifft: Versicherungspflicht, Beitrag der Arbeitgeber an die kantonale Kasse und Beitrag des Kantons an andere Kassen.

541. Nidwalden. *Reglement über Bezug und Abgabe von verbilligten Fleischkonserven an Arbeitslose und Minderbemittelte in Nidwalden.* RR 3. Juni. ABl Nr. 23.

542. Glarus. *Ausrichtung einer Winterzulage an ausgesteuerte Arbeitslose.* RRB 24. Oktober. ABl Nr. 44.

543. Glarus. *Aenderung des § 7 Abs. 1 und 2 und § 16 Abs. 1 des G über die Arbeitslosenversicherung vom 1. Mai 1932.* LR 20. November. LB Heft 13 S. 543.

Erhöhung der Prämien.

544. Zug. *Krisenhilfe für Arbeitslose.* KR 29. August. GS 13 Nr. 55.

Errichtung einer Krisenhilfskasse.

545. Zug. *RRB betreffend Beschäftigung ausser Kanton wohnender Arbeiter vom 4. November.* ABl Nr. 45.

Ausschaltung auswärtiger Arbeiter von staatlich subventionierten Arbeiten.

546. Zug. *Betriebsreglement für die Krisenhilfe.* RR 9. November. GS 13 Nr. 58.

547. Fribourg. *A concernant une dérogation aux prescriptions relatives à l'assurance-chômage.* CE 29 octobre. F. o. No. 46.

Gewährung von Subventionen auch an die Arbeitslosenunterstützungen für Ledige (da sich diese Beschränkung nicht rechtfertigte). Erstreckung der Auszahlung der Krisenhilfe bis zum 31. März 1936.

548. Solothurn. *Abänderung der VVO vom 25. November 1926 zum G betreffend die Arbeitslosenversicherung vom 31. Oktober 1926/12. Februar 1933.* RR 28. Dezember 1934. ABl Nr. 1.

Die wichtigste der vielen Änderungen ist die Erhöhung der Monatsprämien der staatlichen Kasse.

549. Solothurn. *Fortdauer der Aufhebung der Abstufung der Taggelder nach Mitgliedschaftsjahren pro 1935 für die Angehörigen der Uhren-, der Metall- und Maschinenindustrie, sowie des Baugewerbes.* RRB 6. April. ABl Nr. 15.

550. Solothurn. *Weiterdauer der Krisenunterstützung an Arbeitslose der Uhren-, der Metall- und Maschinenindustrie, sowie des Baugewerbes in den Jahren 1935 und 1936.* KR 24. Mai. ABl Nr. 22.

551. Solothurn. *Krisenunterstützung an arbeitslose Bau- und Holzarbeiter in den Gemeinden der Bezirke Lebern, Kriegstetten und Balsthal-Thal im Jahre 1935.* RRB 23. Juli. ABl Nr. 30.

552. Solothurn. *Winterzulage an versicherte Arbeitslose pro 1935/1936.* KRB 8. Oktober. ABl Nr. 41.

553. Solothurn. *VVO zum vorstehenden KRB.* RR 16. Oktober. ABl Nr. 42.

554. Solothurn. *Krisenunterstützung an arbeitslose Bauarbeiter im Oktober/Dezember 1935.* RRB 5. November. ABl Nr. 45.

555. Solothurn. *Krisenunterstützung an arbeitslose Textilarbeiter im November/Dezember 1935.* RRB 22. November. ABl Nr. 48.

556. Basel-Stadt. *VO über die Ausübung einer Erwerbstätigkeit durch Ausländer im kleinen Grenzverkehr.* RR 16. April. GS 36 S. 395.

557. Basel-Stadt. *Abänderung des G über die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit vom 11. Februar 1926.* GrR 16. Mai. GS 36 S. 407.

Höhe der vom Kanton den Kassen jährlich zu gewährenden Subvention.

558. Basel-Stadt. *Abänderung des GrRB vom 10. November 1932 betreffend Weiterführung der Notunterstützung von Arbeitslosen, vom 13. Juni.* GS 36 S. 423.

Nichtbürger werden nur unterstützt, wenn sie seit 10. April 1932 im Kanton wohnen.

559. Basel-Stadt. *Abänderung der VVO vom 2. November 1926 zum G über die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit.* RR 15. Juni. GS 36 S. 425.

Erhöhung der Prämien.

560. Basel-Stadt. *GrRB betreffend Ausrichtung einer Weihnachtsgabe an arbeitslose Kantonseinwohner, vom 14. November.* GS 36 S. 452.

561. Basel-Stadt. *G betreffend Beitragsleistung der Staatsbediensteten an die durch Ausrichtung einer Weihnachtsgabe und einer Sonderzulage an arbeitslose Kantonseinwohner entstehenden Ausgaben.* GrR 18. November. GS 36 S. 455.

Beitrag von 4 % des Novembergehaltes.

562. Schaffhausen. *Abänderung der VO vom 28. Februar 1934 über die Subventionierung von Notstandsarbeiten.* RR 6. März. ABl Nr. 10; GS 15 S. 489.

Erhöhung des Staatsbeitrages auf 50 % der Lohnsumme der beschäftigten Arbeitslosen.

563. Schaffhausen. *Erhöhung der Beiträge der bei der kantonalen Arbeitslosenkasse versicherten Mitglieder.* RRB 27. März. ABl Nr. 13.

Erhöhung auf Fr. 1.— pro 14 Tage.

564. Schaffhausen. *RRB betreffend die Durchführung der Krisenhilfe für Arbeitslose vom 16. April.* ABl Nr. 16.

Anordnung von Krisenhilfsmassnahmen. Staatsbeitrag an die Gemeinden von 40 oder 50 % der Unterstützungskosten.

565. Schaffhausen. *Abänderung der VVO vom 29. November 1933 zum BB vom 13. April 1933 betreffend Krisenhilfe für Arbeitslose.* RR 12. Juni. ABl Nr. 24.

Ausschluss der ledigen, noch nicht 25jährigen und nicht unterstützungspflichtigen Arbeitslosen vom Bezug der Krisenunterstützung in der Zeit vom 1. Juli bis 15. Oktober.

566. Schaffhausen. *RRB betreffend Abgabe von verbilligtem Fleisch an Arbeitslose und Minderbemittelte vom 19. Dezember.* ABl Nr. 51.

567. Appenzell A.-Rh. *Abänderung von Art. 16 des G betreffend die Arbeitslosenversicherung.* KR 31. Mai. GS IV Nr. 23.

Erhöhung der Mitgliederbeiträge.

568. St. Gallen. *Subventionierung einer ausserordentlichen Winterhilfe für Arbeitslose.* RRB 30. Januar. ABl Nr. 5.

Beitrag von 25 % an die Gemeinden, die im Winter 1934/35 eine Winterhilfe durchführen.

569. Aargau. *VO über ausserordentliche Winterhilfe für Arbeitslose, die aus der Arbeitslosenversicherung keine Unterstützung beziehen.* RR 12. November. GS 15 Nr. 13.

570. Wallis. *B betreffend die Organisation der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.* StR 1. Oktober. ABl Nr. 41.

Schaffung einer neungliedrigen Kommission mit der Aufgabe, die Arbeitslosigkeit durch geeignete Massnahmen zu vermindern, insbesondere die bestehenden Arbeitsmöglichkeiten festzustellen.

571. Neuchâtel. *A concernant le subventionnement des indemnités versées aux femmes mariées sans enfants par les caisses-chômage.* CE 12 mars. F. o. No. 21.

572. Genève. *A législatif modifiant l'A lég. du 10 novembre 1934 autorisant le CE à verser une allocation d'hiver aux chômeurs durant l'hiver 1934—1935.* GrC 19 janvier. F. o. No. 50; Recueil p. 13.

Ausdehnung der Winterhilfe auf die vor dem 1. Januar 1932 in Genf niedergelassenen Schweizerbürger.

573. Genève. *A relatif à l'engagement de personnes étrangères au canton.* CE 30 janvier. F. o. No. 30; Recueil p. 18.

574. Genève. *A relatif à la main-d'œuvre étrangère saisonnière.* CE 13 février. F. o. No. 41; Recueil p. 34.

Verbot der Beschäftigung auswärtiger Saisonarbeiter.

575. Genève. *A législatif autorisant le CE à verser une allocation d'hiver aux chômeurs durant l'hiver 1935 à 1936.* GrC 7 décembre. F. o. No. 294. Recueil p. 173.

Vieh (Handel, Zucht, Versicherung). Tierseuchen.

576. Bern. *Abänderung des D vom 14. Mai 1923 betreffend Ausübung des Viehhandels.* GrR 20. Mai. ABl Nr. 55; GS 35 S. 37.

Neue Umschreibung des Begriffs „Viehhandel“.

577. Uri. *RRB betreffend Einführung des Bekämpfungsverfahrens gegen den Rinderabortus Bang und den Gelben Galt der Milchkühe.* 9. November. ABl Nr. 46.

578. Schwyz. *Vorübergehende Abänderung der VO betreffend die Förderung und Veredlung der Viehzucht, vom 27. Juni 1923, sowie der kantonalen VVO zum BG betreffend die Bekämpfung der Tierseuchen, vom 3. Dezember 1920.* KR 29. Januar. ABl Nr. 7, 19; GS 11 S. 281.

579. Schwyz. *Abänderung des Regulativs für die Prämierungen des Kleinviehs.* RR 22. Juni. ABl Nr. 26; GS 11 S. 296.

580. Nidwalden. *Ergänzung der Bestimmungen über die kantonale Viehseuchenkasse.* LR 9. März. ABl Nr. 12. Vergütung der Impfkosten bei Schweinen.

581. Glarus. *VVO zum G betreffend die Förderung der Tierzucht (vom 6. Mai 1934).* LR 20. Februar. ABl Nr. 9. LB Heft 12 S. 521.

582. Glarus. *Umschreibung der Viehinspektionskreise.* RR 21. Februar. ABl Nr. 9. LB Heft 12 S. 514.

583. Glarus. *B über die Bekämpfung der Rindertuberkulose.* RR 25. April. ABl Nr. 17. LB Heft 12 S. 501.

Durchführung der Tuberkulosebekämpfung durch den Kantonstierarzt. Kosten zu Lasten des Kantons. Kanton bezieht pro Tier von über zwei Jahren alljährlich einen Betrag von Fr. 1.— Nettoschaden wird vom Kanton mit 40 % vergütet, wenn die Tötung rechtzeitig erfolgt ist, etc.

584. Glarus. *B über die Bekämpfung des Rinderabortus Bang und des Gelben Galtes.* RR 10. Oktober. ABl Nr. 41. LB Heft 13 S. 578.

585. Solothurn. *VVO zum BRB über die Bekämpfung der Rindertuberkulose.* RR 17. Dezember 1934. Vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement genehmigt am 5. Januar 1935. ABl 1935 Nr. 2.

586. Solothurn. *RRB betreffend Bekämpfung der Pullorumseuche.* 28. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 1.

Gewerbsmässige Aufzucht von Geflügel ist zu melden, ebenso der gewerbsmässige Verkauf von Bruteiern. Jährliche Untersuchung von Zuchthennen.

587. Solothurn. *VVO zum BRB über vorläufige Massnahmen zur Bekämpfung des Rinderabortus Bang und des Gelben Galtes der Milchkühe.* RR 12. November. ABl Nr. 49.

588. Solothurn. *VO betreffend Regulierung der Schweinehaltung.* RR 21. Dezember. ABl Nr. 52.

Obliegenheiten der kantonalen Zentralstelle (Landwirtschaftsdepartement).

589. St. Gallen. *Bekämpfung der Pullorumseuche.* Veterinärkommission 31. Januar. ABl Nr. 6.

590. St. Gallen. *VO betreffend die Bekämpfung der Rindertuberkulose.* RR 22. Oktober. ABl Nr. 43; GS 15 Nr. 111.

591. Aargau. *VVO zum G vom 5. März 1919 betreffend Förderung der Viehzucht.* RR 14. Juni. GS 15 Nr. 7.

592. Thurgau. *VO betreffend die Ausübung des Viehhandels.* RR 10. Dezember. ABl Nr. 50; GS 17 S. 793.

Beitritt zum Viehhandelskonkordat. Festsetzung der Kau-
tionen und Gebühren.

593. Thurgau. *VVO zum BRB vom 9. März 1934 über die Bekämpfung der Rindertuberkulose.* RR 10. De-
zember. ABl Nr. 50; GS 17 S. 796.

594. Vaud. *Règlement d'exécution du concordat inter-cantonal sur le commerce du bétail (du 1er juillet 1927).* CE 1er février. F. o. No. 11; Recueil 132 p. 55.

595. Vaud. *A ordonnant la perception d'une contribution sur les ruches d'abeilles pour alimenter la Caisse d'assurance contre les pertes causées par la loque et l'acariose des abeilles.* CE 25 mars. F. o. No. 26.

Jährliche Steuer von 30 Rp. pro Bienenkorb.

596. Vaud. *A pris en exécution des mesures provisoires instituées par le Conseil fédéral pour la lutte contre l'„avortement épizootique à Brucella“ des bovidés et la „mammite streptococcique contagieuse“ des vaches laitières.* CE 8 novembre. F. o. No. 91; Recueil 132 p. 165.

597. Neuchâtel. *Loi portant révision partielle de la loi sur l'amélioration du bétail.* GrC 20 mai. F. o. No. 41. Recueil 6 No. 15.

Ins Budget ist alljährlich ein für Viehprämierungen be-
stimmter Betrag aufzunehmen.

Kantonale Vollziehungsvorschriften zur bundes- rätslichen Verordnung betreffend Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.

598. Bern. *VO betreffend die Organisation der kantonalen Zentralstelle und der Ortskommissionen für die Regulierung der viehwirtschaftlichen Produktion.* RR 22. Ok-
tober. ABl Nr. 88; GS 35 S. 111.

599. Luzern. *B betreffend die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* RR 14. November. ABl Nr. 46.

Zentralstelle für die Durchführung der VO des BR vom 6. August 1935: Staatswirtschaftsdepartement.

600. Uri. *Bezeichnung der Landwirtschaftsdirektion als zuständige kantonale Amtsstelle zur Durchführung der bundesrätlichen VO vom 6. August 1935 über die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* RR 24. August. ABl Nr. 36.

601. Schwyz. *RRB über den Vollzug der bundesrätlichen VO über die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* 18. Oktober. ABl Nr. 43; GS 11 S. 318.

Zentralstelle: Kantonstierarzt.

602. Obwalden. *Bezeichnung des Departementes der Staatswirtschaft als Zentralstelle für die Durchführung der bundesrätlichen VO betreffend Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* RR 16. November. ABl Nr. 48.

603. Zug. *RRB betreffend Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* 25. November. ABl Nr. 45.

604. Fribourg. *A concernant la limitation de la production animale.* CE 18 octobre. F. o. No. 43; B. o. p. 50.

Ausführungsbestimmungen zur VO des BR vom 6. August.

605. Solothurn. *Bezeichnung des Landwirtschaftsdepartements als zuständige Amtsstelle für Gesuche auf Grund der bundesrätlichen VO vom 6. August betreffend Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* RRB 13. August. ABl Nr. 33.

606. Schaffhausen. *RRB betreffend die Durchführung der eidgenössischen VO vom 6. August 1935 über die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* 30. Oktober. ABl Nr. 44.

Durchführende Behörde die Landwirtschaftsdirektion.

607. St. Gallen. *Vollzug der eidg. VO vom 6. August 1935 über die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* RRB 13. August. ABl Nr. 33; GS 15 Nr. 110.

Durchführung der VO durch Volkswirtschaftsdepartement und Landwirtschaftliche Schule Flawil.

608. Thurgau. *RRB betreffend den Vollzug der VO des BR über die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion vom 6. August 1935.* 20. August. ABl Nr. 34.

609. Wallis. *VVO zur eidg. VO vom 6. August über die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion.* StR 9. November. ABl Nr. 46.

610. Neuchâtel. *A d'exécution de l'ordonnance fédérale tendant à limiter la production animale.* CE 15 novembre. F. o. No. 96. Recueil 6 No. 38.

Förderung der Landwirtschaft. Staatliche Nothilfe.

611. Bern. *Reglement über die Betriebsaufsicht und Betriebsberatung in bäuerlichen Sanierungsfällen.* RR 12. November. ABl Nr. 94; GS 35 S. 122.

612. Luzern. *D betreffend Erweiterung der Kredithilfe für notleidende Bauern.* RR 5. März. ABl Nr. 13, Nr. 19; GS 11 S. 531.

Weiterer Staatsbeitrag von Fr. 250,000.— an Bauernhilfskasse für die Zeit vom 1. Januar 1935 bis 31. Dezember 1936.

613. Schwyz. *VVO zum BB vom 28. September 1934 betreffend vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für notleidende Bauern.* KR 29. Januar. ABl Nr. 7, 19; GS 11 S. 284.

614. Glarus. *Ergänzende Anordnungen zum BB betreffend vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für notleidende Bauern.* RR 28. März. ABl Nr. 13. LB Heft 12 S. 521.

Nachlassbehörde im Sanierungsverfahren der Zivilgerichtspräsident, Weiterziehung an das Zivilgericht.

615. Glarus. *Reglement zum BB vom 28. September 1934 über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für notleidende Bauern.* RR 18. Juli. ABl Nr. 39. LB Heft 13 S. 580.

Einsetzung einer vom RR auf drei Jahre zu wählenden dreigliedrigen Rekurskommission.

616. Fribourg. *D concernant l'action de secours en faveur des agriculteurs obérés.* GrC 15 mai. F. o. No. 21; B. o. p. 24.

Der Staatsrat erhält die Ermächtigung, für diesen Zweck ein Anleihen nun bis auf Fr. 1,300,000.— (statt bisher Fr. 600,000.—) aufzunehmen.

617. Fribourg. *D concernant la création d'une caisse cantonale d'amortissement de la dette agricole.* GrC 30 juillet. F. o. No. 32; B. o. p. 40.

618. Solothurn. *Abgabe von Futtermitteln an notleidende Landwirte.* RRB 15. Januar. ABl Nr. 3.

619. Solothurn. *G betreffend Fortführung der Sparmassnahmen des Staates und weitere Kredithilfe für notleidende Bauern.* KR 17. Juli/8. Oktober. Volksabstimmung 10. November (ABl Nr. 46, 1. Beilage). Separat erschienen.

620. Solothurn. *Reglement über die Befugnisse und die Tätigkeit der solothurnischen Zentralstelle für Obstbau.* RR 4. Dezember. ABl Nr. 49.

621. Baselland. *Geschäftsreglement für die Basellandschaftliche Bauernhilfskasse.* RR 1. Oktober. ABl Nr. 18.

622. Aargau. *RRB über Schutzmassnahmen für Pächter landwirtschaftlicher Gewerbe.* 8. April. GS 15 Nr. 4.

Art. 48 ff. des BB vom 28. September 1934 über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für notleidende Bauern für den ganzen Kanton anwendbar.

623. Ticino. *Legge sul promovimento dell'economia alpestre.* GrC 21 giugno 1934. B. o. No. 8.

Zur Förderung der Alpwirtschaft werden alle Boden- und Bautenverbesserungen etc., deren Kosten nach Ermessen des Staatsrates dem zu erwartenden Nutzen entsprechen, als obligatorisch erklärt. Bestimmungen über unwirtschaftliche Servituten. Schaffung einer besondern Kommission.

624. Wallis. *B betreffend die Kontrolle des Versandes von Spargeln.* StR 9. April. ABl Nr. 15.

625. Wallis. *D betreffend die Erweiterung der Kredithilfe zugunsten notleidender Landwirte.* GrR 24. Mai. ABl Nr. 27.

Neue Kredite.

626. Wallis. *B betreffend den Versand von Obst und Gemüse, das für den Handel bestimmt ist.* StR 29. Mai. ABl Nr. 22.

627. Wallis. *B betreffend den Handel mit Tafeltrauben.* StR 4. September. ABl Nr. 37.

Vorschriften über Qualität und Verpackung der zum Verkauf bestimmten Trauben.

628. Wallis. *B betreffend die Kontrolle der Ernte und des Versandes von Obst, das für den Handel bestimmt ist.* StR 11. September. ABl Nr. 38.

629. Genève. *A relatif à l'inspection des laits et des étables.* CE 17 avril. F. o. No. 98.

Wird am 28. August 1935 durch neuen Beschluss ersetzt.

630. Genève. *A relatif à l'inspection des laits et des étables.* CE 28 août. F. o. No. 206. Recueil p. 133.

Rebbau. Pflanzenschutzmittel.

631. Zürich. *Reglement über die in § 3 der VO für Anwendung giftiger Stoffe zur Schädlingsbekämpfung vom 17. Mai 1934 vorgesehene Prüfung.* RR 28. März. ABl S. 361; GS 35 S. 441.

632. Vaud. *A modifiant l'article 6 de celui du 20 février 1934 concernant la vente des produits arsénicaux destinés exclusivement à être utilisés en arboriculture ou en viticulture.* CE 6 avril. F. o. No. 29; Recueil 132 p. 74.

633. Wallis. *A concernant la vente dans le canton de barbues de vignes indigènes provenant de régions phylloxérées.* CE 22 février. B. o. No. 9.

634. Wallis. *B betreffend Verkauf von Schutzmitteln gegen tierische und pflanzliche Parasiten, besonders von Arsenlösungen (Blei- und Natriumarseniat), Nikotin (Tabakbrühe) und andere.* StR 12. April. ABl Nr. 16.

635. Wallis. *Subventionierung von Rebbergen mit amerikanischen Rebsetzlingen.* StR 16. April. ABl Nr. 16.

636. Neuchâtel. *Loi concernant la subvention en faveur de la reconstitution du vignoble.* GrC 9 février. F. o. No. 12. Recueil 6 No. 8.

637. Neuchâtel. *A concernant la lutte contre le mildiou.* CE 22 mai. F. o. No. 41.

638. Neuchâtel. *A concernant la lutte contre la cochylis et l'eudémis (vers de la vigne).* CE 22 mai. F. o. No. 41.

639. Neuchâtel. *A créant un fonds de secours en faveur du vignoble neuchâtelois, pour dégâts non assurables.* CE 25 octobre. F. o. No. 86. Recueil 6 No. 37.

Forstwesen.

640. Zürich. *Bauten zu Wohnzwecken im Waldgebiet.* RR 9. Mai. ABl S. 668; GS 35 S. 498.

Wohnbauten jeder Art dürfen in Waldgebieten erst nach vorheriger Rodungsbewilligung des RR erstellt werden.

641. Fribourg. *A suspendant les coupes de bois.* CE 13 décembre. F. o. No. 51.

Vorübergehende Einstellung der Holzschläge wegen des Unwetterschadens vom 23. Februar.

642. Ticino. *D leg. in modificazione di alcuni articoli della legge forestale cantonale.* GrC 14 ottobre. B. o. No. 26.

Festsetzung der Amtsdauer der Förster auf vier Jahre. Änderung der Holzschlaggebühren. Strafbarkeit des unvorsichtigen Feuerns in der Nähe von Wäldern. Gleichsetzung von einem Tag Gefängnis mit 10 Fr. Busse (bei Umwandlung von Busse in Gefängnis).

643. Vaud. *Loi remplaçant l'art. 6 de la loi du 21 février 1918, modifiant les lois forestières actuelles.* GiC 20 novembre. F. o. No. 97; Recueil 132 p. 193.

Die Änderung betrifft die Kostenverteilung.

644. Neuchâtel. *Loi portant révision partielle de la loi forestière.* GiC 21 mai. F. o. No. 41. Recueil 6 No. 16. Forstkreise; Forstaufsicht.

646. Neuchâtel. *A portant modification des articles 1, 14, 15, 17, 18, 19 et 28 du règlement d'exécution de la loi forestière du 28 juin 1921.* CE 9 juillet. Approbation du Conseil fédéral 26 août. F. o. No. 70. Recueil 6 No. 22.

Einteilung in Forstkreise. Wahl und Organisation der Forstinspektorate.

Jagd und Fischerei.

647. Bern. *Reglement über die Ausübung und Förderung der künstlichen Fischzucht.* Forstdirektion 30. November 1934. ABl 1935 Nr. 16.

648. Bern. *Vereinbarung mit dem Kanton Solothurn über die Ausübung der Fischerei in der Aare, vom 23. Mai/1. Juni 1935.* Solothurner ABl Nr. 28.

649. Bern. *Convention avec l'Etat de Neuchâtel sur l'exercice de la pêche dans les eaux frontières de la Thièle.* Neuchâtel CE 11 juin. F. o. No. 60. Recueil 6 No. 56. Bern GrR 11. November. Vom BR genehmigt am 20. März 1936.

650. Luzern. *Teilweise Abänderung des G über Jagd und Vogelschutz vom 14. Juli 1930.* GrR 15. Juli. ABl Nr. 30, 36; GS 11 S. 537.

Ermächtigung des RR, unter gewissen Voraussetzungen Volksabstimmungen über die Einführung der Pachtjagd in Gemeinden anzuordnen, die sich im Patentjagdgebiet befinden. Bestimmungen betreffend Jagdkreiseinteilung und Aufhebung des Pachtsystems.

651. Luzern. *Abänderung und Ergänzung des RRB vom 7. September 1931 betreffend die Ausrichtung von Abschussprämien für die Erlegung schädlicher, nicht geschützter Tiere.* RR 2. September. ABl Nr. 36.

Abschussprämie für Rabenkrähen, Elstern und Eichelhäher Fr. —.60.

652. Luzern. *Ergänzung des RRB vom 24. August 1933 betreffend Abänderung von §§ 36 und 37 der regierungsrätlichen VVO vom 22. Juni 1931 zum BG über Jagd und Vogelschutz vom 10. Juni 1925 und zum luzernischen G über Jagd und Vogelschutz vom 14. Juli 1930.* RR 12. September. Vom BR genehmigt am 23. September. ABl Nr. 40.

Beschränkung des Abschusses von Rehgeissen im Jahre 1935.

653. Nidwalden. *Ergänzung zur Ausführungsverordnung zum BG über Jagd und Vogelschutz.* LR 19. Oktober. Vom BR genehmigt am 31. Oktober. ABl Nr. 47.

Voraussetzungen zur Patenterteilung. Taxen. Jagdzeiten.

654. Glarus. *Grenzen des Bannbezirkes Rauti-Tros.* RRB 14. August. LB Heft 13 S. 545.

655. Zug. *VO betreffend Auszahlung von Prämien für die Erlegung schädlicher Tiere.* RR 16. Januar. ABl Nr. 3.

Diese VO wird am 2. März durch eine andere ersetzt.

656. Zug. *VO betreffend Auszahlung von Prämien für die Erlegung schädlicher Tiere.* RR 2. März. ABl Nr. 13. GS 13 Nr. 46.

657. Solothurn. *Abänderung der VVO vom 7. April 1933 zum BG betreffend die Fischerei vom 21. Dezember 1888.* RRB 30. April. Genehmigung des KR 22. Mai. ABl Nr. 21. Vom BR genehmigt am 26. Juni. ABl Nr. 27.

Verbot des Fanges von Fischen, Krebsen und Fröschen während der Schonzeit unter Vorbehalt des vom Finanzdepartement schriftlich bewilligten Laichfischfanges; Abänderung des § 26 (Bussen).

658. Basel-Stadt. *Abänderung der Fischereiverordnung vom 26. November 1918.* RR 4. Januar. Vom BR genehmigt am 24. Januar. GS 36 S. 368.

Verschärfung der Vorschriften über das Freiangeln. Ermächtigung an den RR, die Bundesvorschriften über Schonzeiten und Mindestmasse zu verschärfen.

659. Basel-Stadt. *RRB betreffend Festsetzung von Mindestmassen für Fische vom 2. Februar.* Vom BR am 23. Februar genehmigt. GS 36 S. 378.

660. Schaffhausen. *Abänderung der VVO vom 22. September 1926 zum BG über Jagd und Vogelschutz.* RRB 10. April. ABl Nr. 15; GS 15 S. 491.

Abgabe von Tageskarten für Gastschützen gegen eine Gebühr von Fr. 5.— bis Fr. 30.—.

661. Schaffhausen. *VO über die Fischerei.* RR 7. Dezember. Vom BR genehmigt am 19. Dezember. ABl Nr. 52.

662. Appenzell I.-Rh. *Abänderung der Fischereiverordnung vom 1. April 1921.* GrR 26. März. Vom BR genehmigt am 3. April 1935. Separat erschienen.

Verschiedene Änderungen.

663. St. Gallen. *VO betreffend die Fischerei im Bodensee.* RR 15. Januar. Vom BR genehmigt am 5. Februar. GS 15 Nr. 95.

Bestimmungen betreffend Mindestmasse, Verwendung von Motorbooten, Fischfang zur Nachtzeit, Fanggeräte, Patente, Laichfischfang und Fischzucht. Strafbestimmungen und Aufhebung früherer Verordnungen.

664. St. Gallen. *Jagdverordnung.* RR 27. Mai. Vom BR am 11. Juni genehmigt. GS 15 Nr. 104.

665. St. Gallen. *Vorschriften über die Fischerei im sankt-gallischen Gebiete des Walensees.* Volkswirtschaftsdepartement 25. Oktober. ABl Nr. 49.

666. Graubünden. *Ausführungsverordnung zum kantonalen Fischereigesetz vom 4. März 1917.* KIR 30. September. Vom BR genehmigt am 21. November. ABl Nr. 48.

667. Aargau. *VO betreffend die Festsetzung der Mindestmasse für den Fischfang.* RR 15. Februar. Vom BR genehmigt am 9. März. GS 15 Nr. 3.

668. Aargau. *Abänderung der VVO vom 28. Mai 1926 zum BG über Jagd und Vogelschutz vom 10. Juni 1925 und zum Aargauischen G über das Jagdwesen vom 23. Februar 1897.* RR 22. November. GS 15 Nr. 14.

Inhalt der „Jagdberechtigung“; Strafbestimmungen.

669. Thurgau. *Abschussverbot für Rebhühner pro 1935/36.* RR 11. September. ABl Nr. 37.

670. Ticino. *D esec. concernente l'esercizio della pesca nel rifugio ornitologico delle Foce della Verzacsa.* CSt 18 gennaio. B. o. No. 5.

671. Ticino. *D esecutivo concernente la limitazione temporanea degli attrezzi di pesca nel fiume Tresa e nella Melezza.* CSt 2 ottobre. B. o. No. 22.

672. Ticino. *D esec. circa interpretazione delle disposizioni dell'art. 7 del regolamento sulla pesca nelle acque limitrofe fra la Svizzera e l'Italia, del 2 maggio 1913, e più specialmente dell'esercizio della pesca nello stretto di Lavena.* CSt 29 novembre. B. o. No. 25.

673. Wallis. *Verbot des Fanges von Äschen im Walliser Rhonegebiet.* Str 12. April. ABl Nr. 19.

674. Neuchâtel. *A concernant l'exercice du droit de pêche dans la Vieille-Thielle.* CE 26 juillet. F. o. No. 60. Recueil 6 No. 23.

675. Genève. *A modifiant l'art. 7 du règlement de police sur la pêche du 2 mars 1928.* CE 19 janvier. Recueil p. 9.

Die Änderung betrifft die Fangzeiten.

Naturschutz.

676. Zug. *VO über Natur- und Heimatschutz.* RR 22. Juni. GS 13 Nr. 52.

677. Aargau. *VO zum Schutze des Hallwiler Sees und seiner Ufer.* RR 29. Juni. GS 15 Nr. 8.

Sanitätswesen.

678. Zürich. *VO betreffend die Apothekertaxe.* Sanitätsrat 27. Mai. ABl S. 709; GS 35 S. 505.

679. Bern. *VO über die Ausübung der Massage, Heilgymnastik und Fusspflege sowie die Anwendung therapeutischer Hilfsmittel.* RR 19. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 6. GS 34 S. 170.

680. Luzern. *B betreffend den kantonalen Tarif der ärzlichen Leistungen und der Arzneien für die vom Bunde anerkannten Krankenkassen.* RR 25. April. ABl Nr. 18.

Verpflichtung der Ärzte zur Gewährung eines Krisenrabattes von 7% der Tarifansätze. Geltungsdauer: 1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936.

681. Schwyz. *VO betreffend das Friedhof- und Begrünbwesen.* RR 30. März. ABl Nr. 14; GS 11 S. 291.

682. Obwalden. *VO über die Stellvertretung der Ärzte und Apotheker.* KR 2. März. LB VII S. 132.

683. Fribourg. *A concernant la vente de remèdes secrets et spécialités médicales.* CE 17 mai. F. o. No. 24; B. o. p. 25.

Beschränkung der Gültigkeitsdauer der Verkaufsbewilligungen auf fünf Jahre.

684. Fribourg. *Règlement concernant l'exercice de la profession d'infirmier, d'infirmière ou de garde-malade.* CE 10 août. F. o. No. 35; B. o. p. 42.

Einführung eines Krankenpfleger- und Krankenwärter-diploms.

685. Solothurn. *Verbot der Auskündigung ärztlicher Hilfeleistung durch Unberechtigte und der Anpreisung und Abgabe nichtbewilligter Heilmittel.* RRB 3. Mai. ABl Nr. 19.

686. Baselland. *Ergänzung des RRB betreffend die Ankündigung und den Verkauf von Heilmitteln sowie die Abgabe von Gift vom 2. August 1922.* RR 14. März. ABl Nr. 11.

Verwendung des Wortes „Vitamin“.

687. St. Gallen. *Regulativ betreffend hygienische Massnahmen bei Ausübung des Coiffeurgewerbes.* Sanitätskommission 11. Juli. GS 15 Nr. 107.

688. Graubünden. *Verbot der Berufsreklame ausserkantonaler Ärzte und Zahnärzte, die kein eidgenössisches Diplom besitzen.* KIR 5. April. ABl Nr. 15, 19.

689. Thurgau. *Abänderung von § 7 der VVO vom 13. November 1899 zum G betreffend die unentgeltliche Leichenbestattung.* RRB, vom GrR genehmigt am 19. Oktober. ABl Nr. 49; GS 17 S. 822.

Ermässigung des Staatsbeitrages auf höchstens Fr. 25.— für eine Beerdigung.

690. Ticino. *Legge di applicazione della legge federale 13 giugno 1928 sulla tuberosi.* GrC 13 novembre 1934. B. o. 1935 No. 1.

691. Ticino. *D esec. circa distacco del Comune di Massagno dal circondario medico N. 17.* CSt 4 gennaio. B. o. No. 3.

692. Neuchâtel. *Règlement pour les autorités sanitaires cantonales.* CE 13 août. Recueil 6 No. 24.

693. Neuchâtel. *Règlement sur la police des pharmacies et des drogueries, et sur la vente des remèdes secrets et des poisons.* CE 13 août. Recueil 6 No. 25.

694. Neuchâtel. *Règlement sur la lutte contre les maladies transmissibles.* CE 13 août. Recueil 6 No. 26.

695. Neuchâtel. *Règlement concernant les professions de masseur et de pédicure.* CE 20 décembre. Recueil 6 No. 43.

696. Genève. *A modifiant l'art. 41 du règlement d'appl. du 25 octobre 1927 de la loi sur l'exercice des professions médicales et des professions auxiliaires.* CE 13 février. F. o. No. 41; Recueil p. 33.

Betrifft die Verwendung von Betäubungsmitteln.

697. Genève. *A relatif à l'enlèvement des ordures ménagères au moyen des ustensiles du système Ochsner.* CE 8 mai. F. o. No. 112; Recueil p. 83.

698. Genève. *A approuvant une adjonction à l'art. 15 du règlement des cimetières de la ville de Genève, du 15 juin 1928.* CE 27 novembre. F. o. No. 284; Recueil p. 171.

Verbot von Steinhauerarbeiten in Friedhöfen am Samstagnachmittag und Sonntag.

Motorfahrzeuge. Fahrzeugverkehr.

699. Zürich. *Verkehrsbeschränkungen auf öffentlichen Strassen im Kanton Zürich (mit Ausnahme der Städte Zürich und Winterthur).* RR 23. Mai. ABl S. 729; GS 35 S. 501.

Fahrverbote, Einbahnverkehr, Höchstgewichte.

700. Zürich. *Kennzeichnung der Landwirtschaftstraktoren und Arbeitsmaschinen.* RR 12. Dezember. ABl S. 1253.

701. Bern. *D betreffend die Haftpflichtversicherung der Fahrradhalter.* GrR 19. November. ABl Nr. 95; GS 35 S. 143.

Einführung der Versicherungspflicht.

702. Luzern. *B betreffend ratenweisen Bezug der Motorfahrzeuggebühren.* RR 31. Januar. ABl Nr. 5.

Möglichkeit der Entrichtung der Jahresgebühr in zwei Raten bei einem Zuschlag von 3 %.

703. Schwyz. *RRB betreffend Entrichtung der Gebühren für Motorfahrzeugausweise.* 22. März. ABl Nr. 13; GS 11 S. 290.

Gewährung von Erleichterungen.

704. Schwyz. *RRB betreffend den Vollzug des internationalen Abkommens über die Besteuerung ausländischer Kraftfahrzeuge.* 29. April. ABl Nr. 18; GS 11 S. 294.

Ausstellung des internationalen Steuerausweises durch die kantonale Motorfahrzeugkontrolle; Gebühr Fr. 3.—.

705. Fribourg. *A présentant un cadre de protection pour les plaques de contrôle des motocyclettes.* CE 17 mai. F. o. No. 24; B. o. p. 27.

Die scharfen Kanten der vorn am Motorrad angebrachten Schilder sind mit Rahmen zu versehen, die abgerundete Ränder haben müssen (zum Schutz von Personen, die angefahren werden könnten).

706. Solothurn. *Verfügung betreffend obligatorische neue Prüfung von Motorfahrzeugführern nach Ablauf der Frist, für die der Führerausweis entzogen worden ist.* Polizeidepartement 26. Oktober. ABl Nr. 45.

Die Führer haben eine neue Prüfung zu bestehen bei dauernder oder vorübergehender Entziehung des Fahrausweises, sowie auch dann, wenn sie an einem Unfall beteiligt gewesen sind und Zweifel hinsichtlich ihrer Fähigkeit, ein Fahrzeug richtig zu führen, entstehen.

707. St. Gallen. *II. Nachtrag zur VVO zu den eidgenössischen Vorschriften über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr.* RR 7. Dezember. GS 15 Nr. 112.

Die Änderung betrifft die Kontrollschilder und die dafür zu entrichtenden Gebühren.

708. Ticino. *Legge sulle tasse di circolazione dei veicoli a motore e velocipedi.* GrC 15 gennaio. B. o. No. 10.

709. Ticino. *Regolamento circa esonero tasse di circolazione dei veicoli a motore al personale dello Stato.* CSt 19 aprile. B. o. No. 15.

Beamte, die zur Ausübung ihres Dienstes ein eigenes Motorfahrzeug benützen, sind von der Entrichtung der Fahrzeuggabühren befreit, sofern die Benützung im Interesse des Staates liegt.

710. Ticino. *D esec. sulla circolazione degli autoveicoli.* CSt 24 settembre. B. o. No. 21.

711. Wallis. *B betreffend den Verkehr mit Motorfahrzeugen und Fahrrädern.* StR 6. April. ABl Nr. 16.

Klassierung der Strassen.

712. Neuchâtel. *A concernant le contrôle et l'assurance des cycles.* CE 11 janvier. F. o. No. 5.

Einführung des Kontrollzeichens. Festsetzung der jährlichen Haftpflichtversicherungsprämie auf Fr. 1.20.

713. Genève. *A réglementant le stationnement des véhicules.* CE 30 janvier. F. o. No. 30.

Ersetzt durch neuen Beschluss vom 8. Mai.

714. Genève. *A fixant les conditions dans lesquelles les véhicules peuvent stationner sur la voie publique.* CE 8 mai. F. o. No. 113; Recueil p. 80.

715. Genève. *A relatif à l'impôt sur les véhicules à moteur.* CE 23 octobre. F. o. No. 261; Recueil p. 163.

Die in Art. 19 bis des VI. Titels des vierten Teiles des Steuergesetzes vorgesehene Ermässigung wird nur den Steuerpflichtigen gewährt, die jeweils am 1. Januar im Besitz eines fünf- bzw. achtjährigen Fahrzeuges sind.

Bau- und Feuerpolizei. Blitzableiter.
Luftseilbahnen. Löschwesen. Benzin. Azetylen.

716. Fribourg. *A modifiant le règlement du 12 juin 1933 concernant les installations de paratonnerres.* CE 8 novembre. F. o. No. 46; B. o. p. 52.

Erhöhung des staatlichen Beitrags an die Erstellungskosten für Blitzableiteranlagen auf landwirtschaftlichen Gebäuden (jetzt 30 %).

717. Basel-Stadt. *VO betreffend statische Berechnungen von Baukonstruktionen aus Stahl, Beton und Eisenbeton.* RR 5. Juli. GS 36 S. 429.

718. Basel-Stadt. *Abänderung der VO betreffend Einrichtung und Betrieb von Aufzügen vom 30. Januar 1920.* RR 21. September. GS 36 S. 436.

Vorschriften betreffend Fahrtschachteinwandlung.

719. Baselland. *Erstellung und Untersuchung der Blitzschutzanlagen.* RR 1. März. ABl Nr. 10.

720. St. Gallen. *G über die Feuerpolizei.* GrR 25. November. ABl Nr. 48. GS 15 Nr. 116.

Das Gesetz fasst alle staatlichen Bestimmungen zusammen, die sich auf die Sicherung von Gut und Menschen gegen die Brandgefahr beziehen; mit einbezogen ist ferner die (verwandte) Gefahr gegen Blitzschaden sowie gegen Wind (Föhnwinde und heftige Luftströmungen).

Die Überwachung der richtigen Durchführung der staatlichen Massnahmen will sich der Staat selbst vorbehalten. Zu diesem Zweck soll einem Departement eine „Feuerpolizei“ angegliedert werden. In der Hauptsache haben jedoch die Gemeinden für die richtige Einhaltung der Vorschriften zu sorgen. Sie haben die nötigen Organe zu bestellen und haben (gemäß Art. 7) für deren richtige Diensterfüllung die Verantwortung zu übernehmen.

In Betracht kommen: Überprüfung von Bauprojekten, Kaminbauten, Erstellung von Licht-, Luft- und Aufzugschächten, Heizkesseln, Etagenheizungen und Öfen, Feuerstätten überhaupt; ausführliche Vorschriften sind über die Scheidemauern sowie über die Beschaffenheit der Kamine vorhanden. Gas- und elektrische Leitungen dürfen nur von „fachkundigen Personen“ ausgeführt werden. Für besonders gefährdete Gebäude sind Blitzschutzanlagen zu erstellen. Die Gemeinden haben diese periodisch kontrollieren zu lassen. Der Entscheid der kantonalen Feuerpolizei ist erforderlich für Fabrikbauten, Einrichtung von Warenhäusern und grossen Verkaufsmagazinen, Kinos, Theater, Saalbauten und Hotels (Art. 39).

Jede Gemeinde hat zwei sachverständige Feuerschauer zu bestellen. Die Feuerschau hat jährlich mindestens einmal stattzufinden und erstreckt sich auf alle in der Gemeinde gelegenen Feuerstätten, Autogaragen, Autowerkstätten, Lagerungen feuergefährlicher Stoffe, Kinos.

Jede Gemeinde hat auch einen Kaminfeiger zu bestellen.

In Gemeinden, die von Föhnwinden heimgesucht werden, müssen besondere Wind- und Feuerwachen gehalten werden.

Sache der Gemeinden ist sodann die Organisierung und Instruktion von Feuerwehren, zu denen jeder männliche Einwohner beigezogen werden kann (sofern er im Alter von 17 bis 60 Jahren steht). Das Material und die Ausrüstung sind auf Kosten der Gemeinden anzuschaffen. Ebenso haben diese für genügend „Wasserbezugsorte“ zu sorgen. Grössere industrielle Unternehmungen können vom Gemeinderat verpflichtet werden, auf eigene Kosten eine besondere Feuerwehr zu organisieren,

deren Mannschaften unter dem Befehl der Gemeinde-Feuerwehrkommandanten stehen. In Art. 56 wird die Möglichkeit vorgesehen, von Personen, die absichtlich einen Brandausbruch herbeigeführt haben, die Kosten der Brandbekämpfung einzufordern. Von der Pflicht zur Leistung des aktiven Feuerwehrdienstes sind verschiedene höhere Beamte, die Geistlichen, die Ärzte und eigenartigerweise auch die „Studierenden an den höheren Lehranstalten“ befreit; dafür werden sie allerdings zur Ersatzsteuer beigezogen werden können, die alle nicht zum Aktivdienst Eingeteilten zu entrichten haben. Der Steuertarif wird von den Gemeinden festgesetzt.

Für jeden Pferde- und Automobilbesitzer wird die gesetzliche Pflicht statuiert, auf Verlangen Pferde und Wagen samt Führer im Übungs- und Brandfalle zur Verfügung zu stellen (Art. 60).

Die Art. 62 bis 64 enthalten die Strafbestimmungen (Bussenkompetenz des Gemeinderates bis Fr. 150.—). A. C.

721. Thurgau. *VO über die Erstellung und Kontrolle der Blitzschutzanlagen im Kanton Thurgau.* RR 17. Dezember. ABl Nr. 51; GS 17 S. 822.

722. Genève. *A modifiant l'art. 7 du règlement d'application du 11 juillet 1930 de la loi sur les constructions et les installations diverses du 9 mars 1929.* CE 27 février F. o. No. 54; Recueil p. 46.

Publikation von Baubegehren.

723. Obwalden. *VO über Erstellung und Benützung von Drahtseilanlagen.* KR 25. November. LB VII S. 175.

724. Zürich. *VO über die Beitragsleistungen an die Kosten des Feuerwehrwesens.* RR 4. März. ABl S. 345; GS 35 S. 428.

725. Nidwalden. *Ergänzung der VO über das Feuerlöschwesen und die Hilfeleistung bei schädigenden Naturereignissen vom 5. März 1927.* LR 13. April. ABl Nr. 16.

Aufgabenkreis der von den Gemeinden zu organisierenden Feuerwehren; Büssung von Absenzen.

726. Fribourg. *Règlement concernant le carbure de calcium et l'acétylène.* CE 26 octobre 1934. F. o. 1935 No. 3.

727. Basel-Stadt. *G über die Organisation der Feuerwehr.* GrR 25. April. GS 36 S. 397.

728. Basel-Stadt. *Abänderung des G über die Organisation der Feuerwehr vom 25. April 1935.* GrR 14. November. GS 36 S. 454.

Streichung von § 2 Abs. 2 (Beginn der Feuerwehrpflicht bei Armeeangehörigen).

729. Basel-Stadt. *Löschordnung für den Kanton Basel-Stadt.* RR 24. Dezember. GS 36 S. 462.

730. Schaffhausen. *VO über die Bekämpfung der Selbstentzündung von gedörrtem Futter.* RR 17. Juli. ABl Nr. 29.

731. Genève. *A relatif à l'emploi de l'essence dénommée „essence éthylée“ ou „benzine éthylée“.* CE 19 juin. F. o. No. 146. Recueil p. 111.

Strassenbau. Strassenverkehr.

732. Zürich. *Abänderung der VO über die Strassen-signalisation vom 26. Januar 1933.* RR 24. Oktober. ABl S. 1028; GS 35 S. 542.

Die Änderung betrifft die Zuständigkeit zum Erlass von Verkehrsbeschränkungen.

733. Uri. *VO betreffend Benützung von Kantons-strassengebiet.* LR 30. November. ABl Nr. 51.

Vorschriften betreffend Plakate, Reklameaufschriften und Ladeneinrichtungen (Storen etc.) auf den Strassen.

734. Schwyz. *RRB über die Aufnahme des Strassen-stückes im Bergli, Gemeinde Muotathal, ins Verzeichnis der beitragsberechtigten Bezirks- und Gemeindestrassen.* 15. Februar. GS 11 S. 287.

735. Schwyz. *RRB über die Aufnahme der Gemeinde-strassen von Altendorf ins Verzeichnis der beitragsberechtigten Bezirks- und Gemeindestrassen.* 15. Februar. GS 11 S. 288.

736. Schwyz. *RRB über die Aufnahme der Gemeinde-strassen von Lachen ins Verzeichnis der beitragsberechtigten Bezirks- und Gemeindestrassen.* 21. September. ABl Nr. 41; GS 11 S. 303.

737. Schwyz. *RRB über die Aufnahme der Gemeinde-strassen von Arth ins Verzeichnis der beitragsberechtigten Bezirks- und Gemeindestrassen.* 14. Dezember. ABl Nr. 52; GS 11 S. 324.

738. Obwalden. *Strassenverordnung.* KR 14. September. LB VII S. 159.

Organisation des Strassenwesens, Bau- und Unterhalts-vorschriften, Reinigung und Unterhalt, Strassenpolizei, Verkehrs-zeichen, Reklamen.

739. Basel-Stadt. *Kanalisationsgesetz für die Stadt Basel.* GI R 6. Juni. GS 36 S. 409.

740. Basel-Stadt. *Abänderung der VO über den Strassen-verkehr vom 17. September 1929.* RR 15. Oktober. GS 36 S. 444.

Ausdehnung der bisher nur für öffentliche Umzüge gelten-den Bewilligungspflicht auf alle sonstigen Veranstaltungen auf der Allmend (Versammlungen usw.).

741. Basel-Stadt. Änderung der VO vom 8. März 1921 zum G über Anlegung und Korrektion von Strassen. RR 3. Dezember. GS 36 S. 457.

Provisorische Anlegung von Strassen in den Landgemeinden.

742. Baselland. RRB über die Verkehrszeichen und Verkehrsbeschränkungen und über das Anbringen von Reklamen an Kantons- und Gemeindestrassen. 15. Februar. ABl Nr. 8.

743. Schaffhausen. VO betreffend Beiträge an die Gemeinden für den Ausbau innerorts gelegener Strassen. RR 17. Juli. ABl Nr. 29.

744. St. Gallen. GrRB betreffend den weitern Ausbau des Strassennetzes. 25. Januar. GS 15 Nr. 96.

Durchführung des „II. Ausbauprogrammes“ mittels der Erträgnisse der Auto- und Fahrradgebühren und dem Benzin-zollanteil der Jahre 1935—1942.

745. Aargau. D betreffend Instandstellung von Strassen für den Automobilverkehr. RR 9. Juli. GS 15 Nr. 9.

746. Genève. A ajoutant un article 3bis au règlement sur la propriété et la salubrité publiques. CE 5 janvier. F. o. No. 9; Recueil p. 1.

Verbot der Verteilung von Prospekten etc. auf der Allmend.

747. Genève. A abrogeant les art. 1 à 41 et 47 à 108 du règlement d'application du 14 mars 1899 de la loi générale sur les routes, la voirie, etc., du 15 juin 1895. CE 13 dé-cembre. F. o. No. 305; Recueil p. 194.

Aufhebung obsoleter Bestimmungen.

Gewässer. Badordnungen.

748. Uri. D über das Badewesen. RR 20. Juli. ABl Nr. 30.

749. Schwyz. RRB betreffend das Badewesen. 8. Juni. ABl Nr. 24; GS 11 S. 295.

750. Zug. RRB betreffend das Baden in öffentlichen Gewässern. 26. Juni. ABl Nr. 26.

751. Wallis. B betreffend Badende und Schiffahrer. StR 18. Juli. ABl Nr. 30.

Vorschriften zur Verhütung von Unfällen.

752. Genève. Règlement relatif aux emplacements de louage de bateaux. CE 30 avril. F. o. No. 112; Recueil p. 77.

753. Genève. *A modifiant l'article 3 du règlement spécial pour le port de Genève du 21 novembre 1924.* CE 28 mai. F. o. No. 129; Recueil p. 97.

Nur Ausfahrt durch den „goléron“ erlaubt.

Brandversicherung. Elementarschäden.

754. Zürich. *VO über die Gebäudeversicherung.* RR 31. Januar. ABl S. 97; GS 35 S. 408.

755. Bern. *Abänderung der VO vom 20. April 1928 betreffend die Beiträge aus dem Naturschadenfonds.* RR 14. Juni. ABl Nr. 50; GS 35 S. 39.

Selbstbehalt von 10 %.

756. Glarus. *Änderung des G über die Versicherung der Gebäude gegen Feuerschaden.* Landsgemeinde 28. April. LB Heft 12 S. 491.

Die Änderung betrifft das Schätzungsverfahren und die Ansprüche von Eigentümer und Pfandgläubiger bei grobfahrlässiger oder absichtlicher Brandstiftung.

757. Fribourg. *Règlement sur l'octroi d'indemnités du Fonds de secours pour dommages causés aux bâtiments par les éléments naturels.* CE 18 décembre 1934. F. o. 1935 No. 2; B. o. p. 5.

758. Fribourg. *Règlement concernant le payement des indemnités pour incendies de bâtiments.* CE 22 novembre. F. o. No. 50; B. o. p. 60.

759. Solothurn. *Abänderung der VO betreffend Einbezug von Elementarschäden an Gebäuden in die kantonale Gebäude-Brandversicherung vom 27. Mai 1930.* KR 27. Februar. ABl Nr. 9.

Selbstbehalt von 20 % bei den in Ziff. 1 der VO erwähnten Naturereignissen.

760. Appenzell A.-Rh. *G über die Gebäudeversicherung.* KR 21. März. ABl Nr. 13. Landsgemeinde 28. April. ABl Nr. 18. (Art. 35 vom BR genehmigt am 4. Juli.) GS IV Nr. 20.

761. Vaud. *A réduisant ou majorant les primes d'assurance contre l'incendie et autres dommages, à percevoir pour 1935.* CE 17 mai. F. o. No. 41.

762. Vaud. *D accordant au Conseil d'Etat un crédit de 100,000 francs permettant de verser, aux sinistrés de la plaine vaudoise du Rhône, un subside pour les dégâts causés aux cultures par les inondations.* GrC 2 septembre. F. o. No. 73; Recueil 132 p. 142.

Beamtenfürsorge.

763. Bern. *D betreffend die Erhöhung des Staatsbeitrages an die Lehrerversicherungskasse.* GrR 11. September. ABl Nr. 76; GS 35 S. 102.

764. Glarus. *Änderung des § 8 der Statuten der Lehrerversicherungskasse.* RRB 11. Juli. LB Heft 13 S. 543.

Die Änderung betrifft die Prämienrückvergütung bei Besoldungsherabsetzung oder bei Austritt.

765. Glarus. *VVO betreffend Versicherung der Landesbeamten des Kantons Glarus.* LR 27. Dezember. LB Heft 13 S. 535.

Umwandlung des Beamtenunterstützungsfonds in eine Versicherungskasse. Regelung der Mitgliedschaft, der Beiträge, der Leistungen und der Verwaltung.

766. Zug. *VO über die Lehrer-Pensions- und Krankenkasse des Kantons Zug.* RR 11. Mai. GS 13 Nr. 50.

767. Fribourg. *D relatif à l'assainissement de la Caisse de retraite et d'invalidité de la gendarmerie.* GrC 14 mai. F. o. No. 21; B. o. p. 23.

Festsetzung des jährlichen Staatsbeitrages auf 29,000 Fr.

768. St. Gallen. *Nachtrag zu den Statuten der Versicherungskasse für die Volksschullehrer.* RR 12. Juli. GS 15 Nr. 108.

Leistungen der Kasse bei Invalidität infolge groben Selbstverschuldens.

769. Ticino. *D leg. regolante la posizione delle maestre che si sposano nei confronti della Cassa pensioni docenti.* GrC 4 novembre. B. o. No. 23.

Bei ihrer Verheiratung erhält die Versicherte eine Entschädigung in Höhe der von ihr oder für sie geleisteten Beiträge.

770. Vaud. *Loi complétant celle du 15 février 1922, sur les pensions de retraite du corps enseignant et du corps pastoral vaudois.* GrC 23 décembre. F. o. No. 104; Recueil 132 p. 232.

Abbau von 10 % für das Jahr 1936.

771. Neuchâtel. *Loi portant révision de la loi sur le Fonds scolaire de prévoyance en faveur du personnel de l'enseignement primaire.* GrC 9 février. F. o. No. 12; Recueil 6 No. 9.

Unvereinbarkeit des Bezugs einer Witwenrente mit der Ausübung eines Amtes, das zum Beitritt zu einem „fonds scolaire“ verpflichtet.

772. Neuchâtel. *Loi portant révision de la loi sur le Fonds scolaire de prévoyance et de retraite en faveur du personnel de l'enseignement secondaire, professionnel et supérieur.* GrC 9 février. F. o. No. 12; Recueil 6 No. 10.
Entsprechende Änderung wie bei Nr. 771.

Krankenversicherung.

773. Appenzell A.-Rh. *Abänderung der VO zum G betreffend die Krankenversicherung.* KR 31. Mai. Vom BR genehmigt am 13. Juni. GS IV Nr. 23.

Änderungen betreffend Selbstbehalt, Leistungen der Kassen und der Wohngemeinden.

774. Vaud. *Loi modifiant l'art. 14 de la loi du 17 mai 1915 concernant l'application, dans le canton de Vaud, de la loi fédérale du 13 juin 1911 sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents.* GrC 18 novembre. Approuvé par le Conseil fédéral le 17 décembre. F. o. No. 103; Recueil 132 p. 174.

Einige kantonale Instanz für Feststellungen gemäss Art. 120 des BG ist ein Ausschuss des Kantonsgerichtes.

775. Genève. *Loi abrogeant la loi du 27 mai 1903, accordant le concours de l'Etat aux sociétés de secours mutuels et la remplaçant par de nouvelles dispositions.* GrC 13 avril. F. o. No. 120; Recueil p. 70.

Den anerkannten Krankenkassen wird ein jährlicher Staatsbeitrag gewährt, der je nach den Leistungen der Kassen 1 bis 5 Franken pro Mitglied beträgt.

776. Genève. *A relatif au contrôle de l'obligation de l'assurance sociale en cas de maladie.* CE 6 novembre. F. o. No. 267; Recueil p. 168.

Kontrolle der Erfüllung der Versicherungspflicht bei Schulkindern.

Alters- und Hinterlassenenfürsorge.

Armenwesen. Anormale. Bedürftige Kranke.

777. Fribourg. *A abrogeant partiellement l'A du 26 octobre 1934 concernant la répartition des secours fédéraux aux vieillards, veuves et orphelins.* CE 19 novembre. F. o. No. 48; B. o. p. 58.

Für die Verteilung wird wieder auf die früher erlassenen Grundsätze, die vor dem 26. Oktober 1934 galten, zurückgegriffen.

778. Solothurn. *VO betreffend die Staatliche Alters-, Witwen- und Waisenfürsorge des Kantons Solothurn vom 14. November 1934.* (Berichtigter Text.) Publiziert in ABl 1935 Nr. 1.

779. Basel-Stadt. *Abänderung der VVO vom 6. Dezember 1932 zum G betreffend Staatliche Alters- und Hinterlassenenversicherung.* RR 1. November. GS 36 S. 447.

Änderung der Bedingungen für den Staatszuschuss an die Prämien.

780. Schaffhausen. *Kantonale Altersfürsorge.* GrRB 21. Oktober. ABl Nr. 44.

Beisteuerung des halben staatlichen Anteiles am Rein-gewinn der Kantonalbank sowie von höchstens 15,000 Fr. des jährlichen Zinsertrages, der vom Fonds für die Alters- und Hinterlassenenversicherung erzielt wird, an die Unterstützungsaktion für Greise, Witwen und Waisen (Bundesaltersfürsorge); diese Regelung hat nur provisorischen Charakter und gilt nur bis zur Neuregelung der Bundesaltersfürsorge. Im Einzelfall darf aus kantonalen Mitteln höchstens 50 % geleistet werden.

781. Schaffhausen. *Abänderung des D vom 30. September 1929 betreffend Bildung und Aufnung von Wohlfahrtsfonds.* GrR 21. Oktober. ABl Nr. 44.

Entsprechend dem Grossratsbeschluss vom gleichen Tage über die kantonale Altersfürsorge wird § 3 dahin geändert, dass an die Bundesaltersfürsorge vom Zinsertrag jährlich maximal 15,000 Fr. zu überweisen seien.

782. Neuchâtel. *D concernant l'utilisation des revenus du Fonds d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité et du Fonds cantonal des vieillards du sexe féminin.* GrC 18 novembre. F. o. No. 93; Recueil 6 No. 42.

Die Nettoeinnahmen werden dem Fonds de réserve et de secours zugewiesen. Ausgenommen sind Geschenke und Legate.

783. Neuchâtel. *A concernant la création d'un Fonds spécial destiné à secourir les vieillards, les veuves et les orphelins nécessiteux.* CE 11 décembre 1934. Approuvé par le Conseil fédéral le 4 janvier 1935. F. o. 1935 No. 1.

Vorschriften über die Verwendung der Bundessubvention.

784. Genève. *Loi autorisant la commission administrative de l'Asile des vieillards du Petit-Saconnex à remplacer le titre de cet établissement par celui de „Maison de retraite du Petit-Saconnex“.* GrC 13 avril. F. o. No. 92; Recueil p. 68.

785. Zürich. *Abänderung der VO zum G über die Armenfürsorge.* RR 1. April. ABl S. 607; GS 35 S. 444.

Die Änderung betrifft die Berechnung der Staatsbeiträge an die Gemeinden.

786. Zürich. *RRB über Staatsbeiträge an Armenanstalten der Gemeinden.* 18. April. ABl S. 590; GS 35 S. 446.

Herabsetzung der Beiträge um 10 %.

787. Luzern. *Armengesetz.* GrR 1. Oktober. ABl Nr. 40. Volksabstimmung 22. Dezember. ABl Nr. 52.

Das System, das dem neuen Armengesetz zugrunde liegt, ist eine Mischung von staatlicher, wohnörtlicher und heimatlicher Armenfürsorge.

Als vorherrschend ist das Wohnsitzprinzip zu bezeichnen. Es beschränkt sich aber auf luzernische Bürger. Bürger anderer Kantone und Ausländer fallen immer der Fürsorge des Staates anheim, soweit überhaupt eine Unterstützungspflicht im Kanton Luzern besteht.

Die Ortsbürgergemeinde des Wohnsitzes unterstützt die Ortsbürger, die in der Gemeinde wohnen, ferner die Bürger anderer luzernischer Gemeinden, die seit mindestens sechs Monaten Niederlassung in der Gemeinde haben und in dieser Zeit nicht Unterstützungsbedürftig gewesen sind. Die Unterstützungspflicht der Wohnsitzgemeinde tritt aber auch dann nicht sofort ein, wenn die Zugewanderten in den sechs Monaten vor ihrer Niederlassung haben unterstützt werden müssen. Jedoch tritt auch in diesem Falle später die Unterstützungspflicht der Wohnsitzgemeinde ein, sobald während eines ganzen Jahres keine Unterstützung hat beansprucht werden müssen, sowie (ohne Rücksicht auf eine allfällige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln) nach einer Niederlassungsdauer von fünf Jahren. Nach fünf Jahren geht somit immer die Unterstützungspflicht der heimatlichen Gemeinde unter und wird durch die der Wohnsitzgemeinde ersetzt.

Der Staat hat namentlich Verpflichtungen übernommen für diejenigen luzernischen Bürger, die in andern Kantonen wohnen und dort unterstützt werden müssen. Kehren unterstützungsberechtigte Kantonsbürger zurück, so bleibt der Staat Luzern noch für zwei Jahre unterstützungspflichtig.

Dem Kanton stehen für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Armengesetze der ihm dafür zuzuweisende Teil des Reinertrages der Kantonalbank, der Ertrag der Einbürgerungsgebühren sowie der staatlichen Armensteuer zur Verfügung.

Die Gemeinden haben das Recht, ebenfalls eine Armensteuer zu erheben, wenn ihre sonstigen Einkünfte nicht genügen, um die Armenlasten zu tragen.

Als Staatssache ist sodann im Gesetz erklärt die Einrichtung oder Unterstützung von Anstalten für die Versorgung und Erziehung verwahrloster Jugendlicher (§ 16) sowie die Bestellung und Honorierung der Armenärzte, eine Beamtung, die jeder patentierte Arzt übernehmen muss, wenn die Wahl auf ihn fällt (§ 14).

Im Gesetz sind ferner Beiträge des Staates an die Armenkosten der Gemeinden vorgesehen.

Durch § 28 wird sodann bei der Versorgung der Armen „Kehrgängerei“ oder „Mindersteigerung“ verboten — wohl aus

der Beobachtung heraus, dass versucht worden ist, durch solche Mittel die Armenausgaben möglichst niedrig zu halten (wobei dann die Armen die kärglichste Behandlung zu gewärtigen hatten).

In den §§ 45 bis 51 ist die Refundation geregelt. Die Lösung, die für Minderjährige gefunden worden ist, darf als vorbildlich bezeichnet werden. Für die bis zum erfüllten 16. Altersjahr empfangene Unterstützung kann Rückerstattung nur aus allfällig ihnen zugefallenen Erbschaften und aus ihrem eigenen Nachlass gefordert werden und das letztere auch nur dann, wenn sie keine direkten Nachkommen hinterlassen.

Schliesslich ist hinzuweisen auf die Strafbestimmungen (§§ 63 bis 67), welche insbesondere Liederliche und Arbeitsscheue zu fassen versuchen. Ein eigenartiges „Amtsdelikt“ bildet der Tatbestand von § 63. Darnach werden mit Geldbussen bis zu 1000 Fr. bestraft Mitglieder von Gemeinderäten oder andern Armenbehörden, die widerrechtlich arme Angehörige einer andern Gemeinde oder dem Staat zuschieben oder zuzuschreiben versuchen.

A. C.

788. Luzern. VVO zum *Armengesetz*. RR 26. Dezember. ABl Nr. 52.

789. Uri. VO betreffend *Fürsorge für anormale, bildungsfähige Schulkinder bedürftiger Eltern*. LR 10. Oktober. ABl Nr. 45.

Beiträge von Kanton und Gemeinden an die Kosten der Ausbildung in Anstalten.

790. Baselland. *Revision der Instruktion betreffend die Geschäftsführung der Armenpflegen vom 22. August 1930*. RR 22. Januar. ABl Nr. 4.

Ergänzungen betreffend Kranken- und Wöchnerinnenfürsorge.

791. Schaffhausen. VVO zum *Fürsorgegesetz vom 2. Oktober 1933*. RR 11. Januar. ABl Nr. 3; GS 15 S. 461.

792. Schaffhausen. VO zum *interkantonalen Konkordat betreffend wohnörtliche Unterstützung vom 15. Juni 1923*. RR 26. Juni. ABl Nr. 26.

Die Kosten aus der Erfüllung der Verpflichtungen gemäss Konkordat werden zu zwei Dritteln von der Wohnortsgemeinde und zu einem Drittel vom Staat getragen.

793. Aargau. VO über die *Aargauer Badanstalten für unbemittelte Kranke*. RR 15. Februar. GS 15 Nr. 2.

794. Thurgau. *Abänderung der VO betreffend die Verabfolgung von Staatsbeiträgen an die Armenauslagen der Kirch- und Ortsgemeinden vom 17. Januar 1908*. RR 19. Oktober. ABl Nr. 49; GS 17 S. 821.

Neufestsetzung des Staatsbeitrages.

VII. Rechtsorganisation.

Behörden. Ämter. Anstalten.

795. Zürich. *Reglement für die kantonale Krisenabgabekommission.* RR 28. Februar. Vom eidg. Finanzdepartement genehmigt am 6. März. ABl S. 281; GS 35 S. 423.

796. Zürich. *KRB über die Einstellung des Betriebes der Erziehungsanstalt Ringwil und ihre versuchsweise Verwendung als Arbeiterkolonie der kantonalen Strafanstalt, sowie über den Ausbau der Arbeitserziehungsanstalt Uitikon a. A.* 14. Oktober. ABl S. 1013; GS 35 S. 531.

797. Zürich. *Reglement über Benützung von Garagen und Unterständen in staatlichen Liegenschaften.* RR 27. Dezember 1934. ABl 1935 S. 30; GS 35 S. 394.

798. Bern. *VO über die Bureaukosten der Bezirksverwaltung.* RR 12. März. ABl Nr. 23; GS 35 S. 17.

Die Justizdirektion überweist halbjährlich die Mittel zur Bestreitung der „zwangsläufigen Bureaukosten“ den Bureaux der Bezirksverwaltung; deren Abteilungen haben je im Januar der Justizdirektion eine Abrechnung einzusenden.

799. Bern. *VO betreffend die Vereinfachung der Staatsverwaltung.* RR 20. September. ABl Nr. 77; GS 35 S. 107. Personaleinschränkungen.

800. Luzern. *Reglement über die Anstellung des Hilfspersonals auf den Grundbuchämtern.* RR 11. Februar. ABl Nr. 7.

801. Obwalden. *RRB betreffend das kantonale Feuerwehrinspektorat.* 1. Mai. LB VII S. 139.

Schaffung des Amtes eines Feuerwehrinspektors.

802. Glarus. *Änderung des G über die kantonalen Schatzungskommissionen und deren Verrichtungen.* Landsgemeinde 28. April. LB Heft 12 S. 476.

Geringfügige Fälle können von weniger als drei Kommissionsmitgliedern erledigt werden.

803. Zug. *Abänderung des G betreffend das Kantonspolizeikorps Zug vom 30. Juli 1925.* KR 3. Oktober. GS 13 Nr. 60.

Die Änderung betrifft namentlich die Zusammensetzung des Korps und den vom Kanton an die Besoldung der Ortspolizisten zu leistenden Beitrag.

804. Fribourg. *Règlement pour les concours et adjudications des travaux et fournitures de l'Etat.* CE 5 mars. F. o. No. 14; B. o. p. 14.

Wichtig daraus ist die Bestimmung, dass allzu billige Angebote nicht berücksichtigt werden dürfen.

805. Basel-Stadt. *VO betreffend die Film-Kammer Basel-Stadt.* RR 23. Juli. GS 36 S. 431.

Errichtung einer dem Erziehungsdepartement unterstehenden Filmkammer, bestehend aus: Lehrfilmstelle, Lehrfilmkommission, Zensurkommission für Jugendvorführungen und Naturfilmkommission. Diese vorläufig für zwei Jahre geschaffene Institution dient der Förderung des Filmwesens, insbesondere der Lehrfilmbestrebungen. Sch.

806. St. Gallen. *Abänderung des G über den kantonalen Finanzhaushalt und das Finanzreferendum.* GrR 22. Januar. ABl Nr. 4, 9; GS 15 Nr. 100.

Die Frist zur Tilgung der auf Konto „Zu tilgende Verwendungen“ übertragenen Kriegswirtschaftsschuld wird um weitere zehn Jahre, d. h. bis 1970 erstreckt.

807. St. Gallen. *IV. Nachtragsgesetz zum G vom 26. Juni 1916 über die Verwaltung grösserer Gemeinden und Bezirke, sowie über die Stadtvereinigung St. Gallen.* GrR 25. November. ABl Nr. 48; GS 15 Nr. 115.

Ermächtigung des RR, einen von den Vorschriften des Art. 60 des Stadtvereinigungsgesetzes betreffend Tilgung der „alten Gemeindeschuld“ abweichenden Tilgungsplan zu genehmigen. Den Grund zu dieser Ermächtigung bildet die seit mehreren Jahren bestehende Unmöglichkeit, die gesetzlich vorgeschriebenen Amortisationen einzuhalten.

808. Vaud. *A concernant le personnel du secrétariat pour la protection des mineurs au Département de justice et police.* CE 27 décembre 1934. F. o. 1935 No. 1; Recueil 131 p. 194.

809. Wallis. *B betreffend Abänderung des Art. 37, Abs. 1 der VO vom 13. Dezember 1913 über die Führung der Bücher, die Aufsicht und die Gebühren der Waisenämter.* StR 18. Januar. ABl Nr. 4.

Inspektion der Bücher und Archive der Waisenämter durch den Bezirksberichtsteller.

810. Wallis. *D betreffend Ausdehnung auf das Jahr 1935 der Bestimmungen des D vom 7. Februar 1934 betreffend vorübergehende Massnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts des Kostenvoranschlages.* GrR 2. März. ABl Nr. 24.

811. Valais. *Règlement concernant l'engagement des fonctionnaires et employés de l'Etat du Valais.* CE 2 mars. F. o. No. 45.

Ersetzt das Reglement vom 4. Mai 1920. Neuordnung des Besoldungswesens. Unter den Vorschriften betreffend Anstellung interessiert besonders die Bestimmung, wonach nicht nur Ehegatten, sondern auch in gemeinsamem Haushalt lebende Eltern und Kinder nicht gleichzeitig im Staatsdienst stehen sollen.

812. Neuchâtel. *A concernant l'exécution des dispositions légales relatives à la réduction du nombre des préfectorates.* CE 13 septembre. F. o. No. 74; Recueil 6 No. 27.

Ausführungsbestimmungen zum Finanzgesetz vom 9. Februar.

813. Neuchâtel. *A concernant la création d'un „Service des droits de mutation et du timbre“.* CE 13 septembre. F. o. No. 74; Recueil 6 No. 28.

Schaffung einer Abteilung des Finanzdepartementes zur Erhebung der Schenkungs-, Erbschafts- und Stempelsteuern.

814. Neuchâtel. *Loi portant modification de diverses dispositions de la loi sur les communes, de la loi réglant les rapports de l'Etat avec les cultes, de la loi concernant les magistrats et les fonctionnaires de l'Etat et de la loi sur l'exercice des droits politiques.* GiC 18 novembre. F. o. No. 93, 1936 No. 5; Recueil 6 No. 40.

Erhöhung der Amtsdauer der kantonalen, kirchlichen und Gemeindebehörden von drei auf vier Jahre.

815. Neuchâtel. *Règlement pour le laboratoire cantonal de bactériologie.* CE 30 décembre. Recueil 6 No. 49.

816. Genève. *A fixant la durée des vacances du personnel surnuméraire de l'administration cantonale.* CE 26 juin. Recueil p. 112.

817. Genève. *A abrogeant et remplaçant par des dispositions nouvelles le règlement du 10 janvier 1934, chargeant les Départements des travaux publics et de l'hygiène de l'application des articles 7, 8, 9 et 11 de la loi du 23 février 1929 destinée à assurer la construction de logements salubres et économiques.* CE 26 juin. F. o. No. 155; Recueil p. 113.

818. Genève. *Règlement sur le régime intérieur de la prison de Saint-Antoine.* Approuvé par le CE le 13 décembre. Recueil p. 199.

819. Genève. *Loi autorisant le CE à faire percevoir les contributions publiques et à pourvoir aux dépenses courantes en attendant le vote du budget de 1936.* GiC 18 décembre. F. o. No. 302; Recueil p. 211.

820. Genève. *Loi autorisant le CE à continuer à suspendre, dès le 1er janvier 1936, les versements de l'Etat pour l'amortissement du déficit technique de la C.I.A. et de suspendre également les versements de l'Etat pour l'amortissement du déficit technique de la Caisse de retraite de la police.* GiC 18 décembre. F. o. No. 302, 1936 No. 27; Recueil p. 213.

Kantonalbanken.

821. Vaud. *Règlement pour l'administration de la Caisse d'Epargne Cantonale Vaudoise.* A du CE 30 septembre. F. o. No. 80; Recueil 132 p. 155.

822. Neuchâtel. *D concernant l'assainissement financier et la réorganisation de la banque cantonale neuchâteloise.* GrC 16 septembre. F. o. No. 74; Recueil 6 No. 33.

U. a. Generalvollmacht an den StR bis zum Erlass eines neuen Kantonalbankgesetzes. (Der StR darf sogar Abweichungen vom Gesetz vom 22. April 1921 beschliessen!)

Gerichtsorganisation.

823. Zürich. *KRB über die Berufsgruppeneinteilung des Gewerbegerichtes der Stadt Zürich und die Zahl der zu wählenden Gewerberichter.* 15. Juli. ABl S. 819; GS 35 S. 510.

Einteilung in acht Gruppen.

824. Zürich. *KRB über die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Obergerichtes von 23 auf 24.* 16. September. ABl S. 953; GS 35 S. 517.

825. Zürich. *VO über die Organisation des Obergerichtes.* Obergericht 6. Juli, vom KR genehmigt 16. September. ABl S. 978; GS 35 S. 517.

826. Luzern. *B betreffend die Neuumschreibung des Gewerbegerichtskreises.* RR 15. März. ABl Nr. 12.

Angliederung der Gemeinde Willisau-Land.

827. Solothurn. *Bezeichnung des Obergerichts als Nachlassbehörde für das Pfandnachlassverfahren sowie für den Entscheid über Nachlass oder Stundung von Pachtzinsen für die Hotel- und die Stickereiindustrie.* RRB 9. Juli. ABl Nr. 28.

828. Basel-Stadt. *G zur Einführung des BB über Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung vom 21. Dezember 1934.* G₁R 17. Januar. GS 36 S. 377.

Zuständigkeit des Strafgerichts zur Verhängung der im BB vorgesehenen Strafen.

829. Vaud. *D revisant l'article 74 de la Constitution du 1er mars 1885.* G₁C 21 mai. F. o. No. 44. Volksabstimmung 13./14. Juli. F. o. No. 59; Recueil 132 p. 134.

Erhöhung der Richterzahl des Kantonsgerichts auf 11.

830. Vaud. *Loi modifiant et complétant la loi du 15 mai 1911 sur l'organisation judiciaire.* G₁C 18 novembre. F. o. No. 98; Recueil 132 p. 175.

Wahl des Gerichtsschreibers und des übrigen Personals der Distriktsgerichte von Lausanne und Vevey; Wahl eines zweiten Präsidenten in Distrikten von mehr als 50,000 Einwohnern; Zuständigkeit der Polizeigerichte etc.

831. Vaud. *A modifiant l'article premier lettre a de l'A du 31 décembre 1920 concernant le personnel du greffe du Tribunal cantonal, le juge d'instruction cantonal et son greffier, et abrogeant l'A du 19 décembre 1931 modifiant cette même disposition.* CE 13 décembre. F. o. No. 101; Recueil 132 p. 226.

Dem Gerichtsschreiber sind ausser dem Substituten 3 bis 4 Sekretäre beigegeben.

832. Neuchâtel. *Loi portant révision partielle de la loi sur l'organisation judiciaire.* GrC 16 september. F. o. No. 74; Recueil 6 No. 32.

Die Bezirksgerichtspräsidenten haben einander so oft als nötig zu vertreten. Der Staatsrat bestimmt den Wohnsitz der Beamten, die mehrere Funktionen ausüben, und kann die Bezirksgerichtsschreibereien zusammenlegen oder an andere Behörden anschliessen.

833. Neuchâtel. *A portant réunion des greffes de tribunaux du district de La Chaux-de-Fonds.* CE 15 octobre. Recueil 6 No. 35.

834. Neuchâtel. *A portant réunion des greffes de tribunaux du district de Neuchâtel.* CE 24 décembre. F. o. No. 103. Recueil 6 No. 44.

835. Genève. *Loi modifiant l'art. 13 de la loi organique sur les Conseils de Prud'hommes du 12 mai 1897.* GrC 19 octobre. F. o. No. 249, 279; Recueil p. 160.

Wahlzeit: 15 bis 22 Uhr.

Wahl der eidg. Geschworenen.

836. Luzern. *D betreffend die Wahl der eidgenössischen Geschworenen.* GrR 15. Juli. GS 11 S. 533.

837. Schwyz. *Wahl der eidgenössischen Geschworenen.* KRB 29. Januar. GS 11 S. 280.

838. Obwalden. *Ausführungsvorschriften betreffend die Wahl der eidgenössischen Geschworenen.* RR 20. März. LB VII S. 135.

Der ganze Kanton bildet einen einzigen Wahlkreis. System der stillen Wahl.

839. Glarus. *Wahl der eidgenössischen Geschworenen.* RRB 6. September. LB Heft 12 S. 534.

Einteilung in elf Wahlkreise.

840. Zug. *VO betreffend die Wahl der eidgenössischen Geschworenen im Kanton Zug.* RR 12. September. GS 13 Nr. 54.

Fribourg. Siehe Nr. 297.

841. Solothurn. *VO betreffend Ausführung der Art. 4 und 5 des BG vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege (Wahl der eidgenössischen Geschworenen).* RR 23. August. ABl Nr. 35.

842. Appenzell I.-Rh. *Vollzug des BG über die Bundesstrafrechtspflege.* Standeskommision 28. Januar. Separat erschienen.

843. Ticino. *Legge sulla elezione dei Giurati federali.* GrC 4 novembre. B. o. No. 24.

844. Genève. *Loi modifiant les articles 87, 91 et 92 de la loi sur les votations et élections du 3 mars 1906, collationnée suivant A du CE du 20 avril 1907 et introduisant un nouvel article 91bis.* GrC 21 september. F. o. No. 225, 255; Recueil p. 150.

Einführung der stillen Wahl der eidg. Geschworenen.

Kantonale Vollziehungsvorschriften zum Bundesgesetz über die Banken.

(Kant. Stundungs-, Nachlass- und Konkursgericht.)

845. Zürich. *RRB über die Bezeichnung einer einzigen kantonalen Instanz für die Bankenstundung usw. im Sinne des BG über die Banken und Sparkassen.* 16. Mai. ABl S. 671; GS 35 S. 500.

Zuständig ist der Präsident des Handelsgerichts oder ein von diesem zu bestimmendes Mitglied des Obergerichts.

846. Bern. *VO betreffend Ausführung des BG über die Banken und Sparkassen.* RR 22. März. ABl Nr. 26; GS 35 S. 19.

Stundungs- und Konkursgericht ist die Aufsichtsbehörde in Schuldbetreibungs- und Konkurssachen.

847. Luzern. *Vollziehungsbeschluss zu den Art. 29, 36 und 37 des BG über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934.* RR 4. März. ABl Nr. 10.

Zuständig: Schuldbetreibungs- und Konkurskommission des Obergerichts.

848. Schwyz. *Vollzug des BG über die Banken und Sparkassen.* 11. März. ABl Nr. 11; GS 11 S. 289.

Zuständig: Kantonsgericht.

849. Obwalden. *Vollziehungsbestimmungen zum BG über die Banken und Sparkassen.* RR 20. März. LB VII S. 136.

Konkursgericht: Kantonsgericht. Nachlassbehörde: Obergerichtliche Justizkommission. Das Stundungsgericht besteht aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern und ist vom Obergericht zu ernennen.

850. Fribourg. *A désignant le juge de sursis, de la faillite et de l'autorité de concordat en matière de banque.* CE 26 avril. F. o. No. 19; B. o. p. 20.

Zuständig: Kantonsgericht.

851. Basel-Stadt. *RRB betreffend das Stundungsgericht, das Konkursgericht und die Nachlassbehörde für Banken.* 23. April. GS 36 S. 396.

Zuständig: Appellationsgericht.

852. Aargau. *VVO zum BG vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen.* RR 26. April. GS 15 Nr. 5.

Zuständig: Erste Abteilung des Obergerichts.

853. Ticino. *D esec. di applicazione degli art. 29, 36 e 37 della legge federale 8 novembre 1934 sulle banche e le casse di risparmio.* CSt 2 aprile. B. o. No. 12.

Zuständig: Zivilkammer des Appellationsgerichts.

854. Vaud. *A désignant, à titre provisoire, l'autorité cantonale prévue par les articles 29, 36 et 37 de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne, du 8 novembre 1934.* CE 15 mars. F. o. No. 23; Recueil 132 p. 71. Aufgehoben durch Beschluss vom 17. Juni. F. o. No. 50; Recueil 132 p. 136.

855. Vaud. *Loi d'application, dans le canton de Vaud, de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne, du 8 novembre 1934.* GiC 20 mai. F. o. No. 44; Recueil 132 p. 133

Zuständig: Bezirksgerichtspräsident.

856. Wallis. *Vollziehungsbeschluss zum BG über die Banken und Sparkassen, der die kantonale Instanz bestimmt, die im Stundungs-, im Konkurs- und Nachlassverfahren betreffend Banken und Sparkassen zuständig ist.* StR 20. März. ABl Nr. 12.

Einige kantonale Instanz das Kantonsgericht.

857. Neuchâtel. *Bezeichnung des Kantonsgerichts als Stundungs- und Konkursgericht für Banken und Sparkassen.* CE 12. April. F. o. No. 29; Recueil 6 No. 13.

Schulen. Schulfürsorge. Lehrerbildung.

858. Zürich. *Abänderung der VO über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrerpersonals der kantonalen Mittelschulen vom 10. Januar 1921.* RR 28. Januar. ABl S. 113; GS 35 S. 407.

Die Änderung betrifft die Pflichtstundenzahl.

859. Zürich. *Reglement über die Ausbildung von Abiturienten zürcherischer Mittelschulen zu Primarlehrern (Primarlehreramtskurs).* Erziehungsrat 26. Februar, RR 21. März. ABl S. 351; GS 35 S. 437.

860. Zürich. *Abänderung der VO über das Zahnärztliche Institut der Universität Zürich.* RR 18. April. ABl S. 590; GS 35 S. 447.

Wahl eines Direktors.

861. Zürich. *VO über die Ausführung des § 3 des G über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen vom 2. Februar 1919.* RR 27. Mai. ABl S. 697; GS 35 S. 502.

862. Zürich. *Abänderung der provisorischen Regelung über die Erteilung von Studienunterstützungen an auswärtige Schülerinnen der Töchter- bzw. Mädchenschulen von Zürich und Winterthur.* RR 21. November. ABl S. 1231; GS 35 S. 547.

863. Bern. *Abänderung des Reglementes vom 27. Oktober 1931 über die Patentprüfungen von Handelslehrern.* RR 22. November. ABl Nr. 98; GS 35 S. 146.

Abschaffung der Herbstprüfung. Änderung der §§ 9 und 15 (Studienausweise).

864. Glarus. *Änderung des G betreffend das Schulwesen.* Landsgemeinde 28. April. LB Heft 12 S. 495.

Beginn der Schulpflicht. Staatsbeitrag an Fortbildungsschulen und Berufsschulen.

865. Glarus. *Reglement über die Fortbildungsschulen.* RR 1. August. ABl Nr. 31; LB Heft 13 S. 565.

866. Zug. *Lehrplan der Kantonsschule.* Erziehungsrat 19. Februar. GS 13 Nr. 45.

867. Solothurn. *Abänderung der VO vom 25. Februar 1910 betreffend die allgemeinen Fortbildungsschulen und die Wiederholungskurse fürstellungspflichtige Jünglinge.* RR 18. Oktober. ABl Nr. 43.

Bestimmung der Schulkreise und -orte durch Spezialbeschluss des RR; Bezeichnung der Lehrer durch den RR; Verpflichtung der Gemeindeschulkommissionen zur Einreichung eines Verzeichnisses der Fortbildungsschulpflichtigen an das Erziehungsdepartement.

868. Basel-Stadt. *Ordnung für die Reifeprüfungen an den Maturitätskursen für Berufstätige.* Erziehungsrat 14. Dezember 1934. Vom RR genehmigt am 4. Januar 1935. GS 36 S. 356.

869. Basel-Stadt. *Vereinbarung über die Aufnahme von Schülern und Schülerinnen aus dem Kanton Basel-Landschaft in die baselstädtischen Schulen.* RR Basel-Stadt 8. Juni, RR Baselland 24. Mai. Vom GrR Basel-Stadt genehmigt am 26. September. GS 36 S. 439/40.

Erhöhung der von Baselland zu leistenden Entschädigung auf 100,000 Fr.

870. Basel-Stadt. *Abänderung der VO über die Zeugnisse und die Promotionen und Remotionen für das Mädchen-gymnasium vom 18. Oktober 1932.* RR 12. November. GS 36 S. 449.

Erhöhung der Promotionsfächer für 2. Klassen auf 5 mit entsprechender Abänderung der Bedingungen für Nichtbeförderung und Zurückversetzung.

871. Basel-Stadt. *Abänderung des Reglements für die Prüfung von Kandidaten des Lehramts an mittleren und oberen Schulen vom 14. Februar 1927.* Erziehungsrat 4. November. Vom RR genehmigt am 4. Februar 1936. GS 36 S. 448.

Einführung einer Erfahrungsnote für Unterrichtspraxis während des Seminarjahres. Änderung der Bedingungen für Nichterteilung des Diploms.

872. Baselland. *G über Krediterteilung und Beschaffung weiterer Mittel zur Erfüllung der Vereinbarungen betreffend die Regelung der Aufnahme von Schülern und Schülerinnen aus dem Kanton Baselland in die baselstädtischen Schulen.* LR 22. Januar. ABl Nr. 4. Volksabstimmung vom 24. Februar. ABl Nr. 9, 10.

Ermächtigung des LR zur Bereitstellung der nötigen Mittel und zur Anordnung von Beitragsleistungen durch die Eltern.

873. Baselland. *VO zu obigem G.* LR 13. Februar. ABl Nr. 10.

Schüler, die die baselstädtischen Gymnasien, Fortbildungsklassen der Realschulen, die Handelsschule etc. besuchen, haben an die Erziehungsdirektion des Kantons Basellandschaft ein Schuldgeld zu bezahlen (das im Semester 10 Fr. nicht übersteigt).

874. Baselland. *Reglement über die beruflichen Schulen.* RR 19. März. ABl Nr. 12.

875. Baselland. *Lehrplan für die Primarschulen.* RR 16. April. ABl Nr. 17.

876. Baselland. *Reglement für die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen.* RR 14. Mai. ABl Nr. 20.

877. Schaffhausen. *Disziplinarordnung für die Elementarschulen des Kantons Schaffhausen.* Erziehungsrat 17. Januar. ABl Nr. 4; GS 15 S. 469.

878. Schaffhausen. *Vorschriften über Aufnahme und Entlassung, Zeugnisse und Promotionen der Schüler der Kantonsschule.* Erziehungsrat 21. Februar. ABl Nr. 10.

879. Schaffhausen. *D über die Schaffung eines kantonalen Schulinspektorate.* GrR 29. April. ABl Nr. 19; GS 15 S. 493.

880. Appenzell A.-Rh. *Lehrplan für die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen.* RR 5. Januar. GS IV Nr. 17.

881. Appenzell A.-Rh. *VO über das Schulwesen.* KR 21. März. GS IV Nr. 19.

882. Appenzell A.-Rh. *Lehrplan der Handelsabteilung der Kantonsschule in Trogen.* Landesschulkommission 22. Oktober. Vom RR genehmigt am 11. November. GS IV Nr. 27.

883. Appenzell A.-Rh. *Reglement für die hauswirtschaftlichen Schulen.* RR 4. November. GS IV Nr. 26.

884. Appenzell A.-Rh. *Reglement über Organisation und Unterricht an den Fortbildungsschulen.* RR 11. November. GS IV Nr. 28.

885. Appenzell A.-Rh. *Instruktion zur Führung der Absenzen-Tabellen und Ahndung der Schulabsenzen.* Landeschulkommission 14. November. GS IV Nr. 29.

886. Appenzell A.-Rh. *Regulativ über die Prüfung der Stipendiaten für das Lehramt, sowie der Lehrer und Arbeitslehrerinnen.* Vom RR genehmigt am 25. November. GS IV Nr. 30.

887. Appenzell A.-Rh. *Reglement über die staatliche Unterstützung der Fortbildungsschulen.* KR 28. November. GS IV Nr. 31.

888. St. Gallen. *Nachtrag zur VO über die Verwendung der Staatsbeiträge für Schulhausbauten, Schulmobilier und Anschauungsmaterial.* RR 12. Februar. GS 15 Nr. 99.

Herabsetzung der Beiträge.

889. St. Gallen. *Nachtrag zur Verkehrsschulordnung.* RR 28. März. GS 15 Nr. 102.

Schulgeld.

890. St. Gallen. *Nachtrag zur Kantonsschulordnung, zur Seminarordnung und zum Regulativ für die Patentierung von Primarlehrern.* RR 31. Dezember. GS 15 Nr. 117.

891. Thurgau. *Abänderung der VO betreffend die Verwendung der Bundessubvention für die öffentliche Primarschule vom 27. Oktober 1903.* RR 14. Oktober. ABl Nr. 49; GS 17 S. 806.

Die Lehrmittelabgabe erfolgt nur noch leihweise.

892. Thurgau. *Reglement für die Prüfung der Primarlehramtskandidaten des Kantons Thurgau.* RR 23. Dezember. ABl Nr. 52; GS 17 S. 830.

893. Ticino. *Regolamento della Biblioteca dell'Esposizione scolastica permanente in Locarno.* CSt 16 gennaio. B. o. No. 5.

894. Ticino. *Regolamento del consiglio Radioscolastico della Svizzera Italiana.* CSt 20 marzo. B. o. No. 11.

895. Ticino. *D esec. in aggiunta al regolamento 6 novembre 1934 della Commissione cantonale degli studi.* CSt 9 aprile. B. o. No. 13.

896. Ticino. *Regolamento della Commissione Regionale Radioscolastica.* CSt 17 maggio. B. o. No. 17.

897. Ticino. *D leg. modificante l'art. 53 della legge 28 settembre 1914 sull'insegnamento elementare.* GrC 26 settembre. B. o. No. 21.

Austrittszeugnis und „certificato di licenza“.

898. Vaud. *A relatif au personnel de l'Ecole cantonale de fromagerie de Moudon.* CE 27 décembre 1934. F. o. 1935 No. 1; Recueil 131 p. 199.

Stellen, Wahlbehörden und Gehälter.

899. Vaud. *A modifiant l'article 3 du règlement d'organisation et d'administration de la Caisse cantonale vaudoise d'Assurance infantile en cas de maladie, du 12 décembre 1927.* CE 18 janvier. F. o. No. 7; Recueil 132 p. 5.

900. Vaud. *Règlement concernant les brevets pour enseignement spéciaux.* CE 9 avril. F. o. No. 30; Recueil 132 p. 77.

901. Vaud. *D autorisant le CE à suspendre, à partir du 1er octobre 1935, l'application des articles 147 et 150, lettre a, de la loi du 19 février 1930 sur l'instruction publique primaire.* GrC 3 septembre. F. o. No. 73; Recueil 132 p. 148.

902. Vaud. *Loi modifiant et complétant les articles 32 et 33 de la loi du 15 mai 1916 sur l'enseignement supérieur à l'Université de Lausanne.* GrC 3 septembre. F. o. No. 73; Recueil 132 p. 149.

Stundung der Kursgelder; Darlehen an bedürftige Studenten.

903. Wallis. *Abänderung der VO vom 3. Dezember 1929 betreffend die Befugnisse und Obliegenheiten der Schulärzte.* StR 19. Februar. ABl Nr. 50.

Änderung der Gebühren.

904. Wallis. *Reglement betreffend die Sommerschulen.* StR 11. September. ABl Nr. 40.

905. Neuchâtel. *D autorisant les communes à prolonger la scolarité obligatoire.* GrC 7 février. F. o. No. 11.

Ermächtigung der Gemeinden, die im Jahre 1935 von der Schulpflicht frei werdenden Kinder, die im Schuljahr 1935/36 keine regelmässige Beschäftigung finden, zum weiteren Schulbesuch anzuhalten.

906. Neuchâtel. *Loi portant révision des articles 42, 75 et 77 de la loi sur l'enseignement primaire.* GrC 22 mai. F. o. No. 41; Recueil 6 No. 19.

Schulpflicht; pädagogische Prüfung.

907. Neuchâtel. *Règlement général des examens de l'Université de Neuchâtel.* CE 15 juin. Recueil 6 No. 20.

908. Neuchâtel. *A portant révision des art. 5, 97, 182 à 185 et 259 du règlement général pour les écoles enfantine et primaire.* CE 15 octobre. Recueil 6 No. 36.

Die Änderungen betreffen das schulpflichtige Alter und die Lehramtsprüfungen.

909. Genève. *A modifiant le tarif des soins de la polyclinique dentaire scolaire.* CE 23 janvier. F. o. No. 23; Recueil p. 15.

910. Genève. *Loi modifiant l'article 261 de la loi sur l'instruction publique, codifiée en application de la loi du 5 novembre 1919 et mise à jour en date du 11 novembre 1924.* GrC 15 juin. F. o. No. 142, 172; Recueil p. 104.

Voraussetzungen für die Zulassung von Privatdozenten an der Universität.

Besoldungen. Taggelder. Reiseentschädigungen.

911. Zürich. *Abänderung der VO vom 23. März 1929 zum G über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer vom 2. Februar 1919.* RR 4. Juli. ABl S. 794; GS 35 S. 508.

Die Änderung betrifft die Besoldungszulagen.

912. Zürich. *Abänderung des Reglementes über den ärztlichen Dienst an den kantonalen Krankenanstalten in Zürich und Winterthur vom 16. Juli 1931.* RR 5. Dezember. ABl S. 1237; GS 35 S. 549.

Besoldung der Assistenzärzte.

913. Zürich. *Abänderung des Reglementes über die Anstellung des wissenschaftlichen und technischen Personals der Universität Zürich vom 6. November 1930.* RR 5. Dezember. ABl S. 1237; GS 35 S. 549.

Besoldungen.

914. Bern. *VO betreffend die Besoldungen der Amtsschaffner, mit Ausnahme derjenigen von Bern, Biel, Interlaken und Thun, und der Salzfaktoren, ausgenommen diejenigen von Bern und Biel.* RR 18. Januar. GS 35 S. 1.

915. Bern. *Regulativ über die Vergütung der Mitglieder und beigezogenen Sachverständigen der Rekurskommission.* RR 26. März. ABl Nr. 27; GS 35 S. 20.

916. Bern. *VO betreffend die Kosten der Gültsschatzungen und die Taggelder und Reiseentschädigungen der Gültssatzungskommissionen.* RR 29. März. ABl Nr. 29; GS 35 S. 24.

917. Bern. *D über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des D betreffend die Herabsetzung der Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern vom 23. November 1933.* GrR 19. November. ABl Nr. 95; GS 35 S. 145.

Ausdehnung des D vom 23. November 1933 auf die Jahre 1936/37.

918. Luzern. *Abänderung der VO betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen an die administrativen Staatsfunktionäre.* 1. Juli. ABl Nr. 27.

Taggeld 8 Fr. für ganzen, 4 Fr. für halben Tag, Zuschlag für Übernachten 5 Fr.

919. Luzern. *D betreffend die Herabsetzung der Taggelder für Mitglieder des RR und des Obergerichtes.* GrR 1. Oktober. GS 11 S. 540.

920. Luzern. *B über Abänderung der VO betreffend die Lehrlingsprüfungen vom 7. August 1930.* RR 15. November. ABl Nr. 47.

Die Änderung betrifft die Entschädigungen für Experten und Prüfungskommission.

921. Schwyz. *Abänderung des B vom 28. Januar 1921 betreffend Amtsgehalte der Unterförster und Beiträge der Korporationen an dieselben.* RRB 13. Dezember. GS 11 S. 323.

Entschädigung für die in § 43 der Dienstinstruktion von 1908 vorgesehenen Verrichtungen 8 Fr. pro Tag und 4 Fr. pro Halbtag.

922. Glarus. *B über ausserordentliche und vorübergehende Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Haushalt des Kantons Glarus.* Landsgemeinde 28. April. LB Heft 12 S. 476.

Ermächtigung an den RR, alle Subventionen zu kürzen. Verlängerung des Gehaltsabbaues bis 30. Juni 1937. Kürzung der Taggelder um 6 %. Ermächtigung an den LR, die Amortisationsfristen zu verlängern.

923. Zug. *RRB betreffend Erhebung von Spruchgebühren für Beschwerdeentscheide, vom 16. Februar.* ABl Nr. 9.

924. Zug. *Abbau der Besoldungen der kantonalen Behörden, Beamten und Angestellten sowie der Primar- und Sekundarlehrer.* KRB 31. Oktober. ABl Nr. 45; GS 13 Nr. 57.

Unbefristeter Lohnabbau von 5 % ab 1. Januar 1936.

925. Zug. *Herabsetzung der Entschädigung an Mitglieder von kantonalen Behörden und Beamte für Benützung eigener Autos, Motorfahrräder und Velos im Dienste des Kantons.* RR 26. November. ABl Nr. 48.

926. Fribourg. *Loi concernant un essai de généralisation des traitements fixes.* GrC 7 février. F. o. No. 8; B. o. p. 10.

Ermächtigung des StR, Angestellte und Beamte, die auf Grund besonderer Gesetze durch Gebühren bezahlt werden, versuchsweise fest zu besolden.

927. Fribourg. *A concernant les indemnités de déplacement des agents de la sûreté.* CE 9 juillet. B. o. p. 35.

928. St. Gallen. *II. Nachtrag zum Reglement des GrR.* GrR 15. Mai. GS 15 Nr. 103.

Tag- und Reisegelder.

929. Aargau. *Reglement über die Entschädigung der Medizinalpersonen für amtliche Verrichtungen.* RR 17. Mai. GS 15 Nr. 6.

930. Thurgau. *Abänderung des Regulativs über die Entschädigung verschiedener Beamten und Angestellten, Experten und Mitglieder von Kommissionen vom 14. Januar 1931.* RR 14. Oktober. ABl Nr. 49; GS 17 S. 805.

Herabsetzung der Entschädigungen für Schulinspektoren.

931. Thurgau. *Herabsetzung der aus der Staatskasse zu leistenden Gehälter, Löhne und Bezüge.* GrR 26. November. ABl Nr. 49; GS 17 S. 807.

Lohnabbau von 8 % und Herabsetzung der Taggelder und sonstigen Entschädigungen.

932. Ticino. *D leg. che modifica l'art. 1 della legge 18 giugno 1920 sugli onorari dei funzionari scolastici e gli art. 50 e 85 della legge 28 settembre sull'insegnamento elementare.* GrC 17 gennaio. B. o. No. 12.

933. Vaud. *A modifiant l'article premier du 23 août 1921 fixant les indemnités et émoluments de l'office du juge informateur de Lausanne.* CE 1er avril. F. o. No. 28; Recueil 132 p. 73.

934. Vaud. *A modifiant l'A du 27 février 1923 (article premier, lettres a, e et g et article 4, lettres c et d), sur le tarif des indemnités dues aux inspecteurs du bétail.* CE 12 avril. F. o. No. 31; Recueil 132 p. 80.

935. Vaud. *Loi concernant les mesures destinées à améliorer la situation financière de l'Etat.* GrC 4 septembre. F. o. No. 73; Recueil 132 p. 151.

Einräumung der Befugnis an den Staatsrat, die Ausgaben des Staates für sein Personal und für Subventionen zu kürzen.

936. Vaud. *A modifiant le 1er alinéa de l'art. 5 de celui du 5 novembre 1929 portant tarif des indemnités dues aux médecins, vétérinaires, dentistes, pharmaciens, chimistes, sages-femmes et experts médico-légaux, requis par les autorités judiciaires ou administratives, ainsi que pour soins aux indigents.* CE 27 décembre. F. o. No. 105; Recueil 132 p. 243.

Gangentschädigung von 1 Fr. pro km. Distanz für Besorgungen ausserhalb eines Umkreises von 2 km.

937. Vaud. *A réduisant provisoirement les indemnités pour frais de bureau des juges de paix, juges informateurs et greffiers de ces magistrats, fixés par l'art. 1er de l'A du 8 décembre 1930.* CE 27 décembre. F. o. No. 105; Recueil 132 p. 244.

Unbefristete Ermässigung um 20 %.

938. Vaud. *Loi réduisant, pour l'année 1936, les traitements et indemnités divers servis par l'Etat de Vaud.* GrC 23 décembre. F. o. No. 104; Recueil 132 p. 231.

Abbau von 10 %. Für Festbesoldete abzugsfreier Betrag von 1500 bis 4000 Fr., je nach dem Familienstand.

939. Wallis. *D betreffend Abänderung der Art. 21, 32 und 33 des D vom 15. Mai 1931 über den Zivilstandsdienst.* GrR 2. März. ABl Nr. 13.

Abbau von Gehältern und Entschädigungen.

940. Wallis. *D betreffend Anwendung der Massnahmen, die im D vom 8. Februar 1934 bezüglich der Herabsetzung der Gehälter vorgesehen sind, im Jahre 1935.* GrR 2. März. A Bl Nr.13.

941. Wallis. *Ergänzungen zum D vom 2. März betreffend Herabsetzung der Gehälter.* GrR 2. März. ABl Nr. 14.

942. Neuchâtel. *A concernant les jetons de présence et les indemnités de déplacement du président et des membres de la Commission cantonale de recours en matière fiscale.* CE 10 mai. Recueil 6 No. 14.

Taggeld 20 Fr. Vergütung der Reiseauslagen bis zum Betrag eines 2. Klasse-Bahnbilletts.

943. Neuchâtel. *A portant révision de l'article 8 du règlement général pour les examens d'apprentis.* CE 13 septembre. Recueil 6 No. 29.

Ersatz für Prüfungsexperten.

944. Neuchâtel. *A modifiant l'art. 37 du règlement de la police cantonale du 29 juin 1932.* CE 30 décembre. Recueil 6 No. 46.

Reiseentschädigungen.

945. Neuchâtel. *A concernant les frais de voyage et les indemnités de déplacement des magistrats et des fonctionnaires de l'Administration cantonale.* CE 30 décembre. Recueil 6 No. 47.

946. Neuchâtel. *A concernant la rétribution et les vacances des employés provisoires ou surnuméraires de l'administration cantonale.* CE 30 décembre. Recueil 6 No. 48.

947. Neuchâtel. *A concernant le travail, les frais et les indemnités de déplacement des cantonniers de l'Etat.* CE 30 décembre. Recueil 6 No. 50.

Gebühren. Taxen.

948. Zürich. *Abänderung der kantonalen Passverordnung für Schweizerbürger vom 21. Februar 1929.* RR 24. Oktober. ABl S. 1027; GS 35 S. 541.

Änderung der Gebühren.

949. Bern. *Tarif in Fremdenpolizeisachen.* RR 21. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 3; GS 34 S. 174.

950. Bern. *RRB betreffend die Passgebühren.* 28. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 5; GS 34 S. 178.

951. Luzern. *B über Abänderung der VO betreffend die Hundezichen vom 26. Juni 1828.* RR 15. November. ABl Nr. 47.

Gebühr für Hundezichen 5 Fr.

952. Schwyz. *Abänderung der Gebührenordnung für das Verfahren bei Strafrechtsfällen vom 6. März 1931.* KR 28. Januar. ABl Nr. 6, 23; GS 11 S. 279.

Bei Appellation gegen korrektionelle Strafurteile sind 50 Fr. zu erlegen.

953. Obwalden. *Abänderung der Ausführungsbestimmungen zur interkantonalen Übereinkunft betreffend die Ausübung des Viehhandels.* RR 27. Februar. LB VII S. 131.

Änderung von Gebühren.

954. Fribourg. *A réduisant le prix des certificats de santé du bétail.* CE 21 juin. F. o. No. 26; B. o. p. 33.

955. Fribourg. *A complétant quelques dispositions du règlement sur la police du commerce.* CE 26 avril/12 juillet. F. o. No. 20; B. o. p. 36.

Gebühren.

956. Fribourg. *A fixant les prix de pension pour les internés dans les Etablissements de Bellechasse.* CE 13 décembre. F. o. No. 51; B. o. p. 66.

957. Solothurn. *Gebührentarif für amtliche Funktionen der Tierärzte.* RR 28. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 1.

958. Solothurn. *Vorübergehende Erhöhung der Gebühren um 10 %.* RRB 21. September/11. Oktober. ABl Nr. 42.

959. Basel-Stadt. *VO betreffend die Erhebung von Depotgeldern und Gebühren für die Ausleihe von Bauplänen.* RR 15. Juni. GS 36 S. 423.

960. Basel-Stadt. *Abänderung des Tarifs der Basler Strassenbahnen vom 1. November 1931. II. Nachtrag.* RR 22. Juni. GS 36 S. 426.

961. Basel-Stadt. *Abänderung der VO über die Bau-polizei vom 22. März 1882.* RR 5. Juli. GS 36 S. 429.

Bei längerer Inanspruchnahme grösserer Allmendflächen kann der RR die Allmendgebühren ermässigen.

962. Basel-Stadt. *Abänderung des Tarifs der Basler Strassenbahnen. III. Nachtrag.* RR 8. Oktober. GS 36 S. 442.

963. Basel-Stadt. *VO betreffend die Gebühren der Staatskanzlei.* RR 13. Dezember. GS 36 S. 460.

964. Appenzell A.-Rh. *Gebühren für die Prüfung der Motorfahrzeuge und deren Führer.* RR 28. Dezember 1934. ABl 1935 Nr. 1; GS IV Nr. 16.

965. Appenzell A.-Rh. *RRB zum BRB vom 27. April 1934 betreffend die Gebührenordnung zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer, vom 30. März.* GS IV Nr. 21.

966. St. Gallen. *Arbeitssichtvermerk im kleinen Grenzverkehr mit Vorarlberg.* RR 5. März. ABl Nr. 10.

Gebühr von Fr. 1.50 pro Monat.

967. St. Gallen. *Gebührenordnung für die grundbuchamtlichen Verrichtungen bei Bereinigung der dinglichen Rechte.* RR 9. Juli. GS 15 Nr. 106.

968. Graubünden. *Gebührentarif für die Standeskanzlei.* KIR 20. Dezember. ABl Nr. 52.

969. Graubünden. *Regulativ über den Bezug von Gebühren für die Benutzung kantonalen Strassengebietes mit Leitungen und andern Vorrichtungen.* KIR 20. Dezember. ABl Nr. 52.

970. Thurgau. *Abänderung der VO des RR vom 17. September 1920 betreffend die Gebühren der Grundbuchämter und Urkundsbeamten.* RRB, genehmigt vom GrR am 19. Oktober. ABl Nr. 49; GS 17 S. 815.

Erhöhung der Gebühren.

971. Thurgau. *RRB betreffend die Verpflegungstaxen im Kantonsspital Münsterlingen, vom 17. Dezember.* ABl Nr. 51; GS 17 S. 829.

972. Vaud. *A fixant les indemnités pour vacation des fonctionnaires et employés de l'administration cantonale.* CE 28 décembre 1934. F. o. 1935 No. 3; Recueil 131 p. 202.

973. Genève. *A autorisant le Département de justice et police (Bureau des permis de séjour) à percevoir des taxes et surtaxes.* CE 26 décembre 1934. F. o. 1935 No. 1; Recueil 1934 p. 294.

974. Genève. *A modifiant le 2e alinéa de l'art. 38 du règlement cantonal concernant l'abatage, l'inspection et le commerce des viandes, du 21 novembre 1933.* CE 28 décembre 1934. F. o. 1935 No. 4, No. 6; Recueil 1934 p. 299.

Gebühren.

975. Genève. *A fixant les émoluments à percevoir par le Département de l'hygiène, assistance publique et assurances sociales.* CE 16 janvier. F. o. No. 17; Recueil p. 9.

976. Genève. *A modifiant l'art. 11 du règlement d'application du 17 juin 1932 de la loi fédérale sur les mesures à prendre pour combattre les épizooties, du 13 juin 1917.* CE 30 janvier. F. o. No. 30; Recueil p. 19.

Gebühren der Viehinspektoren.

977. Genève. *A complétant le tarif des émoluments annexé au règlement d'application du 11 juillet 1930 de la loi sur l'extension.* CE 2 février. F. o. No. 33; Recueil p. 26.

978. Genève. *A approuvant une modification au „Tarif général en salle commune“ de l'Hôpital cantonal.* CE 13 février. F. o. No. 41; Recueil p. 35.

Erhöhung der Gebühren.

979. Genève. *A modifiant le chiffre 3 de l'A du 11 juillet 1934 relatif à la visite sanitaire du bétail zonien introduit à l'Abattoir de la Ville de Genève.* CE 27 février. F. o. No. 54; Recueil p. 48.

Gebühren.

980. Genève. *A portant adjonction au tarif du Service des automobiles du 5 décembre 1934.* CE 24 avril. F. o. No. 100; Recueil p. 75.

Redevance de 3 Fr. par carnet fiscal.

981. Genève. *A relatif aux redevances d'amarrage.* CE 2 février. F. o. No. 33.

Am 22. Mai durch neuen Tarif ersetzt.

982. Genève. *A fixant le tarif des redevances d'amarrage.* CE 22 mai. F. o. No. 124; Recueil p. 93.

983. Genève. *Tarif des émoluments en matière d'état civil.* CE 4 décembre. Approuvé par le Conseil fédéral le 3 janvier 1936. Recueil p. 172.